

**ПОНЕДЕЛНИК 13 ЯНУАРИ 2014 Г.
LUNES 13 DE ENERO DE 2014
PONDĚLÍ 13. LEDNA 2014
MANDAG DEN 13. JANUAR 2014
MONTAG, 13. JANUAR 2014
ESMASPÄEV, 13. JAANUAR 2014
ΔΕΥΤΕΡΑ 13 ΙΑΝΟΥΑΡΙΟΥ 2014
MONDAY, 13 JANUARY 2014
LUNDI 13 JANVIER 2014
LUNEDI' 13 GENNAIO 2014
PIRMDIENA, 2014. GADA 13. JANVĀRIS
2014 M. SAUSIO 13 D., PIRMADIENIS
2014. JANUÁR 13., HÉTFŐ
IT-TNEJN, 13 TA' JANNAR 2014
MAANDAG 13 JANUARI 2014
PONIEDZIAŁEK, 13 STYCZANIA 2014
SEGUNDA-FEIRA, 13 DE JANEIRO DE 2014
LUNI 13 IANUARIE 2014
PONDELOK 13. JANUÁRA 2014
PONEDELJEK, 13. JANUAR 2014
MAANANTAI 13. TAMMIKUUTA 2014
MÅNDAGEN DEN 13 JANUARI 2014
PONEDJELJAK 13 SIJEČNJA 2014**

1-002-000

VORSITZ: MARTIN SCHULZ*Präsident**(Die Sitzung wird um 17.05 Uhr eröffnet.)***1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode**

1-004-000

Der Präsident. – Ich erkläre die am Donnerstag, dem 12. Dezember 2013, unterbrochene Sitzung für wieder aufgenommen.

2. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

3. Erklärungen des Präsidenten

1-007-000

Der Präsident. – Am 1. Januar dieses Jahres hat Lettland als 18. Land den Euro eingeführt. Wir sollten den Letten für die Entschlossenheit, dies zu tun, gratulieren!

(Beifall)

Dies ist sicher ein ermutigendes Signal auch für Litauen, das im kommenden Jahr dem Euro-Währungsgebiet beitreten möchte und dann das 19. Land wäre.

Meine Damen und Herren! Eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen haben mich erneut darauf aufmerksam gemacht, und ich will es hier auch erneut vortragen, dass in den vergangenen Tagen und Wochen in vielen Teilen Europas schwere Unwetter viele Bürgerinnen und Bürger der EU schwer getroffen haben: Überschwemmungen, ganze Küstenabschnitte, die unter Wasser standen, Stürme, die vielerorts schwerste Schäden angerichtet haben.

Wir werden – darauf haben sich die Fraktionen geeinigt – während der Sitzung im Februar dieses Thema hier ausführlich diskutieren. Ich möchte erneut im Namen unseres Hauses den Betroffenen unsere Solidarität zum Ausdruck bringen und hoffe, dass die Organe der EU und ihrer Mitgliedstaaten überall dort, wo es nötig ist, schnell und unbürokratisch helfen.

Meine Damen und Herren! Am 22. Januar 2014 soll unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen die zweite Konferenz über die Zukunft Syriens beginnen. Dieses seit langem erwartete Treffen soll die Vertreter des syrischen Regimes und der Opposition sowie sämtliche internationalen Partner mit dem Ziel zusammenführen, den Weg für ein Ende des Bürgerkriegs und die Bildung einer Übergangsregierung zu ebnen.

Die schwierige Lage in Syrien gefährdet jedoch die Abhaltung dieser Konferenz. Dennoch ist diese Konferenz von entscheidender Bedeutung. Die EU hat alle Teilnehmer aufgefordert, den Termin nicht zu verschieben, sondern die Konferenz durchzuführen. Die Fraktionen des Europäischen Parlaments haben sich diesen Forderungen einstimmig angeschlossen.

Unser Parlament wird die Entwicklung in Syrien weiterhin aufmerksam verfolgen und alle Bemühungen zur Beilegung des Konflikts aktiv unterstützen.

Meine Damen und Herren! Ich habe Kenntnis davon erhalten, dass der Kollege Brok in einer Verlautbarung des Ministerpräsidenten von Rumänien persönlich attackiert worden ist. Meinungen, die Herr Kollege Brok zur Zuwanderung geäußert hat, sind mit einem Nazivergleich beantwortet worden, so jedenfalls die Medienmeldungen. Ich bin dem nachgegangen und werde versuchen, mit Herrn Ponta, den ich heute um ein Gespräch gebeten habe, darüber zu reden.

Ich will hier eines feststellen: Unbeschadet der Überprüfung und unbeschadet der Inhalte der Äußerungen von Herrn Brok halte ich es für unzulässig, a) solche Nazivergleiche überhaupt zu ziehen, und b) ist die Integrität des Kollegen Brok sicherlich außerhalb jeder Frage.

(Beifall)

4. Tagungskalender des Parlaments für 2015: siehe Protokoll

5. **Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll**
6. **Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll**
7. **Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll**
8. **Berichtigung (Artikel 216 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll**
9. **Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 74 GO): siehe Protokoll**
10. **Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**
11. **Delegierte Rechtsakte (Artikel 87a GO): siehe Protokoll**
12. **Weiterbehandlung der Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll**
13. **Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll**
14. **Petitionen: siehe Protokoll**
15. **Arbeitsplan**

1-020-000

Der Präsident. – Der endgültige Entwurf der Tagesordnung dieser Tagung, wie er in der Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung vom Donnerstag, dem 9. Januar 2014, gemäß Artikel 137 der Geschäftsordnung festgelegt wurde, ist verteilt worden. Zu diesem Entwurf wurden folgende Änderungen beantragt:

– *Montag, Dienstag, Mittwoch:* keine Änderungen.

1-021-000

Jean-Pierre Audy (PPE). - Monsieur le Président, au cours de la Conférence des présidents, le groupe du parti populaire européen a attiré votre attention sur le fait que notre Parlement ne respectait pas l'article 15 du traité car, les 19 et 20 décembre 2013, il y a eu un Conseil européen qui a traité de la défense et de l'union bancaire. Or, vous savez que l'article 15 du traité sur l'Union européenne oblige le président du Conseil européen à présenter un rapport au président du Parlement européen à la suite de chacune des réunions du Conseil européen.

Jusqu'à présent, vous avez organisé, en relation avec la Conférence des présidents, des conférences des présidents élargies qui, à mon point de vue, sont illégales car elles ne respectent pas le traité. Mais alors, comme on dit en Corrèze, aujourd'hui, c'est "la cabane qui tombe sur le chien" parce qu'il n'y a rien du tout.

Nous avons attiré votre attention pendant la Conférence des présidents et, Monsieur le Président, vous avez dit: "J'en prends bonne note, je vais donner suite." J'aimerais savoir la suite qui est donnée à cette proposition. Allons-nous violer, une fois de plus, l'article 15 du traité? Aurons-nous, enfin, l'espoir d'avoir en plénière des débats avec le président du Conseil européen?

J'observe d'ailleurs que, depuis que cette présidence stable a été instaurée, nous avons beaucoup moins de débats avec nos chefs d'État et de gouvernement.

Or, le Conseil européen est une instance – vous y intervenez, vous-même, Monsieur le Président – avec laquelle nous aimerions, nous, débattre avec les représentants des chefs d'État et de gouvernement.

1-022-000

Der Präsident. – Herr Audy, Sie weisen jetzt ja nicht zum ersten Mal darauf hin. Die Direktberichterstattung nach der Ratstagung am 19. und 20. Dezember, das heißt über die letzte Ratstagung, wäre ja nur am Heiligabend möglich gewesen. Ich hatte den Eindruck, dass die überwältigende Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses dieses Fest eher im familiären Kreis verbringen wollte, als mit dem Präsidenten des Europäischen Rates gemeinsam.

Zweitens werde ich Ihren Hinweis jetzt erneut aufgreifen und ihn in die Konferenz der Präsidenten einbringen. Sie haben recht: Der Hinweis auf den Vertrag ist zutreffend. Ich drücke mich mit der gebotenen Vorsicht aus: Der Enthusiasmus für diese Veranstaltung ist ein relativer. Wir sollten sicher mit den Fraktionsvorsitzenden darüber nachdenken, wie wir der gerechtfertigten Kritik, die Sie geäußert haben, durch veränderte Verfahren begegnen.

– *Donnerstag:*

1-023-000

Astrid Lulling (PPE). – Herr Präsident! Ich spreche immer zum Thema. Ich habe gesehen, dass auf der Tagesordnung eine Erklärung der EU-Kommission steht über *sexual and reproductive health and rights*. Wir haben doch erst im letzten Monat hier einen Bericht darüber abgelehnt, weil wir gesagt haben, das ist Subsidiarität. Was macht denn jetzt eine Erklärung der Kommission zu diesem Thema, das uns nichts angeht, auf der Tagesordnung? Sollen wir die nicht herunternehmen?

(*Beifall*)

1-024-000

Der Präsident. – Frau Lulling! Ich bin als Präsident gehalten, die Beschlüsse der Konferenz der Präsidenten zu respektieren. Das ist mit Mehrheit in der Konferenz der Präsidenten so beschlossen worden. Wenn Sie der Meinung sind, dass es von der Tagesordnung genommen werden soll, können Sie selbst oder Ihre Fraktion das ja beantragen.

Frau Lulling, da Sie ja als langgediente Quästorin die Geschäftsordnung auswendig kennen, wissen Sie, dass Sie das eine Stunde vor Beginn dieser Plenarsitzung tun müssten. Insofern nehmen wir Ihre deklaratorische Äußerung zur Kenntnis, aber ich kann Ihnen leider da jetzt nicht mehr weiterhelfen.

(*Der Arbeitsplan ist somit angenommen.*)

1-025-000

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, το θέμα που θέλω να θίξω, νομίζω πως έχει σχέση με τον ρόλο και το κύρος του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου. Κατά την τελετή έναρξης της ελληνικής Προεδρίας, την παρελθούσα Τετάρτη στην Αθήνα, υπήρξαν διάφορες παρεμβάσεις

σε αυτήν την τελετή της Προεδρίας, υπήρξε ομιλία του κ. Van Rompuy, υπήρξε ομιλία του κ. Barroso, όμως, δεν υπήρξε ομιλία, δεν υπήρξε παρέμβαση, δεν υπήρξε τοποθέτηση, δεν υπήρξε εκπροσώπηση του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

Και το ερώτημα, αλλά και παρατήρηση, είναι: έτσι ορίζει το Πρωτόκολλο, θα το ακολουθούμε και σε μελλοντικές τέτοιες συμβολικές, αλλά και ουσιαστικές τελετές; Πολύ περισσότερο, κύριε Πρόεδρε γιατί όπως γνωρίζετε, λόγω αυτών των εκδηλώσεων ακυρώθηκε η επίσκεψη της κοινοβουλευτικής επιτροπής που ήλεγχε την Τρόικα. Αλλά, αυτό είναι ένα άλλο θέμα που θα το συζητήσουμε – είπατε ότι αναλάβατε εσείς την ευθύνη. Το ζήτημα είναι πώς εκπροσωπείται το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο σε αυτές τις εκδηλώσεις κατά τη διάρκεια της Προεδρίας κάθε χώρας. Δώστε μου, σας παρακαλώ, μία απάντηση μήπως έχω άδικο.

1-026-000

Der Präsident. – Nein, ich konnte persönlich an dieser Veranstaltung nicht teilnehmen, ich wurde von Frau Podimata vertreten. Die Redeordnung dort entzieht sich meiner Kenntnis. Das ist, glaube ich, vom griechischen Protokoll festgelegt worden. Ich gehe dem aber nach und bin Ihnen dankbar für den Hinweis.

1-027-000

Laurence J.A.J. Stassen (NI). - Voorzitter, afgelopen zaterdag is ons de voormalige premier van de staat Israël, Ariel Sharon, ontvallen. Ik wil graag voor hem een minuut stilte aanvragen. Dank u wel.

1-028-000

Victor Boștinaru (S&D). - Domnule președinte, nu voi intra în acest meci PPE-PPE dintre domnul Brok și domnul Băsescu pentru că, până de curând, domnul Brok îl apăra pe domnul Băsescu. Mă voi referi în schimb la declarațiile domniei sale cunoscute de presa europeană, în care propunea amprentarea cetățenilor români și bulgari, pentru a nu abuza de serviciile sociale din Germania.

Dincolo de conflictul flagrant dintre...

(vorbitorul a fost întrerupt)

1-029-000

Der Präsident. – Herr Boștinaru! Ich habe nicht die Absicht, hier eine Debatte zuzulassen über die Äußerungen von Herrn Ponta und Herrn Brok. Bitte hören Sie jetzt genau zu: Ich kenne die Angelegenheit aus Briefen und aus der Presse. Ich werde den Äußerungen nachgehen. Sollte es zu einem Nazivergleich gekommen sein – ich kann das nur aus der Presse entnehmen –, weise ich den zurück. Über die Inhalte sowohl der Äußerungen des Herrn Brok als auch der Äußerungen des Herrn Ponta wird jetzt hier nicht diskutiert. Das können Sie versuchen, aber ich gebe Ihnen dazu nicht das Wort.

1-030-000

Richard Falbr (S&D). - Nesouhlasím s tím, abychom drželi minutu ticha za Ariela Šarona. Má na svědomí smrt desetitisíců Palestinců.

1-031-000

Der Präsident. – Okay, das wissen wir jetzt auch.

(Zwischenruf)

Nein, ich lasse das jetzt nicht zu. Es gibt keine Schweigeminute.

(Zwischenruf)

Mäßigen Sie sich, Frau Kollegin!

16. CO₂-Emissionen neuer leichter Nutzfahrzeuge (Aussprache)

1-033-000

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Holger Krahmer im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 510/2011 hinsichtlich der Festlegung der Modalitäten für das Erreichen des Ziels für 2020 zur Verringerung der CO₂-Emissionen neuer leichter Nutzfahrzeuge (COM(2012)0394 – C7-0185/2012 – 2012/0191(COD)) (A7-0168/2013).

1-034-000

Holger Krahmer, Berichterstatter. – Herr Präsident! Ich freue mich, dass wir heute mit meinem am Ende ja doch sehr technischen Bericht in die Tagesordnung einsteigen. Die leichten Nutzfahrzeuge segeln ja ein bisschen im Windschatten der Pkw-Emissionen, sind deshalb aber nicht weniger wichtig. Ich hielt es auch für angemessen, dass wir beide Dossiers immer voneinander getrennt haben. Es wäre schön, wenn Sie, Herr Präsident, jetzt eine Atmosphäre herstellen, wo man auch tatsächlich sprechen kann!

1-035-000

Holger Krahmer, Berichterstatter. – Herr Präsident! Wir haben es mit einem technischen Thema – CO₂-Emissionen, leichte Nutzfahrzeuge – zu tun, das im Windschatten der CO₂-Regulierung für Pkw gesegelt ist; aber da die Anforderungen und Herausforderungen bei den leichten Nutzfahrzeugen andere sind als bei den Pkw, hielt ich es für angemessen, immer dafür zu werben, dass wir das getrennt diskutieren.

Wir hatten den Auftrag, in der vorliegenden Verordnung die Modalitäten zur Zielerreichung zu definieren und auch das Ziel selbst zu bestätigen. Es geht, wie Sie wissen, um einen Flottendurchschnitt von 147 g CO₂, der im Jahr 2020 für leichte Nutzfahrzeuge zu erreichen ist. Das ist eine Hausnummer, die wir vor einigen Jahren hier in einem sehr schwierigen Kompromiss erreicht hatten.

Ich freue mich, dass das Parlament nicht dem Druck nachgegeben hat, dieses Ziel zu verschärfen. Ich glaube, dafür, es nicht zu verschärfen, gab es gute Gründe. Der wichtigste Grund ist für mich, dass das Jahr 2020 doch in erreichbarer Ferne liegt. Und wenn man die Produktionszyklen der Autoindustrie kennt, dann weiß man, dass sie auch für leichte Nutzfahrzeuge länger sind als für Pkw. Deswegen ist es im Sinne von Planungssicherheit angemessen, dass wir dieses Ziel heute nicht mehr angetastet haben, sondern so bestätigt haben, wie es auf den Papieren stand.

Wir haben natürlich eine Diskussion über die Frage gehabt, ob wir jetzt in diesem Dokument auch schon eine Hausnummer oder Ziele für das Jahr nach 2020 nennen sollen. Natürlich wird es eine Fortentwicklung der CO₂-Gesetzgebung auch für leichte Nutzfahrzeuge geben

müssen. Ich denke aber, dass es richtig war, dass wir in dieses Dokument jetzt keine Zahlen aufgenommen haben, die jede Folgenabschätzung vorweggenommen hätten, wo wir letztendlich mit solchen Zahlen auf einer Art türkischem Basar gedealt hätten. Deswegen waren die Argumente von Anfang an auch in meinem Bericht, das jetzt hier nicht zu tun – es geht ja um die Modalitäten für 2020 –, sondern hier der Kommission die entsprechende Zeit zu geben, das vorzuschlagen, was für die Zeit nach 2020 richtig ist, und das auch separat zu diskutieren.

Wir haben es nicht geschafft, das, was bei den Pkw im Dossier steht, nämlich die sogenannten *super-credits* – Anreize für sehr emissionsarme Fahrzeuge – in dem Bericht für leichte Nutzfahrzeuge zu belassen. Ich persönlich kann damit leben, auch wenn ich das schade finde, denn ich glaube, dass es auch für die leichten Nutzfahrzeuge sicherlich gerade im innerstädtischen Raum einen Markt dafür gäbe, auch besonders emissionsarme Fahrzeuge oder *electric vans* hier entsprechend der Verordnung zu incentivieren. Das haben wir dann am Ende im Rahmen des Kompromisses geopfert. Das halte ich aber dennoch für vertretbar.

Ich glaube auch nicht, dass die Debatte um Geschwindigkeitsbegrenzer, die wir wiederholt in diesem Parlament geführt haben, hier tatsächlich die richtige ist. Geschwindigkeitsbegrenzer für leichte Nutzfahrzeuge sind, wenn man sie einbaut, letztendlich ein Thema für die Straßenverkehrssicherheit und haben in einer Klimaschutzgesetzgebung nichts zu suchen, zumal der Klimaschutzbeitrag am Ende des Tages auch sehr begrenzt wäre.

Natürlich müssen wir über den Testzyklus reden. Der Testzyklus, der den CO₂-Emissionen, die wir heute messen und definieren, zugrunde liegt, ist nicht zeitgemäß. Er spiegelt auch nicht die Realität der Bewegungen der Fahrzeuge in der Praxis wider. Aber auch hier war oft genug das Argument – und ich halte das nach wie vor für richtig –, dass die CO₂-Gesetzgebung eben nicht der Ort ist, an dem wir einen neuen Testzyklus definieren können. Wir können auch heute nicht einen Testzyklus vorwegnehmen, der möglicherweise in Zukunft gilt und auf den wir dann Ziele, die wir heute in Gesetze schreiben, anrechnen. Wir brauchen einen neuen Testzyklus, aber bitte separat diskutieren und auch sehr sorgfältig damit umgehen!

Zum Schluss möchte ich mich bei den Schattenberichterstatern aller Fraktionen bedanken, die konstruktiv an der Sache mit mir zusammengearbeitet haben. Ich sehe der Abstimmung morgen mit Freuden entgegen, und ich freue mich, dass es gelungen ist, doch hier eine Einigung in erster Lesung herbeizuführen!

1-036-000

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ANNY ΠΟΔΗΜΑΤΑ

Αντιπρόεδρος

1-037-000

Connie Hedegaard, *Member of the Commission*. – Madam President, I shall be brief. First of all, I should like to thank the rapporteur, Mr Kraemer, for his constructive approach to the Commission's proposal and for all his work steering it towards a first reading agreement. The same also applies, of course, to the shadow rapporteurs. I am glad that we will now soon have the modalities for reaching the 2020 target in place, and that manufacturers therefore will know what they can expect.

The Commission's analysis has shown that the 2020 target of 147 grams of CO₂ per km for newly registered vans is achievable, and it is achievable in a cost-effective manner by employing technologies that are already available today. Achieving the 2020 target is, therefore, a win-win-win situation: a win for manufacturers, as they can retain their competitive advantage through building low-emitting vans at prices that consumers can afford; a win for van owners, who can very quickly recoup the increased van purchase price through lower fuel bills; and a win for the European economy, which benefits from lower input bills for oil, as well as seeing the savings from consumers' lower fuel bills being spent elsewhere, and also elsewhere in Europe.

As industry needs planning certainty, the final agreement already contains some indications about what will happen after 2020. Since we are preparing policy guidelines for a climate and energy framework for 2030, it is very clear that vehicle emissions will also need to continue to be reduced after 2020.

To ensure that our future target is based on the best available information, the final compromise calls on the Commission to review the legislation by the end of 2015. In this context, the Commission has already made a statement which has been transmitted to the European Parliament services for inclusion in the minutes. This statement refers both to the annual rate of reduction of CO₂ emissions and the range of ambition indicated by Parliament of 105–120 grams of CO₂ per kilometre. Therefore, in order to prepare the 2015 review, the Commission will this spring launch a consultation on the basis of a communication which will look into the various issues and parameters which would need to be addressed when setting a target for the period after 2020.

1-038-000

Markus Pieper, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! Das Ergebnis für die leichten Nutzfahrzeuge, das heute vorliegt, ist ein Sieg der Vernunft. Ausdrücklich danken möchte ich unserem Berichterstatter Holger Kraemer. Sie hatten es nicht leicht, sich gegen teilweise extreme Positionen, teilweise weltfremde Positionen aus dem Umweltausschuss durchzusetzen. Jetzt bleibt es beim ohnehin schon anspruchsvollen Fahrplan, den CO₂-Ausstoß bis 2020 auf knapp 150 g festzulegen. Für die Zeit danach kann es jetzt einfach noch keine verbindlichen Reduzierungen geben. Der Meinung des Industrieausschusses haben Sie hier entsprochen. Erst auf der Basis von Folgenabschätzungen kann es weitere Einsparpläne geben oder eben auch nicht, je nachdem, was diese Folgenabschätzungen ergeben.

Hätten wir dem rot-grünen Drängen nach verbindlichen Reduzierungszielen bis 2025 nachgegeben, so hätten wir die europäischen Nutzfahrzeughersteller global isoliert. Das gilt erst recht für die unsinnigen Vorschläge nach Geschwindigkeitsbegrenzern, die in dieser Verordnung – es geht um Straßenverkehrssicherheit – wirklich nichts zu suchen haben. Insofern haben wir uns jetzt wirklich auf einen guten Kompromiss geeinigt, im Übrigen auch bei den Innovationsleistungen und den Testzyklen. Auch hier konnten wir einen tragfähigen Kompromiss zwischen ökologischen und ökonomischen Belangen erreichen.

Mit den neuen EU-Vorgaben wird es uns gelingen, die Technologieführerschaft der europäischen Hersteller zu sichern und gleichzeitig einen wirklich guten Beitrag für den Umweltschutz zu leisten!

1-039-000

Silvia-Adriana Țicău, (*raportoare pentru aviz a Comisiei pentru transport și turism*) – Doamnă președinte, doamnă comisar, autoturismele și camionetele produc cumulativ mai bine de jumătate din emisiile totale de gaze cu efect de seră din sectorul european al transporturilor. Modificarea Regulamentului (CE) nr. 510/2011 privind reducerea emisiilor de CO₂ produse de vehiculele utilitare ușoare noi are un impact important atât asupra utilizatorilor de vehicule utilitare ușoare, asupra industriei auto și a industriilor conexe, cât și asupra mediului și vizează reducerea consumului de carburant și a costurilor aferente pentru deținătorii de vehicule utilitare ușoare.

Obiectivul pentru 2020 pentru camionete, de 147 g CO₂/km, implică reduceri ale consumului anual de carburant de 17% comparativ cu obiectivul din 2017, de 175 g. Acest lucru va stimula cercetarea și inovarea în sectorul automobilelor, promovând creșterea ecologică și locurile de muncă ecologice și îmbunătățind competitivitatea industriei Uniunii Europene la nivel internațional, reducând, de asemenea, dependența Uniunii de importurile de petrol.

Salutăm decizia Comisiei de a adopta o declarație pentru a răspunde solicitării Parlamentului referitoare la țintele privind emisiile de CO₂ pentru 2025. De asemenea, salutăm decalarea deciziei asupra obiectivului post-2020 din 2014 în 2015, ceea ce va permite o mai bună documentare, cu un impact corect determinat. Astfel, Comisia ar trebui, până în 2015, să reexamineze și să înainteze un raport Parlamentului European și Consiliului referitor la constatările sale privind o evaluare a ratei de reducere necesare, în conformitate cu obiectivele climatice pe termen lung ale Uniunii, și a implicațiilor pentru dezvoltarea tehnologiilor rentabile de reducere a emisiilor de CO₂ pentru vehiculele utilitare ușoare.

Închei, doamnă președintă, spunând că raportul ar trebui să includă, după caz, propuneri de modificare a acestui regulament. La elaborarea unor astfel de propuneri, Comisia trebuie să se asigure că acestea sunt cât mai neutre posibil din punct de vedere concurențial și că sunt echitabile din punct de vedere social și durabil.

1-040-000

Salvatore Tatarella, (*a nome del gruppo PPE*) . – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il dossier sulle emissioni di CO₂ dei veicoli commerciali è un argomento tecnico e anche assai complicato sul quale abbiamo molto lavorato. Ringrazio in modo particolare il relatore Kraemer, che ha condotto trattative lunghe e difficili sino al compromesso finale con il Consiglio e la Commissione.

L'obiettivo fondamentale per il PPE era fissare il *target* dei 147 grammi di CO₂ a chilometro al 2020. Sono soddisfatto che questo obiettivo sia stato accolto ed accettato. Invece, sono sempre stato contrario a un nuovo *target* post-2020, perché il nuovo ciclo di prova sarà disponibile solo a partire da quest'anno. Il nuovo test denominato WLTP cambierà la base per la fissazione degli obiettivi in materia di CO₂. Per questo motivo l'accordo raggiunto con il Consiglio non prevede un *target* al 2025 ma prevede che un possibile *range* sia stabilito in base ai risultati dello studio di impatto della Commissione europea e ai risultati raggiunti sino al 2020. Il *range* verrà comunque adeguato e corretto anche in base agli sviluppi tecnologici che avremo sino al 2020.

Ritengo infine che sul dossier sia stato raggiunto un buon compromesso, confermando anche i supercrediti per un massimo di 25 000 veicoli per il periodo 2014-2017. Quindi

mi auguro che il voto di domani abbia un largo esito positivo in modo da dare al settore automobilistico un segnale forte e chiaro.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda "cartellino blu" (articolo 149, paragrafo 8, del regolamento)).

1-041-000

Silvia-Adriana Țicău (S&D), *Întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonașului albastru”*. – Doresc să îl întreb pe domnul Tatarella: știți că, din momentul proiectării unui nou tip de motor ecologic, durează aproximativ șapte ani până la introducerea acestuia pe piață? De aceea, cred că este nevoie de o perspectivă și după 2020 și acest lucru este prevăzut și în raportul privind transportul ecoeficient realizat de STOA unde, împreună, suntem membri.

Deci, aș vrea să analizați perspectiva de după 2020 și din acest punct de vedere, și anume că orice motor nou ecologic apare pe piață abia după șapte ani din momentul proiectării.

1-042-000

Salvatore Tatarella (PPE), *risposta a una domanda "cartellino blu"*. – Ma certamente: a maggior ragione è necessario che il target non sia fissato oggi ma che tenga conto anche di tutti i progressi tecnologici che abbiamo e che avremo fino al 2020.

1-043-000

Marita Ulvskog, *för S&D-gruppen*. – Fru talman! Transportsektorn är en av få sektorer inom EU som uppvisar snabbt stigande utsläpp. För att nå målet med en begränsad klimatförändring måste utsläppen av växthusgaser kraftigt minska och då självfallet också utsläppen från vägtrafiken – de är helt centrala.

I kommissionens förslag till 2020-mål fanns två olika mål: ett för personbilar och ett för lätta nyttofordon. Mitt ursprungliga förslag i utskottet var att vi skulle ha samma ambitionsnivå oavsett typ av fordon – det hade förmodligen blivit effektivare. Det hade också bekräftat den ambitionsnivå som många redan faktiskt hade ställt in sig på.

Den socialdemokratiska ambitionen var en ambitiösare överenskommelse, men vi godtog utfallet eftersom personbilarna förhandlades samtidigt utifrån ett något bättre utgångsläge. Vi förutsåg dock inte att den dåvarande tyska regeringen skulle blockera överenskommelsen om bilarna, vilket gjort att bilarna har skjutits upp och inte tagits upp till omröstning tillsammans med de lätta nyttofordonen.

Med tanke på det klimatpaket som vi röstade igenom i miljö- och industriutskottet i förra veckan är det viktigt att kommissionen nu lever upp till det långsiktiga målet för lätta lastbilar så som de har gjort utfästelser om, nämligen att för 2025 nå målet för lätta nyttofordon med utsläppsgränser mellan 105 och 120 gram CO₂ per kilometer. Det kommer att vara avgörande för om vi ska klara våra klimatambitioner. Jag är alltså besviken över resultatet, jag uthärdade och jag hoppas att kommissionen tar tag i det jobb som måste göras nu.

1-044-000

Chris Davies, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, this is the second time we have dealt with this legislation in a short period, and I understand the rapporteur's

argument that it would be inappropriate to place new requirements on the van-making industry so soon. I will therefore support the rapporteur's proposals on this. However, I cannot pretend not to have a sense of disappointment about the lack of ambition.

Car technology has moved forward at a tremendous rate over the past few years. The car industry has done really well, and there has been huge overlap in the technology used in cars and in vans. The important thing to remember is that businesses across Europe – vast numbers of businesses large and small – use vans, directly or indirectly. Vans are a key part of their activities, so reducing the cost of van operation should not be seen as an environmental pleasantry: it should be seen as absolutely central to making European businesses more efficient and helping them reduce their costs.

This is one of those occasions where we could have had a win-win solution, where we could have really raised our environmental ambitions, and that would have been good for business. It would have reduced business costs, and the technology was there to achieve those higher objectives.

So we gave in, I think: the Council gave in, and Members here gave in at what is a difficult time for us economically across Europe. We gave in to special pleading from the manufacturers. It would have been good to have heard Business Europe standing up for the users of vans and saying: 'Look, if you can reduce the costs, that it is good for us and we will stand up for it.' But no, Business Europe is also the lobby of the big groups, the big manufacturers, and they came forward with no such proposals.

So I see this as an opportunity missed, and I look forward to the Commission coming back with revised proposals in the years to come: looking at the technology that is then available, raising our ambitions and helping us to achieve the genuine win-win solution that is good for the environment and good for business.

1-045-000

Carl Schlyter, *för Verts/ALE-gruppen* . – Fru talman! Jag har många gånger i det här parlamentet samarbetat och stiftat lagar med Holger Krahmer, men just denna gång har vi inte lyckats komma överens – vi tyckte för olika denna gång. Vi hade en fantastisk chans att denna gång rösta för regler som sparar pengar, förbättrar ekonomin, ökar våra exportmöjligheter och gynnar europeiska företag och miljön samtidigt.

Kommissionens egna utvärderingar visade att en ambitiös nivå hade uppnått alla dessa mål samtidigt. Även om vi hade satt gränsen på 110 gram redan 2020 hade det varit nåbart och där hade vinsterna av bränslebesparingen varit mycket högre än kostnaderna för de nya lätta lastbilarna.

Den bränslebesparing vi hade fått för det mest ambitiösa av kommissionens utredda förslag hade motsvarat drygt två eurocent – eller 20 svenska öre – per kilometer. Varför ska alla Europas hantverkare betala mer i onödan? Dessutom: Vem ska vi exportera bilar till? Var säljs flest lätta lastbilar 2020? Jo, i Asien! Tror ni att de kommer att köpa bilar som drar onödigt mycket bränsle? Detta är också en missad chans för exporten.

De miljoner människor som använder dessa lätta lastbilar kom inte hit. De företag som utan problem skulle nå dessa mål de brydde sig inte, utan det var de bakåtsträvande företagen som kom hit och berättade hur besvärligt det skulle vara för dem – och de påverkade lagstiftningen. Är detta innovationernas Europa som alla pratar om? Nej, det är bakåtsträvandets Europa och den här lagstiftningen är fullkomligt otillräcklig.

Men i det här fallet är det bara kommissionen som kan rädda oss, för vi behöver en ny testcykel och jag vill verkligen att ni lägger fram ett förslag där utsläppsnivåerna för 2025 kanske blir 105 gram – då kommer vi ändå att ha en realistisk målsättning som hjälper miljön och ekonomin. Utan det är det här ett förlorat tillfälle för miljön, ekonomin och jobben, vilket är trist.

1-046-000

Mikael Gustafsson, för GUE/NGL-gruppen. – Fru talman! Jag är inte heller så där väldigt imponerad av det som nu har kommit fram. Carl Schlyter gjorde tidigare ett utmärkt inlägg, så egentligen så skulle jag kunna säga *da capo*, men jag ska säga något mer än det. Det är ju så att i motiveringen till föredragandens betänkande står det att det egentligen inte har hänt någonting, men det har ju det.

Vi har sedan 2011, då vi tog det här beslutet i den här kammaren, fått en ny IPCS-rapport från FN som ännu mer tydliggör människans ansvar och ännu tydligare visar hur mycket vi har ökat koldioxidutsläppen sedan förindustriell tid. Så det finns fog för att göra en annan analys. Dessutom var målen i beslutet 2011 som vi pratade om alldeles nyss väldigt låga från början, vilket var väldigt olyckligt. Vi satte så låga mål trots att vi redan då hade kunskaper om klimatförändringar och behovet av lägre bränsleförbrukning.

Om vi hade nya mål skulle vi uppmuntra till nya innovationer och visa omvärlden att vi tar ansvar för kommande generationer. Krisen, som också används som motivering här, det är inget bra argument i det här sammanhanget. Det finns ingen motsättning mellan kris och jobb och miljö. Jobb och miljö kan gå hand i hand. Vi kan skapa nya arbetstillfällen genom att vi också gör olika typer av ekologiska innovationer och satsar på ny teknik. Det finns ingenting som motsätter de här sakerna.

Vi skulle tvärtom kunna utnyttja krisen för att satsa på investeringar och innovationer som är ekologiskt hållbara, som kan kombinera jobb med åtgärder och som är bra för miljön och våra ekosystem. Därför borde istället krisen utnyttjas till att hitta de här lösningarna och därför går miljö och jobb hand i hand. Då är det väldigt olyckligt att vi på det här sättet stannar kvar och inte vill ta ett steg vidare, för vi behöver det för en framtid både här i Europa och hela världen och också för våra jobb.

1-047-000

Richard Seeber (PPE). - Frau Präsidentin! Ich möchte mich zu allererst bei allen Beteiligten, die an dem Kompromiss gearbeitet haben, bedanken. Die Debatte, die wir jetzt gehört haben, erinnert mich ein wenig an die Diskussion: Ist das Glas halb voll oder ist es halb leer? Ich glaube, jeder Kompromiss ist gut, wenn er allen Seiten wehtut. Er tut insbesondere unseren Freunden weh, wenn sie glauben, wir hätten mehr erreichen können. Ja, das ist richtig! Ich glaube, niemand hier im Haus bezweifelt, dass technologisch wesentlich mehr möglich wäre. Und niemand bezweifelt, dass der Verkehrssektor extrem wichtig ist. Er trägt ja zu 15 % der CO₂-Emissionen der Gemeinschaft bei und vor allem wächst er sehr stark. Also hier muss etwas getan werden – unbestritten!

Auf der anderen Seite müssen wir auch bedenken, dass das natürlich etwas kostet. Es ist richtig: Wenn man innovativer ist, gäbe es weniger CO₂-Ausstoß, und dann bräuchte man auch weniger Treibstoff. Vollkommen richtig! Nur steigen natürlich die Preise bei der Anschaffung. Das ist das große Problem, das auch die Hersteller fürchten, und deshalb auch dieser Tritt auf die Bremse.

Meines Wissens sind doch die europäischen Hersteller diejenigen, die am innovativsten und fortschrittlichsten sind. Sie jetzt aus dem Markt weltweit herauszurücken durch übertriebene Zielvorgaben, halte ich für bedenklich. Darum glaube ich, der Kompromiss ist gut. Die Kommission hat jetzt eine Aufgabe bekommen: Sie soll klären, wie es 2020 weitergehen kann. Ich glaube, das basierend auf einer Studie zu machen, ist auch sinnvoll. Dafür ist das Projekt zu wichtig, dass wir das aus dem Ärmel schütteln. Da sollte die Kommission die weltweite Situation im Auge haben – die Kostensituation sowohl bei den Herstellern als auch bei den Nutzern –, weil nämlich leichte Nutzfahrzeuge hier eine besondere Rolle spielen.

Die arbeitsteilige Wirtschaft, in der wir leben, wird immer wichtiger. Es wird immer mehr transportiert werden, und die Chargen werden immer kleiner werden. Daher ist dieser Sektor besonders wichtig und die leichten Nutzfahrzeuge müssen im Zentrum stehen. Trotzdem ist das ein guter Kompromiss, und er wird von mir vollinhaltlich unterstützt.

1-048-000

Matthias Groot (S&D). - Frau Präsidentin! Wir bestätigen heute eigentlich nur einen Beschluss oder wir tun es morgen. Die 147 Gramm für 2020 sind ein realistischer Wert. Er ist aber nicht ambitioniert, wir treten eigentlich auf der Stelle hier mit dieser Gesetzgebung. Aber wie gerade schon angesprochen worden ist: Es ist ein Kompromiss. Ich hätte mir in diesem Kompromiss noch andere Dinge gewünscht und zwar ganz klar, dass wir eine Geschwindigkeitsbegrenzung auch bei den leichten Nutzfahrzeugen einführen. Wir haben sie bei anderen Nutzfahrzeugen, da ist sie gang und gäbe, das ist nichts Exotisches oder Außergewöhnliches und wäre wirklich ein kosteneffizientes Element gewesen, um CO₂ im Alltag einzusparen. Denn darum geht es, dass wir die CO₂-Emissionen den Verbräuchen, die wir im Realbetrieb haben, anpassen.

Deswegen bin ich froh, dass demnächst ein Weltzyklus auf den Weg gebracht wird, der die wirklichen Verbräuche widerspiegelt. Denn man hat manchmal das Gefühl, dass, wenn man im Verkaufsprospekt die Verbräuche sieht und dann im realen Leben die Verbräuche an der Tankstelle misst, da eine Riesenlücke klafft. Hier brauchen wir verbraucherfreundliche Lösungen, und es muss mehr an die Realität angepasst werden.

Ich bin auch froh, dass wir eine Klausel darin haben, dass wir eine Überprüfung in der nächsten Periode bekommen werden, um zu sehen, wo geht die Technik hin, wo geht die Reise hin, um gegebenenfalls dann die Gesetzgebung anzupassen. Denn wir haben einen Korridor vorgegeben: 105 bis 120 Gramm sollen die CO₂-Emissionen dann im Jahr 2025 betragen. Das ist einer der größten Fortschritte in diesem Bericht.

1-049-000

Dubravka Šuica (PPE). - Gospođo predsjedavajuća, već smo čuli da se radi o tehničkoj temi, ali ujedno i vrlo složenoj temi. Činjenica je da je postignut kompromis s Vijećem i Komisijom i pozdravljam takav kompromis. Iako sam članica odbora ENVI i trebala bih više biti na strani zaštite okoliša, međutim znamo u kojem vremenu živimo i radi se o pobjedi razuma.

Naš izvijestitelj Kramer je pomirio oprečne pozicije, i zaštitu okoliša i sve ostale, dakle postignut je kompromis između ekonomskih pitanja i ekoloških pitanja. Treba imati procjenu učinka do 2020. godine i vidjeti što se može napraviti jer treba voditi računa i o automobilske industriji.

Kao što znamo i kao što smo već čuli ovdje, automobili proizvode više od polovine CO₂ u Europskoj uniji i sigurno da treba poboljšati uvjete i treba poboljšati utjecaj na okoliš. Procjena je da će ovakav utjecaj, sa 147 grama po kilometru, učiniti da će se 17 % potrošnje goriva smanjiti. Mislim da je to jedan veliki cilj i da je za sada dobar cilj 2020. godina, a isto tako nisam protiv toga da se razmatraju odrednice poslije 2020. godine.

Prošlog tjedna smo na zajedničkom odboru ITRE i ENVI usvojili europsku klimatsku politiku do 2030. godine u kojoj smo postavili velike ciljeve i sigurna sam da će se i proizvodnja ovih automobila uklopiti u takve ciljeve. Svaki kompromis je dobar, sektor prometa je važan i ne bi se smjelo u ovom trenutku pretjerati imajući na umu krizu, iako je netko rekao da se ne smijemo izvlačiti na krizu. Isto tako, 25 000 vozila je po ovome dobilo pravo na neke olakšice i mislim da je to sasvim dobar rezultat u ovom trenutku i očekujemo drugo čitanje.

1-050-000

Adam Gierek (S&D). - Koledzy! To Japonia pod względem funkcji celu, jaką jest niska emisja CO₂ i małe zużycie paliw, bije motoryzacyjne firmy europejskie, które są niskorentowne i którym brakuje stymulacji ekonomicznej do wprowadzania innowacji. Przykładem tego jest FIAT, który z przyczyn pozaekonomicznych przenosi produkcję z jednego kraju do drugiego. Firmy te, jak widać, niechętnie uruchamiają zgromadzone środki na prawdziwe inwestycje innowacyjne. A przecież potencjał innowacyjny w zakresie, o którym mówimy, jest bardzo znaczny. Dotyczy to zwłaszcza osiągnięć inżynierii materiałowej w odniesieniu do obniżenia masy pojazdów. Liczne opatentowane wynalazki mają niestety charakter zaporowy.

Świat z niecierpliwością czeka na rewolucję motoryzacyjną. Dobrą zachętą dla firm produkujących niskoemisyjne samochody dostawcze mógłby być superkredyt, ale przyjęte docelowe normy emisji CO₂, tj. 147 g/km, należy bezwzględnie egzekwować. Nie może być w tym względzie wymuszania derogacji, jak to ostatnio obserwujemy. Wymaga tego uczciwa konkurencyjność.

Sądzę, że całkowicie realna jest zmiana parametru użyteczności małych pojazdów dostawczych wynikająca z – przyjętej w oparciu o znaną funkcję liniową CO₂ w funkcji masy, czyli docelowej do 2020 r. – obniżki ich masy o ok. 300 kg, a w dalszej perspektywie obniżenie emisji w kolejnych latach. To oczywiście zależy od już znanych naszych osiągnięć, ale, Koledzy, sądzę, że, żeby to było osiągalne, Europa wymaga rozsądnej i spójnej oraz kompleksowej polityki przemysłowej.

1-051-000

Werner Langen (PPE). - Frau Präsidentin! Ich bin mit dem Kompromiss sehr zufrieden, denn er ist ehrgeizig. Er ist nicht so, wie ihn einige Kollegen beschrieben haben. 2007 hatten wir im Durchschnitt 203 g pro gefahrenem Kilometer. Das Ziel 2020 mit 147 g wird die Emissionen um 28 % senken, also mehr als in der Strategie 2020 der Europäischen Kommission aus den Klimaseiten insgesamt vorgegeben wurde. Es ist also ehrgeizig. Deshalb bin ich sehr zufrieden.

Ich bin allerdings auch der Meinung, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, den Testzyklus neu zu entwickeln und zu verifizieren. Denn in dem einen oder anderen Fall mag das stimmen, was der Kollege Groote gesagt hat. Bei dem Pkw, den ich fahre, ist das nicht der Fall. Mein tatsächlich gefahrener Wert liegt unter dem angegebenen,

d. h. man kann auch durch verschiedene Fahrweisen hier CO₂ und damit auch Kraftstoff sparen.

Ich meine, dass insbesondere diese kleinen Nutzfahrzeuge ... Und die Kollegin Šuica hat hier eine falsche Zahl genannt: Nicht 50 % der Verkehrsemissionen kommen aus den kleinen Nutzfahrzeugen. Noch nicht einmal alle Fahrzeuge – kleine Nutzfahrzeuge und große Lkw – zusammen machen 50 % aus. Der Straßenverkehr macht noch nicht einmal 12 % insgesamt aus. Deshalb muss man bei den Fakten schon korrekt bleiben, wenn man darüber nachdenkt, was notwendig ist. Die Hersteller benötigen Planungssicherheit, und der Mittelstand, die kleinen und mittleren Unternehmen, benötigen Fahrzeuge, mit denen sie ihre Dienstleistungen anbieten können. Hier haben wir einen vernünftigen Kompromiss gefunden.

Ich bin froh, dass einige Dinge verhindert wurden. 110 g ist hier noch einmal genannt worden – im Jahre 2025. Die Superkredite wurden – wie 2011 beschlossen – beibehalten. Und Frau Ulvskog hat gesagt – das schlägt dem Fass den Boden aus –, sie wäre eigentlich dafür gewesen, gleiche Emissionsziele für alle, unabhängig von der Fahrzeugart und Fahrzeuggröße vorzugeben. Da muss sie aber doch einmal ihre nordeuropäischen Lkw-Hersteller Volvo und Scania fragen, ob die damit auch einverstanden sind. Herr Davies hat gesagt, das sei eine Win-win-Situation, wenn wir die Anforderungen hochschreiben.

Ich glaube, es ist vernünftig, so wie es geschehen ist, und deshalb werde ich aus Überzeugung den Vorschlag unterstützen!

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 149 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

1-052-000

Carl Schlyter (Verts/ALE), fråga ("blått kort") . – Fru talman! Vi är överens om att testcykeln måste reflektera det värde som gör att man kan spara energi när man kör effektivt. Men ni sa att det är viktigt att ha siffrorna rätt. Men ni känner väl till att den baslinjesiffra ni använder er av var felaktig? Kommissionens ursprungskalkyler bygger på för höga baslinjesiffror, som då överdriver ambitionen i det här förslaget. Bara så att ni känner till att den är lägre än den ni nämnde, eftersom den var felaktig i kommissionens ursprungsförslag som sedan rättades till och upptäcktes.

1-053-000

Werner Langen (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ . – Greenpeace ist noch nicht verantwortlich für die Industriepolitik und auch nicht für die Umweltpolitik. Die Forderungen, die Herr Schlyter jetzt zitiert hat, sind die uralten Forderungen von nicht politisch verantwortlichen Nichtregierungsorganisationen. Ich weise es zurück, dass das der Maßstab ist. Der Maßstab ist das, was die Kommission vorgeschlagen hat und was Parlament und Rat beschlossen haben, nicht mehr und nicht weniger.

1-054-000

Tonino Picula (S&D). - Gospođo predsjedavajuća, u uvjetima gospodarske krize i slabljenja kupovne moći kada i proizvođači i potrošači predanije nego inače tragaju za uštedama koje nerijetko idu na štetu okoliša dobrodošla je kvalitetno izbalansirana politička poruka poput ove.

Ona uzima u obzir nesumnjivu potrebu ograničavanja čovjekovog štetnog utjecaja na svoju okolinu, ali realnu potrebu za ekonomskom održivošću takvih ograničenja. Europska unija mora zadržati leadersku poziciju u poticanju i primjeni zelenih tehnologija, kao i ulogu vodeće svjetske gospodarske sile, što je moguće isključivo strateškim promišljanjem kakvog nudi ovaj nacrt zakonodavne rezolucije.

U kontekstu ove rasprave istaknuo bih mogućnost porezne olakšice koja je već na snazi u Hrvatskoj, a ostvaruje se prilikom kupnje lakih gospodarskih vozila. Odnosi se na porez na dodanu vrijednost u iznosu do 100 % ukoliko se vozilo registrira kao komercijalno vozilo.

Važno je naglasiti kako je prilikom provedbe ovakvih olakšica potrebno, uz težinu vozila, kontrolirati razinu emisija ugljičnog dioksida kako bi se uz ekonomski iskoristio i puni ekološki potencijal ovakvih odredbi. Ovako izmijenjena uredba dobar je primjer da je moguće pomiriti interese zaštite okoliša i gospodarskog razvoja. Pored rečenog, njena učinkovita provedba pružit će putoka, pomoć zemljama članicama koje su još uvijek iznad dozvoljene razine emisija ugljičnog dioksida propisane kvotama iz Kyoto sporazuma.

1-055-000

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). - Doamnă președintă, în Uniunea Europeană am fost de acord să avem o politică europeană pentru combaterea schimbărilor climatice prin reducerea emisiei de gaze cu efect de seră. De aceea, mâine voi susține reglementarea pe care o dezbatem astăzi și în care s-a ajuns la un compromis acceptabil cu privire la limitele pentru aceste gaze cu efect de seră emise de vehiculele ușoare comerciale.

Doresc însă să atrag atenția aici că efortul și costurile suplimentare pentru industria europeană a automobilelor trebuie să fie însoțite de eforturile făcute de țările terțe mari producătoare sau mici producătoare de autovehicule. De aceea, consider că atât Consiliul, cât și Comisia Europeană și Parlamentul European trebuie să acționeze ca, pe plan global, să obținem această reducere a emisiilor de gaze cu efect de seră pentru autovehicule. Dacă nu vom reuși să atingem acest obiectiv la nivel global, atunci nu numai că vom înregistra o creștere a emisiei de gaze cu efect de seră în lume, dar vom afecta negativ și competitivitatea industriei europene de automobile, care asigură milioane de locuri de muncă în Europa.

1-056-000

Connie Hedegaard, Member of the Commission . – Madam President, again I will be very brief. I think there are two issues that have been raised. One is from those who have argued that there is lack of ambition, and the other is the test cycle. You will recall that before the agreement between the Parliament and the Council on 147 grams was reached back in 2011, the Commission had already proposed 135 grams.

But we also knew how challenging it was to reach that agreement, so two years later we did not think that the time was really right to try to go for anything but 147 grams, which will, hopefully, be confirmed here tomorrow. Of course we are preparing the post-2020 regime, as I mentioned. This is also very visible in the Commission's declaration, and this will also include finalising the new world light-duty test procedure this year and implementing it in EU law.

As some have been mentioning here, there is a challenge with the new test cycle. We must implement it, and we are working very hard to achieve that so that when we look at the

post-2020 regime, we should also have the new test cycle there. So thank you very much for the support and for the result. Once again, thank you very much to the rapporteur. I hope that we will have a solid result tomorrow.

1-057-000

Holger Krahmer, *Berichterstatter*. – Frau Präsidentin! Herr Langen hat vergessen, Herrn Krahmer zu loben. Ich nehme das trotzdem jetzt außerhalb des Protokolls zur Kenntnis.

Ich möchte die zwei Minuten nur kurz nutzen, um auf einige Debattenbeiträge einzugehen, die einige der Kollegen hier gemacht haben. Mitunter unterschätzen wir, dass es im Markt für leichte Nutzfahrzeuge – natürlich nicht nur in dem – Wettbewerb gibt. Nutzfahrzeuge werden fast ausschließlich – das trifft vielleicht bei leichten Nutzfahrzeugen nicht zu 100 Prozent zu – für gewerbliche Anwendungen gekauft. Das heißt, der Treibstoffverbrauch ist das entscheidende Kaufkriterium. Das heißt, wir müssen die Industrie auch gar nicht dazu zwingen – und schon gar nicht brachial und mit Gewalt –, verbrauchsarme Fahrzeuge zu bauen. Wenn es einen Hersteller gibt, der wahrscheinlich nach Carl Schlyter das Wunderfahrzeug erfindet, das nichts mehr emittiert und genauso viel kostet wie die, die heute da sind, dann hat der wahrscheinlich sofort einen Weltmarktanteil in signifikanten Größenordnungen.

Ich will auch das wiederholen und unterstreichen, was Richard Seeber gesagt hat: Nicht jede Treibstoffeinsparung kompensiert höhere Anschaffungskosten. Gerade wenn es um kleinere Handwerker geht – also um kleine Unternehmen –, ist der Kaufpreis für ein neues leichtes Nutzfahrzeug oftmals ein Kriterium, bei dem man sagt: Ja oder nein, ich kaufe es oder ich kaufe es nicht. Und wenn die Anschaffungspreise für Neufahrzeuge zu hoch werden, dann ist der Effekt schlicht und einfach der, dass die älteren länger gefahren werden. Und dann haben wir bei den CO₂-Emissionen am Ende des Tages nichts erreicht.

Viele der Argumente, die ich hier gehört habe – gerade auch aus der Ecke der Grünen, Herr Schlyter –, sind Glaubensfragen. Es ist eine kühne Behauptung zu sagen, dass die Kostenkompensationen immer erreichbar sind und immer am Markt so durchsetzbar sind.

Ich war überrascht, dass Matthias Grooten jetzt doch wieder für die Geschwindigkeitsbegrenzer plädiert hat und das auch noch mit den schweren Nutzfahrzeugen verglichen hat. Bei den schweren Nutzfahrzeugen gibt es für meine Begriffe zu Recht Geschwindigkeitsbegrenzer aus Verkehrssicherheitsgründen. Der 30-Tonner sollte eben nicht mit 150 km/h auf der Autobahn fahren. Aber ich möchte gerne erleben, wie du das dem kleinen Handwerksmeister und dem Bäckermeister und dem Paketlieferanten erklärst, dass hier Fahrzeuge bei 120 km/h abgeregelt werden. Da bevormunden wir die Leute. Und das führt auch – wer selber Auto fährt, weiß das – manchmal zu unsicheren Situationen auf Autobahnen.

Ich hoffe also, dass wir den Kompromiss, wie wir ihn haben, so heute annehmen und alle die offenen Fragen, die über das Jahr 2020 hinaus zu klären sind, dann klären werden, wenn die Zeit dafür reif ist.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 149 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

1-058-000

Carl Schlyter (Verts/ALE), *blue-card question* . – Madam President, this is not really a question, but it is just that the figures which I quoted are from the Commission's Impact Assessment. They showed that, with a more ambitious proposal, the fuel saving would be much greater than the cost of a new vehicle – the relative cost of the increase of the new vehicle. So they are not my figures; I took them from the Commission's Impact Assessment.

1-059-000

President. – It was more or less a statement, but you can still reply.

1-060-000

Holger Krahmer, *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“* . – Vielen Dank. Ich glaube, irgendwann ist zu dem Thema einmal alles gesagt.

1-061-000

Πρόεδρος. - Η συζήτηση έληξε.

Η ψηφοφορία θα διεξαχθεί αύριο στις 12 το μεσημέρι.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 149)

1-061-500

Mathieu Grosch (PPE), *schriftlich*. – Die für leichte Nutzfahrzeuge aufgestellten CO₂-Emissionsrichtwerte sollten mit den langfristigen Klimaschutzziele der EU vereinbar sein, um eine kohärente europäische Umweltgesetzgebung zu ermöglichen.

Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass die Automobilindustrie zwar Sicherheit für langfristige Investitionen in umweltfreundliche Technologien braucht und deshalb die Vorgabe von Richtwerten für 2020 zu begrüßen ist, jedoch gleichzeitig keine darüber hinausgehenden Vorgaben sinnvoll sind. Emissionsvorgaben weit über das Jahr 2020 hinaus vorzusehen, steht in meinen Augen einer schnelleren nachhaltigen Entwicklung der Fahrzeuge entgegen. Folglich ist es gut, dass die Kommission diese Ziele überprüfen soll. Im Gegenzug sollte die Gesetzgebung auf fairen Informationen durch die Industrie beruhen.

Zudem ist es positiv anzumerken, dass an Begünstigungen festgehalten werden soll, denn Anreize zu nachhaltigen Technologien zu schaffen, kommt nicht nur der Automobilindustrie und letztlich den Verbrauchern, sondern auch dem Industriestandort Europa zugute. Die Emissionsziele sollten deshalb auch nicht nur nachhaltig und sozialverträglich, sondern vor allem realistisch sein und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie wahren, sodass der Industriestandort Europa nicht unattraktiv gestaltet wird.

17. Τεχνολογία δέσμευσης και αποθήκευσης άνθρακα (συζήτηση)

1-063-000

Πρόεδρος. - Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η συζήτηση επί της εκθέσεως του Chris Davies, εξ ονόματος της Επιτροπής Περιβάλλοντος, Δημόσιας Υγείας και Ασφάλειας

των Τροφίμων, σχετικά με την έκθεση εφαρμογής 2013: «Ανάπτυξη και εφαρμογή της τεχνολογίας δέσμευσης και αποθήκευσης άνθρακα στην Ευρώπη» (2013/2079(INI)) (A7-0430/2013).

1-064-000

Chris Davies, *rapporteur*. – Madam President, our aim should be not only to reduce Europe's CO₂ emissions but also to do so at the least-possible cost. Europe's economy must be competitive. For this reason it would be wrong to commit ourselves to the development of particular technologies to the exclusion of others, and the Commission would be right to propose a 2030 low-carbon technology without specifying how it should be reached, because the solution will vary from one country to another. Sometimes renewable energy will play a large part. Elsewhere there will be a role for carbon capture and storage.

CCS technology can allow us to use fossil fuels to keep the lights on even when the wind is not blowing and the sun is not shining. Just as we remove the SO_x and the NO_x from modern power stations, we should get used, just as automatically, to removing the CO₂. CCS is the only means of achieving large reductions in emissions from the steel, cement and other major industrial installations. CCS technology is proven, but it is capable of great improvements and cost reductions.

We see this time and again as technologies are developed. If we think of the mobile telephone, twenty years ago it was like a brick and now it is the size of a matchbox or smaller. But, even given our present knowledge, the Zero Emissions Platform and major engineering companies like Alstom say that CCS will be cheaper per unit of low-carbon electricity than offshore wind, and in many cases much cheaper than solar.

It is clear from the geologists that Europe has an abundance of potentially safe CO₂ storage sites, although they are not always in the most convenient places. So it is a great disappointment that progress in Europe has all but ground to a halt. In 2007 the Council declared that it wanted up to 12 demonstration plants to be in operation by 2015. In fact we will be lucky if the construction of even one plant has been authorised by that date.

Governments have thrown money at renewable energy projects but relied entirely on the CO₂ price to promote business investment in CCS. The collapse in that price has taken away the financial justification, as well as slashing the value of the NER300 subsidies we could offer. Renewable energy would have gone the same way were it not receiving specific governmental support. Even in my own country, the UK, where there is cross-party support for CCS, we have yet to see construction cranes in action.

Europe's priority should be to get a range of flagship projects up and running. We must learn by doing, and we need the Commission to come forward with a new strategy. I hope the ideas in this report will contribute to that. The central feature must be a requirement that governments prepare long-term CO₂ reduction plans. CCS can only happen when governments support it, but some of them will only appreciate its value when they actually have to explain how they are going to achieve reductions of 80 % and more. Although I endorse the idea of creating a new European innovation fund, I recognise that the majority of funding will have to come from Member States. The Commission must ensure that CCS is placed financially on a level playing field.

Let us keep in mind the big picture. Across the world CO₂ emissions are rising fast. Forty per cent of global electricity comes from coal, and coal is expected to be the single largest source of electricity generation across the world even in 30 years' time. We have got to

deal with the emissions from fossil fuels. It is not surprising that the International Energy Agency stresses the importance of developing CCS, and we should not lose sight of the fact that there are business opportunities here for European companies. There are jobs that can be created.

Europe has lost its leadership in the development of solar technology and, with so many CCS projects underway elsewhere in the world, it is at risk of losing out in the development of CCS technology. For the sake of our climate and our economy, let us embrace the full range of technologies that are available to help us reduce our CO₂ emissions and let us make CCS happen.

1-065-000

Connie Hedegaard, *Member of the Commission*. – Madam President, as Commissioner Oettinger unfortunately cannot be here tonight, I would like, on behalf of the Commission, to welcome the carbon capture and storage (CCS) report from Parliament.

As we just heard from the rapporteur, a combination of technologies is needed to decarbonise Europe, including renewable energy, greater energy efficiency and CCS. CCS combined with renewable energy has the potential to deliver larger emissions reductions than renewable energy alone.

Following the Commission consultative communication on the future of CCS in Europe, the role of CCS for power generation and energy-intensive industries will be addressed in the communication on the 2030 energy and climate policy framework that the Commission intends to adopt next week.

In the long term, support for CCS should be derived mainly from an adequate CO₂ price signal. Further analysis of possible interim support measures needs to be undertaken.

We share Parliament's view that it is essential, in parallel, to develop and successfully operate a range of full-chain demonstration projects that would help identify the most cost-efficient technologies. I agree very much with what Mr Davis just said: what we need to do first in Europe is to gather positive experiences from a range of technologies in this field. We need the demonstration projects. They are a critical step towards ensuring the timely deployment of this technology and validating its cost-effectiveness as a climate-friendly technology. Funding under the European Energy Programme for Recovery has already supported efforts in this direction. One additional CCS project is also being assessed for co-financing under the NER300 scheme.

It should be no secret to anybody, however – and it was implied in what Mr Davis just said – that we need more interest on the part of Member States. We cannot do this without co-financing and co-interest from Member States. The Commission is very keen to work with the Member States on gaining experience in this technology.

Furthermore, as was also recognised by Parliament's report, the importance of Member States' developing national low-carbon strategies and roadmaps – taking CCS into account where relevant – was highlighted as a possible support measure by some contributions to the CCS consultation launched last year.

The Commission welcomes the call in Parliament's report for the development of adequate CO₂ transport and storage infrastructure. The Horizon 2020 work programme for 2014 and 2015, which includes CO₂ storage projects as a priority, and the Connecting Europe

Facility, for cross-border transport solutions, could support initiatives in these areas – for instance, in the North Sea. Here again, Member State interest is a prerequisite.

We share Parliament's call for closer cooperation with CCS projects worldwide. Cooperation is already happening with the US, with Canada and with Australia.

The Commission attaches high importance to the proper and consistent implementation of the CCS regulatory framework across Europe, with a view to supporting the demonstration and subsequent deployment of CCS in an environmentally-safe way and to enhancing public confidence in this technology.

The Commission notes Parliament's call for a revision of the CCS Directive, particularly in relation to CO₂ storage liabilities. The review of the directive will start this year. We envisage that it will be a thorough exercise with broad engagement by all relevant stakeholders. The review will aim to assess the effectiveness of the directive's provisions against the state of play of CCS in Europe and its future deployment prospects.

We note Parliament's insistence that it is no longer acceptable to invest in fossil-fuel-based power plants or industrial installations without proper regard for how this will be reduced in the future. I would like to reassure the Members of Parliament that, as part of the review of the CCS Directive, due consideration will be given to the assessment of capture and storage readiness provisions.

The Commission welcomes the suggestions that Parliament has put forward in its report as an important contribution to the ongoing debate on the best way to support the development of CCS in Europe. Let me finish by thanking the rapporteur and all the Members of Parliament involved for their work and their constructive dialogue on this. I would reiterate, however, that Member States need to engage further if this is not to be only a theoretical debate but actually one of the technologies on which Europe could take the lead.

1-066-000

Elisabetta Gardini, *a nome del gruppo PPE*. – Signor Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, io sono qui per congratularmi con il lavoro del collega Davies. Credo che sia stato un lavoro proficuo e importante.

Come forse sa, Commissario, io spesso sono critica rispetto a certe prese di posizione dell'Europa sulla nostra politica energetica. Però devo dire che quando parliamo della tecnologia della CCS mi trova invece assolutamente dalla sua parte. Io credo che sia una tecnologia importante, sulla quale avevamo puntato per raggiungere gli obiettivi che l'Europa si è data di decarbonizzazione del nostro ambiente e della nostra economia, e ritengo che senza questa tecnologia sia ancora più difficile e troppo costoso raggiungere gli obiettivi che noi ci siamo posti.

Quindi ci sono alcuni punti in particolare – non sto a ripeterli, li ha illustrati così bene il collega Davies – ma riconoscere che questa tecnologia può davvero consentire all'Unione europea di soddisfare al minor costo le proprie aspirazioni di basse emissioni di CO₂ deve essere una cosa di cui noi tutti siamo consapevoli, così come io sono assolutamente d'accordo che la diffusione della tecnologia non vada soltanto considerata nell'ambito della generazione di energia dal carbone e dal gas ma anche in vari settori industriali, quali quelli dell'industria chimica, dell'industria metallurgica, siderurgica, del cemento, della raffinazione e così via. Mi auguro che la Commissione davvero tratti il tema anche nell'ambito del quadro

sul clima e l'energia per il 2030, perché quello, invece, è un capitolo che io trovo più complesso e dove vorrei vedere molti punti delicati svolti con più attenzione a quello che è il mondo reale che noi stiamo vivendo in questo momento.

Noi abbiamo in Europa una situazione ancora incerta: il futuro non lo conosciamo. Vediamo che in altri paesi la CCS viene applicata con vari gradi di successo. Nel mio paese per esempio, l'Italia, proprio recentemente è stato chiuso un progetto pilota europeo, con grande perdita, perché abbiamo dovuto restituire i soldi e abbiamo perso anche un numero consistente di potenziali posti di lavoro.

Quindi io mi auguro che queste esperienze diano maggiore forza a questa potenzialità che abbiamo e che ci sia un modo più favorevole di guardare a questa tecnologia, che come ben sappiamo ha creato numerosissimi problemi, in primis quello che ricordava il Commissario, i siti di stoccaggio. Però io credo che noi, come legislatori europei, dobbiamo assolutamente capire in che modo possiamo essere d'aiuto per sviluppare la tecnologia, in modo tale da garantire gli obiettivi sulle emissioni di carbonio, proteggendo e aumentando nel contempo i posti di lavoro, che sono la priorità, e sostenendo la nostra competitività.

Questi sono i nostri principali obiettivi e io ringrazio fin d'ora per gli sforzi augurandomi che possiamo raggiungere un obiettivo davvero condiviso.

1-067-000

Andrés Perelló Rodríguez, *en nombre del Grupo S&D* . – Señora Presidenta, señora Comisaria, gracias, señor Davies, por haber facilitado el trabajo en este informe.

Si hablamos de captura de carbono para su almacenamiento subterráneo - lo que hemos llamado CAC - , hemos de reconocer que los objetivos fijados - ya se ha dicho aquí - no se han alcanzado.

Esos doce grandes proyectos que en 2007 se fijaron para 2015 no se van a realizar, sobre todo por un problema de financiación y por un error de base: por haberlo fiado todo - la financiación - al mercado de emisiones y al carbono - y todos ustedes saben lo que ha pasado con eso.

¿El hecho de que nos hayamos quedado atrás, de que los Estados Unidos nos hayan adelantado - también China y Canadá -, significa que tenemos que abandonar esta técnica? Yo creo que no; en ningún caso.

Es una técnica que, evidentemente, no es una panacea - nadie lo ha dicho - como lucha contra el cambio climático, pero es una técnica complementaria que no compite con las energías renovables, que las acompaña y que, desde luego, es la única que se conoce en algunos aspectos, porque la polémica se genera cuando hablamos de producción de energía térmica, pero nadie puede negar que es el único método conocido para rebajar emisiones en siderurgia, metalurgia e industria cementera, como también se ha dicho aquí.

Por tanto, ¿por qué apoya mi Grupo este informe? Porque lo consideramos equilibrado, porque lo consideramos necesario —es la base para volver a relanzar esta técnica— y, desde luego, porque en él se pide a la Comisión que estudie nuevas formas de financiación, que siga colaborando con otros Estados para poner en común las experiencias que se tengan con objeto de avanzar igual que han avanzado ellos.

Y, desde luego, también sería bueno que estudiáramos de qué manera se puede utilizar el Fondo de Investigación del Carbón y del Acero de la Unión Europea para demostrar o para hacer demostraciones precomerciales de la captura de carbono.

En lo que sí estoy de acuerdo es en que todo esto debe hacerse dentro del más escrupuloso respeto de las normas medioambientales, en que no tenemos que rebajar nuestra exigencia y en que, desde luego, hay que exigirles también a las empresas que cubran su responsabilidad sin ningún tipo de atenuación. Una cosa es que la técnica sea necesaria, que sea la única que se conoce para algunas industrias, y otra que eso sirva como coartada, junto a la crisis, para atenuar responsabilidades. Ahí no estaríamos de acuerdo; por lo demás, sí.

Nuestro voto es favorable al proyecto.

1-068-000

Bart Staes, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – Voorzitter, collega's, mevrouw de commissaris, ik vervang in dit debat Bas Eickhout, onze schaduwrapporteur, die helaas vanwege transportproblemen niet tijdig in Straatsburg is geraakt.

CCS komt op dit ogenblik niet van de grond en dat heeft zijn redenen. Het is een dure techniek, die stuit op grote publieke weerstand, omdat er de nodige risico's aan kleven. Met CCS als excuus kunnen energieproducenten bovendien blijven doorgaan met het bouwen van vieze kolencentrales waar we de komende veertig jaar aan vast zitten. En CCS – laat ons dat toch erkennen – is helemaal niet nodig om de energiesector te decarboniseren. We kunnen veel beter ons geld, onze tijd, onze energie steken in de energievormen van de toekomst. Daarin investeren: in wind, in zonne-energie, in geothermie en vooral ook in energiebesparing.

Het verslag van collega's Davies en Ford roept de lidstaten op tot het verlenen van financiële steun aan CCS. Het geeft aan dat lidstaten een deel van de risico's op zich kunnen nemen en zegt dus eigenlijk dat de belastingbetalers zullen moeten opdraaien voor de schade bij een ongeluk. Het wil ook dat de Commissie de CCS-doelstellingen binnen het 2030-kader voor het klimaat- en energiebeleid ontwikkelt.

Als deze punten overeind blijven, zullen de Groenen tegen dit verslag stemmen. In plaats van het subsidiëren van een risicovolle en dure techniek, zouden we het gebruik van fossiele brandstoffen eigenlijk moeten uitfaseren. Dat kan met een CO₂-prijs die hoog genoeg is en met het instellen van een zogenaamde '*emission performance*'-standaard, een CO₂-norm voor alle bestaande en nieuwe elektriciteitscentrales.

Daarom een oproep, beste collega's, tot ondersteuning van de groene amendementen die 1) de Commissie oproepen een EPS-norm voor bestaande en nieuwe elektriciteitscentrales in te stellen, en 2) die duidelijk maken dat er geen publieke steun moet worden verleend aan de CCS in de energiesector.

De groene amendementen 2 en 7 gaan nader in op een aantal specifieke industriële sectoren. We moeten het erkennen, voor industriële sectoren zoals de staal- en de cementsector geldt een ander verhaal. Bij het produceren van staal, bij het produceren van cement is CO₂ een bijproduct. Om die gevaarlijke klimaatverandering tegen te gaan, moet dus ook de industrie die CO₂-uitstoot naar bijna nul reduceren. Dat is op dit ogenblik onmogelijk zonder CCS. Dat erkennen we.

Maar daarom moeten we investeren in mooie technieken, in effectieve technieken waarbij die industriële sectoren zoals de cementindustrie, zoals de staalindustrie, technieken ontwikkelen waarbij er minder CO₂-uitstoot komt.

Laat ons dus eerder, collega's, investeren in energiebesparing, in hernieuwbare energiebronnen, liever dan in te zetten op CCS.

1-069-000

Sabine Wils, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion* . – Frau Präsidentin! Die CCS-Richtlinie aus dem Jahr 2009 war zum Glück ein Flop. Die bereitgestellten Gelder wurden kaum abgerufen. Der vorliegende Initiativbericht versucht, CCS doch noch zu etablieren, indem es als risikoarm und klimafreundlich dargestellt werden soll. CCS soll klimaschädlichen Kohlestrom in vorgeblich sauberen Strom umdeklariieren, damit der für die Energiekonzerne billige, für das Klima und die Umwelt aber verheerende Kohlestrom weiter die Taschen dieser Energieerzeuger füllt.

Ich komme aus Deutschland und kenne die Folgen der Braunkohleverstromung in der Lausitz. Letzte Woche wurde veröffentlicht, dass die Kohleverstromung den deutschen Anteil an CO₂ wieder steigen lässt. Das ist eine Perversion von verantwortungsvoller Klimapolitik. Damit wird der notwendige Umbau der Energieerzeugung auf erneuerbare Energien hinausgeschoben und behindert. Die Gefahr für Leib und Leben für die bei CCS-Lagerstätten wohnenden Menschen durch das Risiko undichter CCS-Lagerung wird bei diesem Bericht einfach ausgeblendet. Die Gefahren für den weltweit wichtigsten Rohstoff Trinkwasser werden ebenfalls verdrängt. Es ist kaum auszudenken, was passiert, wenn Trinkwasser verseucht wird, indem CCS-Gase salzhaltiges Wasser in Schichten mit Trinkwasservorkommen drücken. Dazu sagen wir als die Linke im Europäischen Parlament entschieden Nein!

Typisch ist, dass laut dem Bericht Kosten – wie Investitionen oder Haftung – zu einem erheblichen Teil der Allgemeinheit aufgebürdet werden, während die Gewinne privatisiert werden. Das lehne ich grundsätzlich ab. Eine nachhaltige Klimaschutzpolitik verlangt, dass klimaschädliche Gase bei der Energieproduktion und in der Industrie gar nicht entstehen oder drastisch reduziert werden!

1-070-000

John Stuart Agnew, *on behalf of the EFD Group* . – Madam President, I hope nobody minds if a farmer gives a quick science lesson to you all. First, the title of this report by Chris Davies – which I hope will never become law – should be 'Carbon dioxide capture and storage', not just the solid carbon.

As a farmer, I of course like CO₂. It is absolutely essential. It grows my sugar beet, as this photosynthesises and takes it from the air; it grows my pasture for my sheep, and of course it grows the wheat to feed my chickens. So I like it. It is good for me, and it is good for all farmers. What is more, the more CO₂ there is in the atmosphere, the faster our crops will grow. If you do not believe me, try it in a greenhouse. Suppose you were to succeed and actually remove huge quantities of CO₂ from the atmosphere: we could not grow our crops. You would have to learn to live on a diet of fungus and mushrooms.

Then there is the atmospheric greenhouse effect. As most people now know, CO₂ is also useful in keeping the planet warm by absorbing the sun's rays and preventing the whole planet from icing up, just like North America at the moment with its polar vortex coming

down from the Arctic. Of course, scientists tell us that CO₂ is only a very minor greenhouse gas and that water vapour in the atmosphere is responsible for over 80 per cent of the greenhouse gas effect on the Earth. Even the Greens will not want to get rid of water vapour.

So what is all this about carbon? What is the problem here? You want money, don't you? The EU loves its fuel duty, its VAT on gas and electricity and carbon allowances for big industry, taxing our jobs away to other countries, making our bills ever higher and blaming the power industry. Of course, some scientists support carbon capture and storage – but then they get subsidies and grants from the EU, so they would, wouldn't they? I am reminded of the anaerobic digester nonsense that is happening on farms at the moment, where we pour energy into growing maize with fertiliser and horsepower, saying how clever we are in reducing emissions, only to go and take this to a digester to burn it.

1-071-000

Christa Klauß (PPE). - Frau Präsidentin, verehrte Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer einfach, Nein zu sagen. Damit ist man das Thema los. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, hätten unsere Urväter immer Nein gesagt, dann hätte die Entwicklung bis dahin, wo wir heute sind, nicht stattgefunden. Deshalb muss man auch weiterentwickeln, und man muss sich auch den Gegebenheiten stellen.

Ich bin mir sicher, dass später in den Geschichtsbüchern die Anfangsjahre des 21. Jahrhunderts als Jahrzehnte des Umbruchs und der Umstellung der Nutzung der Energieressourcen beschrieben werden. Wir wissen heute, dass der Zugang zu Energie der Schlüssel ist für Wachstum und Wohlstand. Wir wissen auch, dass die zurzeit möglichen Ressourcen nicht ausreichen für Wachstum und Wohlstand für alle. Wir müssen schnellstens neue Wege der Energiesicherung und der Energieeffizienz suchen und finden. Somit: Änderungen sind notwendig, sie werden gesucht, und sie müssen auch erforscht und geprüft werden. Dabei dürfen wir nicht nachlassen oder gar Möglichkeiten auslassen. Das können wir uns eigentlich gar nicht leisten. Das, was uns zur Verfügung steht, muss besser und umweltfreundlicher genutzt werden.

Großes Ziel der europäischen Energie- und Klimaschutzpolitik muss es sein, den Klimaschutz mit Wettbewerbsfähigkeit zu vereinbaren. Dabei sind wir vor ein paar Jahren mit der Abscheidung und Speicherung von Kohlenstoff in CCS auf einen großen Hoffnungsträger gestoßen. Wir haben ambitionierte Ziele in der europäischen Klimapolitik. Wenn es wirklich gelingt, Kohlenstoff in großem Umfang abzuscheiden und einzulagern, wäre dies gerade für die energieintensiven Industriezweige und für die immer noch notwendigen fossilen Kraftwerke ein großer Schritt hin zu einer Reduzierung der Emissionen.

Wir dürfen nicht verkennen, dass bislang keines der europäischen CCS-Pilotprojekte über die Demonstrationsphase hinausgegangen ist – auch weil nicht alle damit verbundenen Risiken abschließend geklärt sind. Und doch halte ich es für ein politisch schwieriges Signal, hier jetzt sozusagen das Handtuch zu werfen und das Projekt insgesamt aufzugeben oder dahinsiechen zu lassen. Wir sollten in Forschung investieren. Wenn wir eine Klimapolitik wollen, die realistisch und vermittelbar ist, dürfen wir nicht bei jeder ungeklärten Frage ein politisches Wendemanöver einlegen.

Deshalb danke ich Chris Davies für seinen Bericht und dafür, dass er den Glauben an die großen Chancen der neuen Technologien nicht aufgegeben hat. Antworten auf offene

Fragen können nur mit mehr Forschungs- und mehr Demonstrationsprojekten gegeben werden. Hierfür müssen höchste Umwelt- und Sicherheitsstandards gelten.

1-072-000

Matthias Groote (S&D). - Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mich erinnert die Debatte hier so ein bisschen an die Debatte zum ITER. Das Projekt kostet auch viel Geld, und diese Pferde sind beide fast tot und werden bis zum Ende geritten.

CCS ist definitiv keine Alternative bei der Energieerzeugung, muss man eindeutig feststellen. Keine Alternative! Dort haben wir Alternativen zur Verfügung, die wesentlich kosteneffizienter sind, die heute schon funktionieren und mit intelligenten Netzen in Kombination etwas Gutes bewirken können.

CCS kann in energieintensiven Industrien eine Lösung sein, aber dass wir dafür auch noch Geld in die Hand nehmen sollen, wo wir das Geld dringend an anderer Stelle benötigen, um Klimaschutz zu organisieren! Die Kommunen warten, weil die CO₂-Zertifikate so im Keller sind, auf Einnahmen aus den CO₂-Versteigerungen, damit sie die Straßenbeleuchtung von herkömmlicher Beleuchtung auf LED umstellen können. Warum um Himmels willen sollten wir jetzt Geld in die Hand nehmen, um es in irgendein vages Abenteuer zu investieren? Das kann überhaupt nicht im Sinne des Erfinders sein. Darum sollten wir tunlichst die Finger davon lassen. Jeden Euro können wir nur einmal in die Hand nehmen und investieren. Wir sollten die Euros da investieren, wo wir eine Garantie haben, dass es zum Erfolg gebracht wird.

CCS ist ein Abenteuer, von dem wir erst einmal die Finger lassen und schauen sollten, wohin die Reise geht. Und die Mitgliedstaaten, die es gern selbst in die Hand nehmen können, können es ja vormachen. Dann können andere folgen.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 149 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

1-073-000

Chris Davies (ALDE), *blue-card question* . – So my good friend Matthias Groote says that we should not touch CCS with a bargepole.

Well, I have just been Googling CCS, and I see that in Germany over a period of two years, some eight new coal power stations have been opened or are being opened, and 27 gas power stations have come on line in the past year or so or are about to come on line. So what are you going to do with all the carbon dioxide?

1-074-000

Matthias Groote (S&D), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“* . – Ganz einfach, lieber Chris Davies: Wir brauchen hier im Haus eine Mehrheit dafür, dass wir das Emissionshandelssystem reformieren, dass wir dort einen vernünftigen CO₂-Preis haben, um dieser Fehlentwicklung dann etwas entgegenzusetzen. Es ist ganz einfach: Reparatur des CO₂-Handelssystems. Wir brauchen einen vernünftigen CO₂-Preis, damit sich effiziente Kraftwerke wieder lohnen. CCS setzt den Wirkungsgrad von Kohlekraftwerken massiv nach unten. Warum um Himmels willen sollen wir diese Technologie in einem Kohlekraftwerk einsetzen, wenn dadurch der Effizienzgrad nach unten gesetzt wird? Wir haben die Alternativen, das sind Sonne, Wind und Biomasse. Die

können wir einsetzen, die kann man auch regeln, auch wenn der Wind an der einen oder anderen Stelle mal nicht weht.

1-075-000

Romana Jordan (PPE). - Tehnologija zajemanja in shranjevanja ogljika je draga in kompleksna. Sama ji nisem zelo naklonjena, ker jo lahko razumemo tudi kot izgovor za nadaljnje nezmanjšano izkoriščanje fosilnih goriv.

Toda globalni razvoj energetike ter segrevanja ozračja sta jasen signal, kako pomembno je, da bi najpomembnejši toplogredni plin shranili, namesto da ga spuščamo v ozračje.

Najenostavnejša rešitev je reči »ne« premogu. Vendar to ni dovolj, to ni dovolj vsaj zaradi dveh razlogov:

Prvi razlog je, da CO₂ nastaja tudi v drugih sektorjih, ne le v energetiki, recimo v jeklarski, cementni, kemični industriji, in tem industrijam se ne moremo kar odreči;

Drugi razlog pa je, da to tehnologijo razvijamo zaradi tega, ker bi radi zmanjšali globalno segrevanje, in v Evropski uniji lahko vplivamo samo na svojo lastno energetska mešanico.

Mednarodna agencija za energetiko je napovedala, da bo delež fosilnih goriv v globalni energetska mešanici leta 2030 kar 75%. In po mojem mnenju je problematično mnenje Zelenih, da bi, recimo, to tehnologijo uporabljali za nekatere industrijske sektorje, za energetiko pa ne.

Vprašajmo se, kaj si želimo. Želimo si racionalne rešitve in želimo si zmanjšati izpuste ogljikovega dioksida, ne želimo pa si povečati in umetno zviševati subvencij v obnovljive vire energije.

Najmočneje lahko na znižanje izpustov zaradi fosilnih goriv vplivamo tako, da razvijemo ustrezno tehnologijo, in zato se kljub temu, da ne zagovarjam uporabe fosilnih goriv, pridružujem pozivom za bolj učinkovite politike za uporabo tehnologije zajemanja in shranjevanja CO₂.

Zelo slabo je, da doslej nismo realizirali niti enega od načrtovanih 12 pilotnih projektov. In podpiram to, kar je povedal poročevalec, podpiram to, kar je dejala komisarka, in po mojem mnenju je dobra tudi odločitev Evropske investicijske banke glede posojilne politike.

Shranjevanje CO₂ pa seveda ni trajnostno, zato menim, da bi še mnogo več poudarka morali dati razvoju tehnologij za uporabo CO₂. In v ta namen moramo izkoristiti nov program Obzorje 2020, ki je mnogo bolj usmerjen v inovacije kot predhodni raziskovalni programi.

Menim pa tudi, da bi morali celotna sredstva, ki jih zberemo v okviru sheme ETS, namensko porabiti za razvoj trajnostnih tehnologij.

1-076-000

Judith A. Merkies (S&D). - Voorzitter, commissaris, geachte collega's, in Nederland hebben wij trillende aarde, in het noorden van Nederland, in Groningen. Dat komt door onze grote gaswinsten uit het verleden en grote gasontginning daar. We waren zo enthousiast maar inmiddels merken we dat die gevolgen heeft: barsten in huizen, enorme schade en een aarde die op dit moment aan het schudden is. We weten ook niet meer hoe

dit moet ophouden. We hebben gekeken of we een oplossing kunnen vinden door er misschien uiteindelijk een CCS-project van te maken, of in elk geval iets terug te stoppen.

Maar uiteindelijk blijkt dat het in Nederland nu zo ver is: wij hebben er geen zin in. Dat was al eerder duidelijk, bijvoorbeeld ook in Barendrecht. Om gas, CO₂, terug te stoppen in de bodem, daar is geen enkele publieke steun voor. Niet onder scholen, niet onder je eigen huis, en ook niet onder je eigen dorp. De publieke steun ontbreekt dus. Dat is punt één, en eigenlijk denk ik, ik hoef nauwelijks iets anders meer te noemen.

Maar er zijn nog vier andere punten. Dat is: wie draagt de verantwoordelijkheid? Ja, voor nu is dat wel duidelijk. Maar we hebben in de afgelopen jaren gezien hoe snel Europa zich ontwikkelt. Dus wie draagt de verantwoordelijkheid over 50, 100, 250 jaar?

In de derde plaats zijn de investeringen in CCS buitensporig. Je moet zo ongeveer een parallel universum oprichten aan energie. Als ik er eventjes aan mag herinneren: het heeft wel 150 jaar geduurd voor we zover waren met dit energiestelsel dat we nu hebben, en heeft biljoenen euro's gekost.

In de vierde plaats: elke euro die we in CCS stoppen is er één te veel. Die hadden we ook in echte duurzame energie kunnen stoppen, de echte toekomst waar we allemaal verantwoordelijk voor zijn.

1-077-000

VORSITZ: ALEXANDER ALVARO

Vizepräsident

1-078-000

Silvia-Adriana Țicău (S&D). - Domnule președinte, salut revenirea dumneavoastră printre noi și vă urăm multă sănătate, doamnă comisar, în tranziția către o economie cu intensitate redusă a carbonului, tehnologia de captare și stocare a carbonului ar putea reprezenta unul dintre principalele mijloace de a reconcilia cererea în creștere pentru combustibili fosili cu necesitatea de a reduce emisiile de gaze cu efect de seră.

Regret faptul că cea mai mare parte a sumei de un miliard de euro puse la dispoziția proiectelor-pilot de captare și stocare a carbonului în 2009 prin intermediul Programului European de Redresare Economică a rămas necheltuită și, în pofida efortului considerabil și a sprijinului substanțial al Uniunii Europene, proiectele din Uniune de demonstrare a captării și stocării carbonului la scară comercială se confruntă cu întârzieri.

Consider că orice politică și strategie privind captarea și stocarea carbonului ar trebui să se stabilească numai pe baza unor dovezi solide privind impactul pozitiv al acestei tehnologii asupra mediului, asupra stabilității industriei Uniunii, a locurilor de muncă din Uniune, precum și a unor prețuri ale energiei accesibile atât pentru populație, cât și pentru industrie.

Invităm Comisia și statele membre să întreprindă acțiuni de anvergură pentru a stimula cooperarea internațională și pentru a promova utilizarea tehnologiilor de atenuare a efectelor schimbărilor climatice, pentru a reorienta economiile în expansiune către o alternativă de dezvoltare cu intensitate redusă a carbonului. Atragem însă atenția că tehnologiile privind captarea și stocarea carbonului prezintă importante riscuri de mediu, atât pentru populație, cât și pentru agricultură.

1-079-000

Маруся Любчева (S&D). - Г-н Председател, колеги, не можем да разглеждаме нещата само като „черно“ и „бяло“, да прилагаме или не технологията на УСВ (Улавяне и съхранение на въглероден диоксид) или да спираме или не топлоелектроцентралите.

Технологията за улавяне на въглероден диоксид е прогресивна технология и тя може да се налага в контекста на изпълнение на целите на Европейския съюз за развитие на нисковъглеродна икономика. В общо план това е полезен ход и ако страните членки се включат активно, резултатът за Европейския съюз като цяло би бил полезен.

Различните нива на развитие на икономиките на страните членки трябва да бъдат отчитани и да се приложат механизми за регулаторни режими, които ще запазят конкурентноспособността на компаниите, инвестиращи в проекти за УСВ. Възвръщането на техните инвестиции е съществен елемент от прилагане на технологията.

Трябва да се мисли също за гаранции, така че първите навлизащи електроцентрали с УСВ, които произвеждат базова електроенергия, да не предизвикват отрицателно и неблагоприятно влияние върху цената ѝ за потребителите на крайните продукти. Това се отнася за всички продукти, а не само за електроенергията.

Важно е, разбира се, да се отчетат и другите влияния, а не само икономическите и екологични позитиви. Трябва да се имат предвид технологичните предизвикателства, които тази технология носи. Страните членки трябва да имат възможност за технологична адаптация, тъй като имат различни нива на развитие на съществуващите системи. Различни геоложки структури и потенциални места за съхранение на въглероден диоксид се нуждаят от сериозно картотекиране и изследване, за да дадат сигурност и да минимизират рисковете, които тази технология носи.

1-080-000

María Muñoz De Urquiza (S&D). - Señor Presidente, quiero expresar mi satisfacción por este informe que, a diferencia de otros que ha habido sobre política energética, es un informe que encara el futuro de la energía con realismo.

Como ha dicho el ponente, el carbón es una fuente de energía que va a seguir utilizándose. Hagámosla pues verde o más limpia. No podemos negar esta tecnología porque se refiera al carbón, y estamos demonizando el carbón. ¡Hagámoslo verde! Tenemos esa potencialidad en Europa y hay que aprovecharla.

En algunas regiones de Europa –como en la mía, en Asturias– se mira con gran esperanza este debate, esta tecnología de almacenamiento y captura de CO₂, porque es un nicho de empleo muy importante para regiones que se encuentran en declive industrial y cuyos empleos están en peligro.

Algunos diputados de este Parlamento han visitado y han visto la profesionalidad con la que se trabaja en dos centrales, en dos plantas de captura de CO₂, la de La Pereda, en Mieres, o la de Ciuden, en Ponferrada. Y creo que merece la pena que la Comisión Europea siga invirtiendo en esta tecnología, que lo haga a largo plazo y a corto plazo, es decir, que dé seguridad y garantías para que esta tecnología pueda ser exportable por la Unión Europea.

Que Europa se pueda poner a la cabeza en el mercado mundial de una tecnología en la que somos innovadores, somos competitivos y tenemos mucho futuro, ya que podemos

reconvertir nuestros combustibles fósiles en energías limpias a través de la utilización de las mismas.

1-081-000

Catch-the-eye-Verfahren

1-082-000

Dubravka Šuica (PPE). - Gospodine predsjedavajući, želim poduprijeti ovo izvješće jer smatram da je vrlo važno nalaziti rješenja za brigu za okoliš i ukoliko se dokaže da je ova tehnologija sigurna, do 2020. godine mogla bi postati i komercijalno isplativa. Kad nema drugih izvora, tada se može koristiti ova tehnologija.

Dakle, mi trebamo dekarbonizirati atmosferu. Posljedica povećanja upotrebe fosilnih goriva i industrijske proizvodnje u prošlom stoljeću bila je veliko povećanje koncentracije ugljičnog dioksida, a znamo da su do sredine 2005. godine postojala samo tri komercijalna projekta, još uvijek u demonstracijskoj fazi: projekti koji povezuju hvatanje CO₂ i geološko zbrinjavanje.

S obzirom da je gotovo 80 % svjetske potrošnje energije vezano za fosilna goriva, jasno je zašto postoji veliki interes za ovaj sustav i potrebno je smanjiti potencijal CO₂ emisije u sljedećih 100 godina kao mjere redukcije emisije ili kao mjere uklanjanja iz atmosfere.

1-083-000

Tonino Picula (S&D). - Gospodine predsjedavajući, punu podršku Europskog parlamenta zaslužuje svako nastojanje da se smanje emisije CO₂ i drugih stakleničkih plinova uvjetima sve osjetnijih klimatskih promjena.

Istovremeno naglašavam da bez prekomjerne emisije CO₂ kao plina najodgovornijeg za staklenički efekt ne bi bilo ni potrebe za skupim tehnologijama njegovog skladištenja. Zato treba pozdraviti točke 2. i 20. prijedloga rezolucije kojima se neizravno poziva na reduciranje tehnologija koje dovode do njegovog ispuštanja. Upozorava se također da ne smije i ne može biti gurnuto u drugi plan korištenje obnovljivih izvora energije. Zemlje članice moraju ostati predane ostvarenju ciljeva Strategije 2020, a poglavito smanjenju emisija CO₂ te povećanju udjela obnovljivih izvora energije u bruto finalnoj potrošnji.

Primjer Hrvatske jasno pokazuje da naglasak na obnovljivim izvorima energije daje rezultate s obzirom da je posljednjih godina zemlja smanjila emisije CO₂. Naime, u listopadu 2013., Hrvatska je dosegla 16 % udjela obnovljivih izvora energije u ukupnoj potrošnji, što je iznad europskog prosjeka i vrlo blizu obveza preuzetih relevantnom direktivom.

1-084-000

Andreas Mølzer (NI). - Herr Präsident! Dass die vormalige norwegische Regierung das einstige Flaggschiffprojekt der sogenannten CCS-Technologie als unrentabel auf Eis gelegt hat, sollte meines Erachtens all jenen zu denken geben, die die Gefahren dieser neuen Technologie ausblenden, zumal ja die Erfahrungen zeigen, dass die tatsächlich verfügbare Speicherkapazität deutlich geringer ist als ursprünglich angenommen. Sollte eine CO₂-Pipeline, in der das Gas transportiert wird, kaputtgehen, wie will man dann den Austritt eines geruch- und geschmacklosen Gases merken? An der Sinnhaftigkeit von CCS bestehen also erhebliche Zweifel.

Es ist wie bei den Atomkraftwerken, die als ach so umweltfreundlich verkauft werden, bloß weil sich damit die CO₂-Bilanz verringern lässt. Wer jedoch will auf einem Lager hochexplosiven Gases leben, das sich noch dazu mit dem vorhandenen Grundwasser vermengen und dabei giftige Schwermetalle aus Gesteinen lösen kann?

Die EU sollte also diese unausgereifte Technologie mit ihren unabsehbaren schädlichen Folgen für die Umwelt und den Menschen nicht noch mit Milliarden fördern!

1-085-000

Bogdan Kazimierz Marcinkiewicz (PPE). - Panie Przewodniczący! W prezentowanym sprawozdaniu wspólnie zgadzamy się, że uwarunkowania polityczne i finansowe na szczęblu państw członkowskich zmieniły się istotnie w porównaniu z tym, jakie dominowały w czasie, kiedy sformułowano założenia europejskiej strategii w dziedzinie CCS. Brak zainteresowania rozwojem komercyjnych projektów CCS w Unii Europejskiej jest przede wszystkim wynikiem zaporowo wysokich kosztów inwestycyjnych i braku gwarancji rentowności. Jeżeli chcemy rozwoju instalacji CCS czy CCU do 2020 roku, konieczne jest w pierwszej kolejności pilne doprowadzenie do realizacji kilku unijnych projektów demonstracyjnych, które mogłyby pokazać faktyczną wykonalność techniczną i ekonomiczną takich inwestycji. Byłoby to faktycznie sprawdzenie wydajności i bezpieczeństwa różnych wariantów wychwytywania dwutlenku węgla oraz metody jego składowania. W tym celu niezbędne jest wzmocnienie instrumentu wsparcia tych projektów na poziomie unijnym, tak aby stanowiły one rzeczywiste stymulatory zaangażowania biznesu we współpracy z ośrodkami naukowymi. Chciałbym, aby oczekiwania Unii Europejskiej dotyczące rentowności CCS do roku 2035 stały się faktem, a nie kolejną obietnicą.

1-086-000

Der Präsident. – Bevor ich der Kommissarin das Wort erteile, noch einmal bitte der Hinweis, dass Sie sich vielleicht in Ihrer Sprechgeschwindigkeit ein wenig zügeln. Es ist nicht immer sehr einfach für die Dolmetscher, und Sie wollen ja, dass die Kollegen verstehen, was Sie sagen.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

1-087-000

Connie Hedegaard, Member of the Commission . – Mr President, Mr Perello Rodriguez asked the Commission to look into new ways of financing CCS. We are doing that, but actually several possibilities for financing this technology already exist in the EU. I mentioned some of them in my opening remarks. It is fair to say that the problem here is not a lack of EU funding; the problem has been that a number of Member States have either been slow in prioritising between different CCS demonstration projects and/or have come up with inadequate national co-financing.

With regard to the discussion about whether we are putting too much emphasis on CCS and what it can and cannot do, I would agree with those who warn that we should not think it can make a disproportionately big contribution. We should not overestimate it. But I would also say that those of us who want ambitious climate policies have to ask ourselves whether we can really afford to kill off potentially interesting technologies in their infancy. I do not think we can. I think we will need all the technologies we can come

up with. That is why it basically depends on whether the EU gets its act together in developing this technology and others.

We must explore the realistic potential; we need to know the realistic potential, including on a large scale. That is the first thing that needs to be addressed when we talk about CCS. Then, of course, we need to recognise that it is only one element in a range of technologies and a range of things on our to-do list when it comes to reducing the carbon footprint.

1-088-000

Chris Davies, *rapporteur* . – Mr President, first of all I thank all Members for their contributions. I thank in particular the Commissioner, whose remarks I thought were very positive. I look forward to seeing exactly what is in the climate strategy next week. I think people will be pleased to hear that the review of the storage legislation is likely to be more thorough than some of us had anticipated. A matter we did not touch upon is this: when will the Directorate-General for Energy come up with its plans? It had a consultation period last year, if you remember, but everything seems to have gone quiet since. Thank you for your contribution nonetheless.

I would like to use my time just to respond to the combination of the Greens, GUE and Groote. I am delighted to hear from Mathias that the German strategy will be to rely solely on wind, solar and biomass, and I am looking forward to Sigmar Gabriel coping with German industrialists with this strategy foremost in his mind. In fact, now I understand why the survey that came out just a week or two ago said that the UK's economy was going to overtake the German economy in size by 2030. I did not believe it, but now I understand where Germany is going, and it is not perhaps as progressive as it should be.

Now, as the Commission has said, this is just one tool in the box – one we need to use. As far as I am concerned, it is very much a transitional tool. I cannot see any of us wanting to take CO₂ out and bury it as a long-term measure, but we just have to face the realities: coal alone accounts for 42 % of electricity across the globe. One new coal-powered station opens in China every week; one opens in India every month, and there are hundreds in the pipeline across the world. Coal and gas are going to be with us for decades to come, and time is precious. The CO₂ they emit stays in the atmosphere for hundreds and hundreds of years. We need to try and prevent that CO₂ going up there as fast as we can. We need to develop every technological tool we can. CCS is a part – only a part – of the solution.

1-089-000

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Dienstag, 14. Januar, um 12.00 Uhr statt.

18. Straftaten im Zusammenhang mit Wildfauna und -flora (Aussprache)

1-091-000

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über die Bekämpfung von Straftaten im Zusammenhang mit freilebenden Arten von Matthias Groote im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit [(2013/2747(RSP))] (O-000123/2013 – B7-0529/2013).

1-092-000

Gerben-Jan Gerbrandy, *Auteur* . – Voorzitter, ik werd ongeveer twee jaar geleden gealarmeerd door cijfers over de enorme groei van gestroopte neushoorns in Zuid-Afrika. Waar er in 2009 honderd waren gedood, was dat verdrievoudigd naar driehonderd in het jaar 2010. En het werd mij twee geleden ook duidelijk dat het niet alleen maar om neushoorns ging. Het bleek ook over olifanten te gaan. Dertig- tot veertigduizend olifanten per jaar worden er nu gestroopt. Zo'n tien procent van de totale populatie. Maar niet alleen deze grote beesten, ook tijgers, gordeldieren, slangen, reptielen, vogels en zelfs planten en bomen.

Voorzitter, één ding werd mij duidelijk: onze natuur is vogelvrij verklaard en wordt volledig geplunderd. De grootste oorzaak daarvan is de toegenomen welvaart in Zuidoost-Azië. Dat heeft een markt van illegale *wildlife*-producten opgeleverd van meer dan 15 miljard euro jaarlijks. Daarmee is het de vierde illegale handel in de wereld geworden. Na drugs, namaakproducten en mensenhandel komt *wildlife crime*.

Om dat te bestrijden heb ik een jaar geleden een eigen Europees actieplan opgesteld en dat aan de Europese Commissie voorgelegd. Ik ben er blij om dat de Europese Commissie daar elementen van heeft overgenomen. Onder andere heeft dat het afgelopen jaar geleid tot een overeenkomst met China om samen te werken aan het bestrijden van *wildlife crime*.

Maar Voorzitter, dat is bij lange na niet voldoende. Dat blijkt ook weer uit de laatste cijfers van 2013. Ook vorig jaar is helaas *wildlife crime* weer explosief toegenomen. Ik had het over honderd neushoorns in 2009, driehonderd in 2010 in Zuid-Afrika. Het afgelopen jaar waren het er al duizend. Het blijft maar toenemen, ondanks alle inspanningen van ngo's, *rangers* ter plaatse, organisaties als Europol, Interpol, UNEP, TRAFFIC en vele, vele andere.

Dus Voorzitter, de conclusie is duidelijk. Als wij niet heel snel radicale maatregelen nemen om deze illegale praktijken te stoppen, is het straks afgelopen met de meest iconische soorten die op aarde in het wild rondlopen.

Daarom heb ik het initiatief genomen voor deze mondelinge vraag met resolutie. Ook omdat de rol van Europa groot is. Het gaat niet alleen maar om Afrika en Azië. Ik zal u zeggen waarom.

Allereerst hebben wij een hele sterke morele verplichting om deze massale slachting te bestrijden, en die is niet onbelangrijk. Ten tweede – en dat is ernstig – spelen onze lidstaten helaas ook een grote rol in deze handel, zowel als bestemming alsook als doorvoerhaven. Ik zal u wat cijfers geven uit 2012 in Nederland. Daar werden op een gegeven moment 600 kilo gordeldier onderschept, of vijftig slagstanden in één zending. Er zat 680 kilo aan illegaal koraal in een pakket, en 2 500 dode zeepaardjes. Het geeft ook aan dat het om heel veel verschillende soorten gaat. Expertise én capaciteit is zijn nog altijd veel te klein in Europa. Ik wil dus heel graag dat de Europese Commissie een veel grotere rol daarin gaat spelen.

In de derde plaats, Voorzitter, heeft *wildlife crime* een enorme sociale impact. De ontwrichtende werking maakt hele gebieden instabiel. Het gemakkelijk verdiende geld is aantrekkelijk voor velen, net als bij drugshandel. Het kan de miljarden aan ontwikkelingshulp nutteloos maken.

Wat moet er gebeuren? Allereerst vind ik het belangrijk dat de Europese Commissie samen met de lidstaten met een eigen actieplan komt, concreet en ambitieus. Zoals ik al zei, in de

lidstaten moeten de expertise en de capaciteit uitgebreid worden, zowel voor opsporing als ook voor de rechterlijke macht. En ook met veel hogere straffen. Criminelen komen nu veel te gemakkelijk weg.

We moeten deze misdaad als georganiseerde misdaad beschouwen en het ook zo aanpakken, zoals we ook de drugshandel aanpakken en vele andere georganiseerde misdaden. Veel hogere prioriteit. Binnen Europol moeten wij een speciale *wildlife crime unit* opzetten. Zo ernstig is het. Absoluut noodzakelijk.

We moeten gebruik maken van het Europese handels- en ontwikkelingsbeleid om *wildlife crime* tegen te gaan. Maak hulp via ontwikkelingsinstrumenten conditioneel aan bijdragen aan bestrijding van *wildlife crime*. Voorzitter, in de resolutie staat ook dat de Commissie en de lidstaten een *trustfund* moeten opzetten om beschermde gebieden te beveiligen.

Voorzitter – en ik zal daarmee afronden – wat zijn wij waard als politici als wij toekijken bij de plundering van onze natuur, van onze meest tot de verbeelding sprekende plant- en diersoorten, maar ook de vele minder tot de verbeelding sprekende soorten die verdwijnen omdat criminelen daar miljarden mee verdienen. Niks, meneer de Voorzitter, en laat 2014 het jaar worden dat niet alleen gesproken wordt over *wildlife crime*, maar dat ook concrete acties in gang gezet worden. Ik ga ervan uit dat de Europese Commissie en lidstaten dat met dit Parlement eens zijn en met een concreet en ambitieus actieplan zullen komen.

1-093-000

Janez Potočnik, *Member of the Commission*. – Mr President, firstly I would like to thank Mr Gerbrandy and all the Members of the European Parliament. I am grateful for your initiative to bring the issue of wildlife trafficking to the attention of Parliament and the other institutions.

The world is facing a dramatic surge in wildlife trafficking, which has become one of the most profitable criminal activities at global level. It threatens the survival of some emblematic species, damages biodiversity and undermines the development and stability of many countries. We will begin to tackle this successfully only if there is a joint international effort involving source, transit and destination countries.

The European Union has been working towards this for some time, both domestically and through CITES, the international convention that regulates trade in endangered species. I take this opportunity to let you know that the Commission has recently tabled a proposal for the European Union finally to become a full party to CITES. We hope Parliament will be able to give its consent before the elections.

We also raise the question of wildlife trafficking in our bilateral cooperation exchanges. Just last summer, for example, I signed a cooperation agreement on wildlife trafficking with my Chinese counterpart, and we are also supporting the efforts of CITES and 31 African elephant-range states with extra funding from the 10th European Development Fund (EDF). In December we announced EUR 12.3 million for the new 'MIKES' project. MIKES stands for 'Minimising the Illegal Killing of Elephants and other Endangered Species'. It will develop law enforcement, monitoring, patrol and emergency response capacities to fight illegal killing and international trade in elephants and other species.

However, we have to face the fact that the trends are against us. Demand for wildlife products in Asia is now so big that the business is highly lucrative. For example, rhino horn is more expensive than cocaine and gold; at the same time, it is easy to smuggle, the risk

of detection is very low, and sanctions, if imposed, are often not sufficient to act as a deterrent. Ivory trafficking has boomed and is now affecting the whole continent of Africa. The European Union itself is a market and a transit point for illegal wildlife products.

For many countries, wildlife crime is a threat to development. Corruption facilitates trafficking, and large-scale organised crime undermines weak state structures and threatens peace and stability. To begin to turn this situation around, we need much greater political recognition of the threat that wildlife trafficking represents. This needs to go far beyond environmental circles: foreign ministers, organised-crime and development experts, police and customs, the judiciary, NGOs and the private sector all have an important role to play. Your draft resolution addresses many of the key issues at stake and calls for enhanced action.

A number of Member States and the United States of America have recently announced that they will increase their political engagement against wildlife trafficking. The Commission is working on a set of ideas for how the European Union could develop a more effective approach in the fight against wildlife trafficking. We will present those ideas, including in relation to opportunities offered by the new EDF, next month in a Commission communication to Parliament and the Member States, on which I am taking the lead together with Commissioner Malmström and in close cooperation with other Commissioners, notably Commissioner Piebalgs. The communication will draw attention to the urgency of addressing the global problem of wildlife trafficking more effectively. It takes stock of existing European Union measures to support the fight against wildlife trafficking both globally and within the Union. Finally, it will initiate a debate on the European Union's future approach to wildlife trafficking.

The dimensions of the problem, as I indicated earlier, have changed, so new ideas are needed to fight organised wildlife crime, curb demand, address the peace and stability implications and provide for alternative livelihoods for those involved in poaching. We will therefore ask stakeholders for their views as to what has been working well and what has been working less well, and we will explore avenues for more effective action by the European Union. In addition to the public consultation, we will organise a conference on 10 April 2014.

Parliament's resolution is a very helpful contribution to raising public awareness of the importance of this issue. Commissioner Malmström and I look forward to the discussion with you and many other stakeholders on potential solutions to ensure that we are up to the challenge of fighting wildlife trafficking effectively.

1-094-000

Romana Jordan, *v imenu skupine PPE* . – Danes govorimo o slonih, nosorogih, tigrjih, želvah in koralah.

S krizo obremenjeni državljani bi nam lahko očitali, da se ne ukvarjamo z resnimi zadevami. A ta tema je zelo resna. Kajti trgovanje s prostoživečimi rastlinskimi in živalskimi vrstami ogroža biodiverziteti, varnost, politično stabilnost, ogrožena je vladavina prava.

Tovrstna kriminalna trgovina je močna tudi v Evropski uniji, to ni problem tretjih držav, in to kažejo zasegi v okviru konvencije CITES.

Ogledala sem si analizo 17 držav za leto 2012 in v njej je bilo opisanih kar 799 zasegov. Največ zaseženih produktov je bilo namenjenih medicinski rabi, na drugem mestu je slonovina in na tretjem živi plazilci.

Evropska unija se uvršča med velike tranzitne destinacije, je pa tudi velik trg za tovrstne produkte.

Zato moramo okrepiti učinkovitost evropskega prostora z boljšim izvajanjem zakonodaje in priporočil Evropske komisije. Seveda priporočila niso tako močna, kot bi bila skupna evropska zakonodaja. Zato pričakujem, da si bo Evropska komisija prizadevala, da bo zakonodaja držav članic na tem področju koherentna, predvsem pa je pomembno, da so podobno zahtevne tudi kazni. Kajti ne želimo si, da bi določena država ali manjša skupina držav z nizkimi kaznimi predstavljala priložnost za trgovce s kriminalnim blagom.

Naj omenim še, da mislim, da moramo dati več poudarka na učinkovito delovanje obstoječih inštitucij, kajti upoštevati moramo težko javnofinančno situacijo v Evropi, zato moja politična skupina ne podpira pozivov za ustanovitev novih finančnih skladov v ta namen.

Pomembno pa je, da je zavedanje o tem problemu tudi na mednarodnem nivoju visoko. Konvencija CITES je v veljavi že od leta 1975, lani pa so Združeni narodi razglasili, da je kriminal s prostoživečimi vrstami enako resen, kot je kriminal z drogami in z ljudmi. S problemom se na primer resno spopada tudi ameriška administracija.

Evropska unija mora ostati aktivna na mednarodnem nivoju. Biti mora aktivna udeleženka mednarodnih mehanizmov, za to imamo znanje in izkušnje. In mnogo lahko storimo tudi preko inštrumenta uradne razvojne pomoči.

Moja politična skupina resolucijo podpira. Upam, da nam bo s splošno in veliko podporo uspelo narediti bistven napredek in zmanjšati ta kriminal.

Na koncu pa naj povem še to, da ni trgovine, če ni povpraševanja in potrošnje. In mislim, da mi morali dati velik poudarek tudi osveščanju, kajti če ne bo povpraševanja po torbicalih iz krokodiljega usnja, po lepih spominčkih iz slonovine in če klavirske tipke ne bodo iz slonovine, potem tudi take trgovine ne bo.

1-095-000

Pavel Poc, za skupinu S&D. – Pane předsedající, já bych především chtěl poděkovat všem kolegům, se kterými jsem měl příležitost na této zprávě pracovat. Je to skutečně závažná věc. To, že nás tady v sále je tak málo, nereflektuje závažnost této záležitosti. Nicméně optimismu, kterého se tak dostává mým kolegům, se mně nedostává.

Před necelým rokem jsme na tomto místě, na stejném místě, vedli diskusi o strategických cílech Evropské unie pro konferenci CITES v březnu 2013 v Bangkoku. Již tehdy byla situace velmi vážná, již tehdy jsme věděli o všech problémech, o tom, že ten problém nezasahuje jenom osudy jednotlivých zvířat, jenom *animal welfare*, ale že je také nebezpečím pro samotné zachování dotčených živočišných druhů – a někdy jsou to ikonické druhy – a dokonce i místních ekosystémů.

Během loňského roku 2013 jsme viděli, jak se situace prudce zhoršila, prudce gradovala. Do nezákonného obchodu se zapojily nadnárodní sítě organizované trestné činnosti a pro ty, kterým se zdá vyhubení slona, nosorožce či jiného zvířete nedůležité, řeknu jiná slova: financování terorismu, korupce a organizovaná trestná činnost v Evropské unii. Situace je natolik kritická, že na to reagovalo i OSN svou rezolucí z dubna 2013. Číslo jsme tu

slyšeli, nebudu je opakovat, ale jsou otřesná. Jsou to desítky, stovky jedinců a jsou ohroženy celé druhy, protože ta čísla někdy pokrývají desítky procent existující populace těch biologických druhů.

Evropa musí dělat více, a proto by mě zajímalo, zda Komise plánuje přijetí zvláštních právních předpisů v oblasti obchodování po internetu, které by regulovaly obchod s volně žijícími druhy v Evropské unii. To je velice důležité a tam máme, podle mého názoru, slabá místa. A také by mě velmi zajímalo a zasazoval bych se o to, aby Komise naplánovala nějaká opatření, která by zabránila zneužívání možnosti dovozu neživých částí zvířat jako suvenýrů nebo loveckých trofejí.

1-096-000

Gerben-Jan Gerbrandy, *namens de ALDE-Fractie*. – Voorzitter, ik dank de commissaris voor zijn antwoorden op onze vragen. Aan de ene kant ben ik blij met wat de commissaris vertelt. Er komt een mededeling, een communicatie met andere commissarissen, er komt een *public consultation*. Het is allemaal hartstikke mooi, maar ik vraag me af of het niet veel te weinig is en veel te langzaam gaat. 10 april, een *public consultation*. Tussen nu en 10 april, dat zijn ruim drie maanden, dat zijn 10 000 olifanten. Dáár hebben we het over, die urgentie, daar hebben we het over. Hoelang kunnen we het onszelf veroorloven om hier zo langzaam en wankelmoedig mee om te gaan?

Ik begrijp de goede bedoelingen van commissaris Potočnik. Maar ik heb de indruk dat we dit echt naar een hoger plan moeten zien te tillen. U noemde zelf de Verenigde Staten. Die zijn daar een voorbeeld van. Het was Hillary Clinton als minister van buitenlandse zaken, die dit nationaal op de agenda zette. Het was zelfs president Obama, die dit bij zijn bezoek aan Afrika ook verwoordde. In de Verenigde Staten heb ik de indruk dat het een veel hogere urgentie krijgt. Niet alleen omdat zij zo begaan zijn met *wildlife* in de wereld, maar ook omdat zij doorhebben dat dit een enorme sociale impact heeft in Afrika, in Azië en vele andere delen van de wereld, en ook omdat dit een uit de hand lopende gigantische criminele organisatie aan het worden is.

Dus Voorzitter, ik wil toch de commissaris vragen om hier een nog hogere urgentie aan te geven om ervoor te zorgen dat niet alleen hij met zijn Chinese *counterpart* een *memorandum of understanding* tekent, maar dat de voorzitter van de Europese Commissie, president Barroso, dit bespreekt met de president van China, met de presidenten en ministerpresidenten in Afrika en in andere landen waar dit aan de orde is.

Ook heb ik de indruk dat wij ons richting de Europese consument veel sterker moeten opstellen. Waarom niet in navolging van andere landen de lidstaten oproepen om alle illegale ivoor die wij verzameld hebben publiekelijk te verbranden? Dat is zo'n belangrijk signaal naar de consumenten en zij zullen daarmee begrijpen dat het inderdaad niet kan, om ivoor uit landen in te voeren.

Voorzitter, gisteren las ik het bericht dat de leeuw in West-Afrika is uitgestorven, dat de laatste olifanten rondlopen in hetzelfde deel van Afrika. We hebben echt nog maar ontzettend, ontzettend weinig tijd. Ik zou dus de Commissie willen vragen om er veel meer urgentie aan te geven. In 2009 kwam u zelf met aanbevelingen aan de lidstaten. Ik heb de indruk – en dat bleek ook uit de antwoorden op mijn schriftelijke vragen – dat de lidstaten daar veel te weinig aan doen, veel te weinig capaciteit, veel te weinig nationale prioriteit, zowel bij de opsporing als bij de rechterlijke macht, om ervoor te zorgen dat Europa niet

meer dat doorvoerland en de bestemming is van heel veel van deze illegale *wildlife*-producten.

1-097-000

Sandrine Bélier, *au nom du groupe Verts/ALE* . – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, cette question orale et la résolution que nous discutons ce soir et que nous voterons cette semaine, j'espère à une très large majorité, est un appel et une réponse politique à un problème international grave et croissant, comme mes collègues l'ont souligné.

Le trafic de la faune et de la flore est aujourd'hui le quatrième commerce mondial derrière les drogues illicites, le trafic d'êtres humains et le commerce des armes. Le PNUE et INTERPOL évaluent que cette criminalité rapporte entre 18 et 26 milliards d'euros par an.

Presque deux tiers des éléphants de forêt - d'Afrique Centrale - ont été tués entre 2002 et 2012 pour leur ivoire destiné aux marchés illégaux. La tuerie de centaines d'éléphants au Cameroun début 2012, par des bandes lourdement armées – venues du Soudan – illustre une situation dramatique.

Au cours des dernières décennies, les réseaux criminels deviennent de plus en plus agressifs dans leur quête de produits de la nature. Dents de tigres, bile d'ours, cornes de rhinocéros, plumes d'oiseaux, ailerons de requins, coraux et carapaces de tortues... aucune espèce n'est vraiment épargnée par les pirates de la biodiversité mondiale.

Aujourd'hui, les conséquences du braconnage et du commerce illégal d'espèces sauvages dépassent la préservation de la biodiversité. Elles touchent la sécurité, la gouvernance ainsi que l'intégrité de nombreux États et populations. Plusieurs études indiquent que ces activités permettent d'alimenter le crime organisé dans le monde, qu'elles participent au blanchiment d'argent, à la corruption, à l'achat d'armes de guerre et au fonctionnement de groupes rebelles, voire terroristes.

C'est un trafic qui aurait déjà fait plus de 1000 morts parmi les éco-gardes chargés de la protection des animaux sauvages avec des répercussions sur les populations locales et des régions entières. Cette criminalité est en passe de devenir rien de moins qu'une menace sérieuse pour la paix et la sécurité.

INTERPOL et d'autres instances internationales demandent aux forces de police du monde entier de lutter contre les atteintes à l'environnement, et à tous les États de renforcer leurs législations et l'application des sanctions contre ces réseaux criminels. Si l'atteinte à l'environnement et la perte de la biodiversité n'ont pas été suffisantes pour émouvoir les citoyens et la communauté internationale, en ce début d'année 2014, les choses doivent et peuvent changer.

Le territoire européen étant la première zone de transit et de destination de ce trafic, le Parlement européen a pris la mesure de l'enjeu et de sa responsabilité. C'est l'objet de notre résolution. L'Union européenne doit se doter d'outils sérieux et efficaces. Les États membres doivent harmoniser leurs législations et renforcer leurs services de douanes. Nous appelons la Commission et le Conseil à l'action, en priorité dans l'agenda de l'UE, et à l'engagement d'EUROPOL.

Nous appelons à une tolérance zéro pour lutter efficacement contre ce fléau qu'est la criminalité liée aux espèces sauvages.

1-098-000

Julie Girling, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, firstly I would like to say, on behalf of my group, that I welcome this resolution. Wildlife crime is of course an abhorrent activity and I, like many others, feel that we need to move this issue up our agenda. The illegal killing of totemic species such as elephants and rhinos makes ready headlines and citizens are outraged, but we must not forget the many other smaller species – many vital to regional biodiversity around the world – which are just as important.

This is a complex and wide-ranging resolution covering all the areas of concern. I do not have time to address it all in detail here, but I would like to say that my group will be voting in favour of the resolution. Having said that, I just want to mention one or two areas that are of concern to my group members.

Firstly, the call for a harmonisation of law in this area and the production of common sanctions. I think it would be wrong to place too much emphasis on this approach, because it will not be easy to achieve and it may result in all kinds of delays, meaning that some of the good things will not get done and will be delayed for this one reason. Harmonised sanctions often result in minimum sanctions, and these are often not draconian enough to discourage such highly-organised crime syndicates.

Let us not get hung up on this, but rather let us concentrate on the detection process, particularly online. As was mentioned by Mr Poc, this is a growing area. This trade is expanding exponentially as the internet expands. It is in this area that the EU can concentrate its efforts and add value.

The establishment of a specialised wildlife crime unit at Europol is a good idea, but we must consider the risks of subsidiarity and the costs of this action. There is little point in effectively deterring the use of Europe as a hub if the trade then moves elsewhere and does not diminish. This has to be a truly global effort working through the auspices of CITES, and the EU is part of this.

1-099-000

João Ferreira, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Os crimes contra a vida selvagem, como a caça furtiva e o comércio ilegal de espécies ou o trânsito ilegal de produtos e derivados da fauna e flora selvagens, adquirem hoje uma dimensão internacional que os situam entre as maiores e mais rentáveis atividades ilegais no mundo.

De acordo com a resolução em discussão, o volume de negócios associados a estes crimes eleva-se, numa estimativa por baixo, a pelo menos 19 mil milhões de dólares por ano.

Enquanto a procura permanecer elevada e o esforço de aplicação da legislação for reduzido, o comércio legítimo continuará a servir de fachada ao comércio ilegal e a estimular a caça furtiva.

Para além de uma ameaça direta à sobrevivência de várias espécies, estes crimes comportam perigos significativos para os ecossistemas autóctones decorrentes, por exemplo, da disseminação descontrolada no ambiente de espécies exóticas.

A União Europeia sendo simultaneamente um mercado importante e uma rota de trânsito do comércio ilegal de espécies selvagens, tem responsabilidades no combate a este fenómeno que não deve alijar. Para além do reforço no empenho da aplicação das convenções internacionais e no seu fortalecimento importa, num quadro de reforço da cooperação

entre Estados-Membros, adequar os quadros jurídicos nomeadamente no que respeita a sanções, prosseguir políticas que dissuadam o consumo de produtos oriundos de espécies selvagens vulneráveis e apoiar a recuperação e conservação de populações de espécies selvagens, o combate à caça furtiva envolvendo comunidades locais, em especial nos países em desenvolvimento.

1-100-000

Giancarlo Scottà, *a nome del gruppo EFD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi,

sono fortemente convinto che la lotta ai reati contro le specie selvatiche debba essere affrontata prima di tutto attraverso una più consapevole gestione delle pratiche venatorie. Negli ultimi anni la caccia sta subendo troppe restrizioni e complicazioni, tanto da scoraggiare gli stessi appassionati praticanti.

Non bisogna lasciarsi trasportare da distorte derive proibizionistiche. Esse, infatti, trascurano alcuni aspetti della caccia di fondamentale importanza per la biodiversità: si tende a non parlare, ad esempio, del fatto che la caccia responsabile e sostenibile può contribuire al mantenimento dell'equilibrio naturale, assicurando la salute e la stabilità delle popolazioni selvatiche. Per permettere ciò, tuttavia, bisogna risolvere il diffuso problema della carenza di dati omogenei ed esaustivi, che potrebbero consentire di valutare gli interventi più opportuni.

Un'altra esternalità positiva della caccia che tende ad essere trascurata è il suo ruolo centrale nel contrastare l'abbandono e l'incuria di molte aree verdi. Senza il contributo di tutti quei cacciatori che ogni anno praticano la loro attività venatoria nel pieno rispetto della normativa vigente, migliaia e migliaia di ettari di campagne e boschi non riceverebbero più tutte le cure che ogni cacciatore appassionato è solito fare, come, ad esempio, sfalci e potature, provocando irrimediabilmente una perdita di biodiversità e un avanzamento delle superfici boschive. Una corretta gestione faunistica, che a sua volta implica una buona attività venatoria, garantisce quindi il mantenimento di un ecosistema stabile e sostenibile.

È allarmante, in questo senso, la dimensione assunta dalla questione dei danni all'agricoltura e all'ambiente da parte di alcune specie di fauna selvatica ed il conseguente impatto sull'attività economica delle imprese agricole. Molte di queste specie rientrano nelle liste delle specie protette ma le disposizioni normative per ottenere le deroghe sono, a volte, talmente complesse da ostacolare, fin dai primi passi, le autorità richiedenti, le quali preferiscono continuare a disporre risarcimenti agli agricoltori piuttosto che rischiare una procedura di infrazione.

Secondo un'indagine demoscopica svolta nel 2013 da AstraRicerche per il Comitato Nazionale Italiano Caccia e Natura, FACE Italia e Arcicaccia, la maggioranza degli italiani si dichiara favorevole alla caccia normata, limitata, responsabile e sostenibile. In particolare, si conferma l'esistenza di una correlazione statistica molto forte tra la notorietà delle norme, il consenso per esse e la buona valutazione della caccia. Di fondamentale importanza risulterebbe, perciò, una campagna di corretta informazione e divulgazione. Sono certo che la sua utilità sarebbe basilare anche nella lotta ai reati contro le specie selvatiche.

Vorrei, quindi, invitare tutti gli attori politici ad essere ben consapevoli che irrigidire...

(Il Presidente interrompe l'oratore)

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda "cartellino blu" (articolo 149, paragrafo 8, del regolamento)).

1-101-000

Andrea Zanoni (ALDE), *Domanda "cartellino blu"*. – Signor Presidente, ho ascoltato con attenzione l'intervento del collega. Benché l'oggetto della discussione non sia quello della caccia, volevo comunque chiedergli, visto che stiamo parlando di tutela di specie minacciate di estinzione a livello globale, quale sarebbe a suo avviso l'aiuto che l'attività venatoria potrebbe dare alla lotta contro il bracconaggio e il commercio internazionale di queste specie minacciate seriamente e che diminuiscono di giorno in giorno, come è stato riferito anche dagli altri colleghi.

Volevo inoltre sapere le fonti di tutti i dati che ha portato, visto che io sono del suo Stato membro, italiano anch'io, ma a me non risulta assolutamente...

(Il Presidente interrompe l'oratore)

1-102-000

Giancarlo Scottà (EFD), *risposta a una domanda "cartellino blu"*. – Signor Presidente, sono d'accordissimo con gli argomenti che ho sentito all'inizio della battuta. Chiaramente non mi riferivo soltanto a quegli animali bensì a quanto rilevava il collega Zanoni, secondo cui c'è qualcuno che vorrebbe eliminare questo mondo venatorio: si sappia che nel momento in cui si elimina il mondo venatorio in Europa, si dà il via libera a tutto un sistema di bracconaggio, ottenendo gli stessi risultati che ci sono in Africa o in altri Stati e nazioni.

1-103-000

Andreas Mölzer (NI). - Herr Präsident! Um sie wirtschaftlich nutzen und jagen zu können, wurden bekanntlich in der Vergangenheit immer wieder Tierarten aus herkunftsfremden Regionen ausgesetzt. Man denke etwa an das im 18. Jahrhundert nach Australien verschleppte europäische Kaninchen. Dieses hat sich wegen des Mangels natürlicher Feinde bekanntlich zu einer echten Landplage entwickelt. Die mittlerweile etwa 300 Millionen Kaninchen sind für die Zerstörung der Flora weiter Landstriche verantwortlich und richten ja wirklich erhebliche landwirtschaftliche Schäden an. Dass alleine seit der Besiedlung Australiens durch die Europäer insgesamt 36 Tierarten ausgestorben sind und weitere 45 gefährdet bzw. unmittelbar bedroht sind, sollte uns also ein warnendes Beispiel sein.

Es gibt aber auch Beispiele aus der heimischen Pflanzenwelt. So fällt demjenigen, der beispielsweise heute in meinem Heimatland Kärnten offenen Auges durch die Landschaft wandert, die massive Ausbreitung des als Zierpflanze aus den Gärten entwichenen japanischen Staudenknöterichs auf. Dieser verursacht die Verdrängung von Teilen der heimischen Pflanzenwelt und in der Folge auch von heimischen Tierarten.

Es ist also extrem wichtig, nicht nur den Handel mit wildlebenden Tier- und Pflanzenarten, sondern auch die Einschleppung invasiver Arten einzudämmen, um die heimische Flora und Fauna vor der Konkurrenz, vor Krankheiten und Verdrängung und letztlich der Ausrottung zu schützen. Das sind wir meines Erachtens unseren Kindern schuldig.

1-104-000

Jolanta Emilia Hibner (PPE). - Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Dzisiaj mamy okazję rozmawiać o bardzo ważnym temacie, który dotyczy całego świata. Można powiedzieć, że zajmujemy się teraz głównie przestępczością i przemytem, który jest w tej chwili powszechny i zwiększył się w ostatnim czasie, przemytem, który jest reakcją ludzi

niewrażliwych na to, że możemy utracić bardzo wartościowe gatunki zarówno flory, jak i fauny.

Mówimy w tej chwili o tym, że istnieje zagrożenie ze strony międzynarodowych gangów. To już nie są jakieś poszczególne grupy, które chcą się tylko wzbogacić, ale międzynarodowe gangi, które prowadzą całą politykę wyniszczania gatunków dzikiej fauny i flory. Może to zagrozić całym ekosystemom, co oznacza, że zajmujemy się tylko niewielką warstwą przestępczości, a tymczasem jest to przestępczość globalna. Stwierdzenie to jest szczególnie ważne, bo wykrywalność tych przestępstw jest znacząco niska, kary też są niskie i nie dają żadnych efektów.

Mówimy w tej chwili o tym, że musi istnieć współpraca między naszymi państwami, którą prowadzi Interpol, ale – moim zdaniem – jest to obecnie niewystarczające. Nie tylko sam dokument, który ma dużą wartość edukacyjną, ale my sami powinniśmy teraz zwrócić się do osób znanych. Proszę Państwa! Przecież te wszystkie części zwierząt używane są do produkcji różnych akcesoriów: torebek, pasków, elementów ozdobnych używanych głównie przez ludzi bogatych i znanych, którzy pokazują, że mają jedną niepowtarzalną rzecz, wyprodukowaną w sposób specjalny, właśnie z tychże części zwierząt. Musimy apelować przede wszystkim do nich, pokazywać, że ich postępowanie jest sprzeczne z *ecodesign*. Wszyscy mówimy o tym, że powinniśmy żyć w zgodzie z przyrodą, ale to my tę przyrodę w sposób świadomy niszczymy. Osoby znane powinny wiedzieć, że takie czyny są w ich środowisku nie do przyjęcia, niestosowne i z takim postępowaniem powinniśmy walczyć, a nie tylko stosować kary i odpowiednie prawo.

1-105-000

Marita Ulvskog (S&D). - Herr talman! Man kan räkna allt från tjuvjakt till illegal avverkning och illegal utförsel av vilda djur och växter till de naturvårdsbrott som vi diskuterar här. Och som redan framgått av debatten: Det är ingenting som sker långt borta från oss, utan det är en brottslig verksamhet som i högsta grad äger rum också i Europa. Framför allt är Europa en av de viktigaste destinationsmarknaderna.

Vi måste alltså agera för att minska efterfrågan också här i Europa. Det ska vara fult och det ska vara någonting man måste skämmas över, att vara en spekulant och köpare på denna marknad, som enligt den senaste siffran omsätter mångmiljardbelopp, uppemot 19–20 miljarder amerikanska dollar varje år. Det är det ena. Det andra är att vi via global respons och globalt samarbete måste minska också själva brottsligheten och inte bara efterfrågan.

1-106-000

Andrea Zanoni (ALDE). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, grazie anche all'intervento del collega Gerbrandy. Non abbiamo più tempo da perdere: ogni quindici minuti, bracconieri senza scrupoli uccidono al mondo un elefante per le sue zanne, per un totale di trentaseimila elefanti in un anno. Se andiamo avanti così di questo passo, entro il 2025 su questo pianeta gli elefanti non ci saranno più.

Queste cifre di morte ci obbligano a reagire urgentemente. La lotta contro il bracconaggio, contro il commercio illecito di specie di flora e fauna selvatiche minacciate di estinzione deve essere una priorità irrinunciabile dell'intera Unione europea. I reati contro le specie selvatiche rappresentano infatti una gravissima attività criminale transfrontaliera dal fatturato annuo pari ad almeno diciannove miliardi di dollari. I dati forniti da Interpol e dal Fondo internazionale per il benessere degli animali parlano chiaro: in questi ultimi anni

ci sono state diverse iniziative importanti ma che non sono bastate a contrastare efficacemente questo terribile fenomeno.

L'Unione europea deve fare la sua parte: aiutare i paesi esportatori a proteggere la loro fauna selvatica e promuovere campagne nei paesi consumatori come la Cina, la Thailandia e il Vietnam per fermare la domanda di prodotti di animali selvatici illegali come corni di rinoceronte, ossa di tigre e zanne d'avorio. Servono sanzioni severe, esemplari ed efficaci per questi trafficanti che stanno mettendo a rischio l'esistenza di questi animali sempre più rari e servono moratorie nazionali su tutte le importazioni e le esportazioni commerciali e soprattutto sulle vendite e gli acquisti nazionali che si svolgono all'interno dell'Unione europea.

Coerentemente, la caccia da trofeo non si può considerare etica poiché è all'origine di una riduzione su larga scala delle specie minacciate. Pertanto gli Stati membri devono sostenere la revisione delle disposizioni giuridiche dell'Unione che disciplinano l'importazione di trofei di caccia negli Stati membri e vietare definitivamente i permessi per l'importazione di trofei di tutte le specie in via di estinzione. Quindi: tolleranza zero nei confronti di tutte le forme di bracconaggio, comprese quelle nei confronti di diverse specie di fauna selvatica anche all'interno dello stesso territorio dell'Unione europea.

L'Unione europea può e deve svolgere velocemente un ruolo cruciale nella lotta contro il bracconaggio: ma non abbiamo più tempo e quindi bisogna agire velocemente.

1-107-000

James Nicholson (ECR). - Mr President, I would first like to thank all those involved. This is certainly a very good idea which has come forward. During my time on the Special Committee on Organised Crime, Corruption and Money Laundering, it became clear that wildlife crime and particularly wildlife trafficking have become another big business for organised crime groups. Europol estimates that trafficking of endangered species generates around EUR 18 to 26 billion per year.

With the EU the foremost destination, wildlife crime at local, national and international level has become very attractive to criminals who operate in a vacuum of weak penalties and poor levels of law enforcement. In my own constituency in Northern Ireland, a Partnership for Action Against Wildlife Crime has been established, consisting of the police service and the Ulster Society for the Prevention of Cruelty to Animals. This partnership aims to raise awareness and establish a Northern Ireland network of contact points in order to prevent wildlife crime like the kite poisoning and the freshwater pearl mussel poaching which are some of the blights that happen in my constituency. I am pleased to say that there is evidence to suggest that initiatives like the one launched in Cookstown last August to prevent deer poaching have had a real impact in preventing wildlife crime.

Wildlife crimes can be tackled if successes like this are built upon. We must ensure that appropriate funding is allocated to fight against wildlife crime. This is particularly relevant, as funds for the next period of rural development are currently being carved up by the Member States. The Rural Development Fund is of enormous importance, and it must be apportioned to the rural communities efficiently and effectively. This money must be spent in tackling the real social, economic and environmental challenges faced in these areas and should not become embroiled in a political pantomime. We do not need more legislation, but we do need to enforce the legislation that we have and to make it work.

1-108-000

Phil Bennion (ALDE). - Mr President, I welcome this oral question, which is particularly relevant, given that wildlife crimes and rural crimes in general are increasing at an alarming rate both within the EU and worldwide. This type of crime is not just restricted to the developing world; we in Europe also have a big problem. It can take many forms, from taking the eggs of rare birds or even the birds themselves through to issues like deer poaching.

We do not even mention here associated rural crimes. Last week thieves stole more than 100 sheep from a farmer in Perton in Staffordshire, my own county in England, and just a couple of years ago a lorry load of free-range pigs disappeared from a field near where I live.

Wildlife criminals often operate with impunity, and today wildlife crime is the fifth most profitable illicit trade in the world, estimated at up to GBP 6 billion annually – and it is not just the developing world which is responsible for this. Although the ivory trade is probably the most prominent and most well-known, EU demand is a big issue here. We have to work with CITES to try and squeeze out the demand.

The UK has a national wildlife crime unit, which gathers intelligence and gives free assistance to police forces. What action has been taken by the European Commission to ensure that all Member States are combating wildlife crime and are working together to solve this issue? Has the European Commission been collecting data on the extent of wildlife crime in Europe, and are these crimes part of broader trafficking activities? It would be interesting to know the answers to these questions.

1-109-000

Struan Stevenson (ECR). - Mr President, I very much welcome the need to enhance wildlife law enforcement and to give serious organised wildlife crimes the same level of penalty as human trafficking, weapons trafficking or drug running. To do this, we must of course increase support for range states in order to help them fight organised poaching and trafficking, and in order actively to promote campaigns which aim to blacklist illegal products.

However, I must stress that whilst the resolution has merit and mentions a great many important issues, I feel that, due to the clash with the Christmas break, colleagues have been denied a proper debate on this subject. I understand that IUCN has written to all the political groups asking for a delay in order for more time to be given to this important issue. However, this request was not accepted, resulting in an inaccurate and hurried resolution. I hope that, at this late stage, colleagues will call for the correction of some of the factual inaccuracies in the resolution, such as figures quoted for the global value of wildlife crime, and especially for the resolution to be broadened to consider issues related to the role of local communities and incentives for local people to value wildlife and support anti-wildlife crime efforts.

The wording of this resolution gives the wrong impression that all wildlife trade is harmful to conservation, without recognising that much wildlife trade – which includes timber, fish and plants used in cosmetics and healthcare – forms a vital component of local livelihood strategies, particularly for poor rural people. Much of this is also sustainable. The resolution ignores the role that well-managed sustainable use and trade can play in promoting effective wildlife conservation and species recovery.

1-110-000

Catch-the-eye-Verfahren

1-111-000

Tonino Picula (S&D). - Gospodine predsjedavajući, smatram da je Rezolucija ponudila dobra rješenja o tome kako se boriti protiv krivolova, krijumčarenja, prodaje i kupnje zaštićenih biljnih i životinjskih vrsta.

Pored svega što se predlaže, želio bih naglasiti i važnost edukacije, kako lokalnog stanovništva u državama krivolova, tako i u državama članicama Europske unije gdje se nalaze konzumenti proizvoda divlje flore i faune. Zabrinjavajući su podaci prema kojima se na području Europske unije od krijumčarenja ugroženih vrsti zaradilo između 18 i 26 milijardi eura, dok trgovina proizvodima na internetu vrijedi 10 milijardi dolara godišnje.

Uz predložena rješenja koja podržavam, naglašavam važnost dodatnih anti-kampanja, kojima bi se posjedovanje takvih proizvoda stavljalo u negativan kontekst. Na taj način, oni ne bi više odavali sliku bogatstva i prestiža vlasnika, već sliku okrutnosti i bešćutnosti. Kao dobar primjer može poslužiti životinjsko krzno koje se sve više zamjenjuje umjetnim. Takve trendove moramo nastaviti promovirati putem koordiniranih akcija na europskoj i globalnoj razini. Vjerujem da bi se tako smanjila potražnja za ovim vrstama te posljedično spriječilo njihovo izumiranje.

1-112-000

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

1-113-000

Janez Potočnik, Member of the Commission. – Mr President, first of all I should be very clear that when we talk about wildlife and crime, we are talking about organised crime and about one of the major forms of criminal activity, be it in terms of volume or in terms of consequences. These are unquestionable facts and the situation is worsening, and that is why today's discussion is absolutely necessary and timely.

There are many areas of direct relevance for the European Union: biodiversity, of course, but also governance, development, international trade, transnational crime, peace and stability in certain regions, and so on. I mentioned some of them in my introductory speech.

This is a problem typically linked to the globalisation of the economy and the globalisation of trade, and it needs a global response. The European Union definitely has an interest in stepping up action to tackle it and in shaping the global response and, if I am frank, I am happy to see that the United States too is stepping up these types of activity.

However, we should not underestimate what we are doing ourselves: preparing the communication, on which I am working together with Commissioner Malmström and which will be published in a month's time; organising the conference I have mentioned; and preparing the consultation process. We are by no means inactive; on the contrary, as I mentioned, as recently as December a special new programme was announced, with financing from the European Development Fund, to try to address this issue. Collectively, as the Union, and individually in our own countries, we are among the leaders in the international community's efforts against wildlife trafficking.

I also mentioned that I am working with Commissioner Piebalgs, and I will continue to work with him to make sure this issue is properly taken into account, especially when we discuss the geographical allocation of funding.

There are other activities too. For example, we systematically raise the question in our political and trade bilateral-relations contacts with a number of key countries, including China, Vietnam and Thailand. It is an area which we discuss with our US counterparts in the framework of the Transatlantic Trade and Investment Partnership, and we expect it will also be an important topic at the forthcoming meeting between the European Union and the African Union in April 2014.

So yes, it is on our agenda. It is at the top of the political agenda, where it deserves to be, and with today's discussion it is getting a further push. The forthcoming communication will serve to identify any gaps which need to be filled and to indicate whether there is added value in bringing the different measures under the umbrella of a single strategy or action plan, and raising their profile beyond traditional environmental circles.

Maybe I should also mention that the EU is the biggest donor to the International Consortium on Combating Wildlife Crime, which brings together Interpol, CITES, the World Customs Organisation, the UN Office on Drugs and Crime and the World Bank. We are contributing approximately EUR 1.7 million on a three-year basis. So, yes, we are aware of the problem and we are trying to tackle it.

I will now turn to some specific questions which you raised. On hunting trophies, the Commission is in the process of amending the rules which govern the importation into the European Union of hunting trophies of some species – for example, lions – where hunting trophies might represent a threat to their sustainability, given the level of imports in freight.

The same is true for elephants and rhinos, so the Commission will soon propose an amendment to the regulation for those species. With this change, the authorities in charge of implementing CITES in our Member States will have to check whether an import is sustainable before authorising it. If they consider that this is not the case, no import permit will be delivered and the import will not take place.

Regarding support for the detection of online trade, EU enforcement officers are already coordinating action to improve the investigation of trafficking, including internet trade. The consultation process will address this and will identify whether additional steps are needed.

Finally, concerning data, enforcement groups meet twice a year and, yes, we collect data from Member States on enforcement, prosecutions and so on. We have an annual reporting process, so we are not starting from scratch. We are pretty busy, but it is clear that criminal activity in this area is increasing and that it warrants more of our attention as well as new, innovative methods.

We will not find the answer only from an environmental angle: that is absolutely clear, because we are talking about a major form of organised crime. This is why I am working together with my colleagues, Commissioners Malmström, Georgieva, Piebalgs and De Gucht, and with Baroness Ashton: we are working together because there is no other way to find an effective solution to these criminal activities.

Thank you for the debate today and for the attention you are giving to this terrible problem.

1-114-000

Der Präsident. – Zum Abschluss der Aussprache wurde gemäß Artikel 115 Absatz 5 der Geschäftsordnung ein Entschließungsantrag eingereicht.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 15. Januar, um 12.00 Uhr statt.

19. Ausführungen von einer Minute (Artikel 150 GO)

1-116-000

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgen die Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen (Artikel 150 GO).

1-117-000

Iuliu Winkler (PPE). - Tisztelt Kollégák! Tisztelt Képviselőtársak! 2014-ben alkalom nyílik minden európai uniós polgár számára, hogy eldöntse, azokat választja az európai parlamenti választásokon, akik le akarják rombolni az európai építményt, vagy azokat, akik az új Európában hisznek. Mint az RMDSZ politikusa, a romániai magyar közösség képviselője, az európai értékekben hiszek. Határozottan elutasítok minden olyan próbálkozást, amely Európában a származási ország alapján osztályozná a polgárokat – mint ahogy ezt egyes politikusok teszik az európai munkaerőpiac teljes megnyitásának kapcsán. Ugyanígy határozottan ellenzem Romániában a kormánykoalíció által ma bejelentett döntést, mely szerint az európai parlamenti választásokkal egy időben népszavazást szerveznének az alkotmány módosításáért. Ez a döntés tisztán mutatja, mennyire nem érzékeli a balliberális kormánykoalíció Romániában a XXI. századi európai uniós értékrendet.

1-118-000

Vasilica Viorica Dăncilă (S&D). - Domnule preşedinte, sunt ferm convinsă că nu suntem nici pe departe în situația în care libertatea de gândire sau de exprimare ar putea fi într-un fel limitată. Adevărul și corectitudinea afirmațiilor nu se pot îngrădi, așa cum orice lege este continuu în procesul de îmbunătățire. Este absolut necesar ca orice prevederi care ar aduce grave agresuni la adresa libertății presei și a libertății de exprimare, în general, să nu se regăsească în legislație.

Premierul Victor Ponta a anunțat în mod public că libertatea de exprimare și libertatea presei nu va fi în niciun fel îngrădită și că normele europene pe acest subiect vor fi respectate în România. Presa din România, mereu activă și devenită de multă vreme un barometru al schimbărilor democratice, precum și orice altă entitate care dorește să fie un vector de opinie din țara noastră, nu are niciun motiv de îngrijorare, atâta vreme cât normele deontologice jurnalistice sunt respectate și orice afirmație, indiferent cât ar fi de ofensatoare, poate fi probată cu dovezi concrete și legale.

1-119-000

Pat the Cope Gallagher (ALDE). - A Uachtaráin, faoi chomhaontú an MFF, beidh EUR 150 milliún á chur ar fáil ag an Aontas Eorpach don Chlár Síochána agus Athmhuintearais i dTuaisceart Éirinn.

An additional contribution by the British Government will bring the total amount available under the fund for the period 2014-2020 to EUR 200 million.

Tá an clár seo, an Clár Síochána agus Athmhuintearais, a bunaíodh sa bhliain 1994 fíorthábhachtach do Thuaisceart Éireann agus do na contaetha cois teorann. Ón bhliain a bunaíodh é, tá EUR 1.5 billiún curtha ar fáil ag an Eoraip don Tuaisceart agus do na contaetha cois teorann.

I firmly believe that the extension of the programme will further help to develop peace and reconciliation on the island of Ireland. I understand that a draft operational programme will be reviewed by the Irish and British governments over the course of the next few weeks and that public consultation on the draft programme will be launched in the coming weeks.

I would like to pay tribute to this House, to the Commission and to the Council for the major contribution they have made, financially and otherwise, to the peace process in Ireland.

1-123-000

Νίκος Χρυσόγελος (Verts/ALE). - Κύριε Πρόεδρε, η λάθος πολιτική που ακολουθείται από την Τρόικα και τις ελληνικές κυβερνήσεις και η κατάρρευση της οικονομίας έχουν αυξήσει τον αριθμό των ανασφάλιστων πολιτών. Σήμερα, οι ανασφάλιστοι Έλληνες πολίτες, χωρίς να υπολογίζουμε μετανάστες και αιτούντες άσυλο, ανέρχονται σε τρία εκατομμύρια, σχεδόν το 30% του πληθυσμού. Αυτό δεν ταιριάζει στο ευρωπαϊκό κοινωνικό μοντέλο και στις ευρωπαϊκές αξίες, δηλαδή να χάνουν την πρόσβασή τους σε υπηρεσίες υγείας άνθρωποι, κυρίως ελεύθεροι επαγγελματίες, οι οποίοι για χρόνια ή δεκαετίες πλήρωναν κανονικά τις ασφαλιστικές εισφορές τους και σήμερα, λόγω της κρίσης επειδή δεν είναι σε θέση να πληρώνουν, πετάγονται ξαφνικά στο περιθώριο. Πολλοί πολίτες - όταν έχουν πρόβλημα - δεν πηγαίνουν πλέον εγκαίρως στους γιατρούς, δεν αγοράζουν φάρμακα, πολύ περισσότερο δε, αυτοί που έχουν προβλήματα υγείας, δυσκολεύονται να έχουν συνεχή θεραπεία.

Σήμερα, λοιπόν, απαιτείται η συνεργασία της Ευρωπαϊκής Επιτροπής με τους κοινωνικούς και επαγγελματικούς φορείς προκειμένου να βρεθεί λύση και να έχουν πρόσβαση στις υπηρεσίες υγείας όλοι οι πολίτες, είτε είναι άνεργοι, είτε δεν είναι σε θέση να πληρώσουν τις ασφαλιστικές τους εισφορές.

1-124-000

Martina Anderson (GUE/NGL). - Mr President, Europe has supported the Irish peace process and, to advance it, First Ministers Peter Robinson and Martin McGuinness invited American diplomats Richard Haass and Meghan O'Sullivan to chair an all-party group to deal with flags, parades and the past. Following six months of work involving political parties and civil society, they produced final proposals. Sinn Féin, despite some reservations, endorsed the recommendations as a compromise. However, Unionism rejected them: Ulster says 'no' again.

Irish republicans have stretched themselves, and we are up for the challenge that the Haass proposals contain. Unionist leaders are failing our people and ignoring a clear desire for a compromise agreement. The Irish and British Governments must now make clear statements in support of the Haass-O'Sullivan proposals and their implementation. They must dedicate financial resources to it and agree to information disclosure: both are necessary for successful implementation.

1-125-000

Jacek Włosowicz (EFD). - Panie Przewodniczący! Po raz kolejny występuję w sprawie Bułgarii, niestety w nie najlepszym kontekście. Istnieją dowody na manipulacje demokracją i jej procesami w Bułgarii. W 2009 roku kandydaci na posłów z listy partii Ataka podpisali zobowiązania, które później zostały wykorzystane jako gwarancje na kredyty. 17 z tych osób zostało posłami. Ich zdaniem zostali wprowadzeni w błąd. Każdy z nich stał się gwarantem kredytu na 150 tys. euro. Kierownictwo partii i przewodniczący zapewnili ich, iż podpisują deklarację lub umowy lojalnościowe. Wolen Siderow, który jest nadal członkiem parlamentu i utrzymuje obecny szkodliwy rząd, był właśnie tym przewodniczącym. Takie manipulowanie demokracją ma szczególny charakter. Jej przejawem jest pobicie przez tego pana pasażera i policjanta na lotnisku w Warnie oraz konflikt z przedstawicielem zagranicznej ambasady. Państwo bułgarskie nie podejmuje niestety żadnych kroków. Oczekuję, że my coś możemy zrobić, by powstrzymać Bułgarię od przekształcenia się w państwo bezprawia, bezkarności i handlu wpływami politycznymi. Dziękuję bardzo i przepraszam za zbyt długą wypowiedź.

1-126-000

Martin Ehrenhauser (NI). - Herr Präsident! Die Globalisierung, wie wir sie kennen, existiert seit rund 160 Jahren. In den letzten 20 Jahren ist der internationale Handel stark angewachsen. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass die Globalisierung nur dann funktionieren kann, wenn eine demokratisch gewählte Politik einen sozialen und nachhaltigen Ordnungsrahmen für die weltweit rund 77 000 transnationalen Unternehmen schafft.

Vereinbarungen und Verträge wie TTIP oder TAFTA untergraben genau diese Gestaltungsmöglichkeit der Politik. Die Politik lässt sich dadurch zum mittleren Management degradieren. Es ist nicht sinnvoll, wenn Unternehmen zum Beispiel eine Klagemöglichkeit gegen Staaten eingeräumt wird bei Gewinnentgang. Wenn ein Regulierungsrat etabliert wird, ohne dessen Zustimmung die Politik nicht mehr tätig werden darf, dann muss ganz klar sagen, dass die Politik im Interesse dieser transnationalen Unternehmen handelt, jedoch 99 % der Bevölkerung ignoriert.

Aus meiner Sicht und nach jetzigem Stand kann ich also TTIP oder TAFTA sicherlich nicht zustimmen.

1-127-000

Radvilė Morkūnaitė-Mikulėnienė (PPE). - Mr President, today is the 23rd anniversary of the tragic events which took place on 13 January 1991. At that time, the recently re-established independent state of Lithuania faced the ultimate test. For several days thousands of defenceless people, in cold temperatures, surrounded the buildings which embody the independence of the Lithuanian State: the Parliament, the TV Tower and the independent radio and television building. That night, the Soviet military, with their tanks and machine guns, advanced on the singing and chanting crowds. Fourteen people died from bullets and injuries caused by tanks and hundreds were injured, but no one in the crowd left.

Today we pay tribute to those who were killed and to all those to whom we owe our freedom. We will never forget them, and we pin a flower the colour of the sky close to our hearts. We give thanks that today Lithuania, and the other Baltic States, are free and

independent, and are equal members among freedom-loving nations. Hopefully the day will come when those who committed crimes against humanity will be brought to justice.

1-128-000

Ioan Enciu (S&D). - Domnule președinte, 2014 este un an decisiv pentru soarta proiectului european, după criza economică și măsurile de austeritate, care au afectat nivelul de trai și au amplificat decalajele și tensiunile sociale. Unul din patru europeni este acum victima sărăciei sau este expus riscului de sărăcie. În Uniunea Europeană, peste zece milioane de oameni și-au pierdut locurile de muncă în ultimii șase ani și sunt state membre în care unul din doi tineri este șomer. Din soluțiile la problemele demografice și economice, migrația forței de muncă a ajuns să fie stigmatizată și exploatată politicianist de forțele naționalist-eurofobe.

Avem nevoie de un nou model socioeconomic european, care să elimine riscul stagnării pe termen lung, să asigure o viață decentă și să garanteze respectarea drepturilor fundamentale. Numai o Europă socială poate contracara criza, extremismul, șomajul și discriminările de toate genurile. Discursul xenofob-populist trebuie să dispară din Uniunea Europeană.

1-129-000

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). - Señor Presidente, Hodei es un ciudadano europeo, un vasco de 23 años, que, gracias a su esfuerzo y a diversos programas comunitarios, adquirió formación y experiencia y empezó a trabajar como ingeniero informático en Bélgica.

El pasado 19 de octubre desapareció sin dejar rastro en el centro de Amberes. La policía encontró su móvil, tarjetas bancarias y documentación en manos de unos delincuentes. Sus padres, desde el País Vasco, quieren transmitirles hoy su dolor y su angustia y hacer un llamamiento para que la policía y las instituciones de Bélgica, así como Europol, sigan trabajando hasta esclarecer un suceso impropio de una gran ciudad europea.

También nos piden que impulsemos una urgente transposición de la Directiva relativa a la protección de las víctimas de delitos, porque saben lo importante que es para poder participar en un proceso penal en cualquier país de la Unión.

Finalmente, les animan a propiciar una colaboración más estrecha a nivel europeo para investigar las desapariciones, porque la certeza de la muerte es dura, pero la incertidumbre en que ellos viven desde el pasado 19 de octubre es morir cada día.

1-130-000

Mark Demesmaeker (Verts/ALE). - Ja, we zitten in de laatste maanden voor de Europese verkiezingen. En met angst zullen we de burger niet overtuigen van zijn stem, zeker hen niet die voor een fundamentele keuze staan. Schotland plant op 18 september een onafhankelijkheidsreferendum en Catalonië beslist op 9 november over zijn toekomst.

Europa moet op een positieve manier omgaan met die veranderingen. Politiek geïnspireerde en juridisch ongefundeerde uitspraken, bedoeld om angst te zaaien, kunnen we missen als kiespijn, zoals die van de raadsvoorzitter Herman Van Rompuy half december. Hij beweerde dat Catalonië als nieuwe staat *de facto* buiten de EU zou vallen.

Wel, dit helpt het Europese project geen meter vooruit, integendeel, het ondermijnt de geloofwaardigheid voor miljoenen burgers die kiezen voor democratie, zelfbeschikking en Europees engagement. Het zou de vertegenwoordigers van de Europese instellingen sieren als ze hun kop niet langer in het zand zouden steken voor democratische en vreedzame processen in Europa. Het is aan de inwoners van Catalonië en Schotland om hun toekomst zelf te bepalen.

1-131-000

Κυριάκος Τριανταφυλλίδης (GUE/NGL). - Κύριε Πρόεδρε, μέχρι και πριν από 3 μέρες, διαμαρτυρόμενοι, αναγνωρισμένοι πρόσφυγες πραγματοποιούσαν απεργία πείνας 50 ημερών και μάλιστα τις τελευταίες μέρες και απεργία δίψας, έξω από το Υπουργείο Εσωτερικών της Κύπρου, ώστε να πείσουν τις αρχές να αντιμετωπιστεί η περίπτωση τους το ταχύτερο δυνατό. Πρόσφυγες που δικαίως ζητούν να τους αναγνωρισθεί καθεστώς μόνιμης παραμονής ή η κυπριακή υπηκοότητα καθώς διαμένουν για πάρα πολλά χρόνια στην Κύπρο και εν μέσω κρίσης, όχι μόνο δεν έχουν μακράς διάρκειας εργασιακά συμβόλαια, αλλά ούτε και δουλειά και επιθυμούν να φύγουν.

Με αυτήν την θλιβερή αφορμή λοιπόν επανέρχεται στο προσκήνιο η ανάγκη για ανθρώπινη μεταναστευτική πολιτική, για μέτρα ένταξης και αλληλεγγύη. Γιατί η πραγματικότητα είναι πως, ενώ έχουμε πληθώρα διεθνών συνθηκών και νόμων, στην πράξη - το ξέρουμε πολύ καλά - πως τα δικαιώματα δεν γίνονται σεβαστά και πως χρησιμοποιείται κάθε δυνατό εμπόδιο ώστε να μην δίνεται σε αυτούς τους ανθρώπους καθεστώς μόνιμης παραμονής και περισσότερα δικαιώματα. Και όσο δεν αλλάζουν οι νοσηρές συνθήκες της φτώχειας θα βρισκόμαστε κι εμείς στον ίδιο φαύλο κύκλο.

1-132-000

Graham Watson (ALDE). - Mr President, I rise to seek the support of the House for solidarity funding for those hit by dreadful flooding in my constituency. On the south-west peninsula of England, many homes and businesses have been under water and travel has been disrupted. Thirty flood warnings are still in place.

The UK is more susceptible to flooding with the onset of man-made climate change, but the response of successive governments has been inadequate, uncoordinated and costly. A government report six months ago recognised – far too late – that flooding and drought will become more frequent and more severe.

Little has yet been done to adapt to these dangers, and policies are still being pursued which will heighten them. While people struggle to cope with this emergency, the UK's environment agency has been caught ganderflanking.

I am working with my constituents to gain help from the Solidarity Fund for the cost of the clean-up, devolution of powers to local government to speed up response to emergencies, and urgent investment in water management schemes.

I call on colleagues in the House to support me in these endeavours.

1-133-000

Davor Ivo Stier (PPE). - Gospodine predsjedniče, depopulacija i starenje stanovništva su veliki izazovi pred nama i dugoročno predstavljaju najveću prepreku u gospodarskom rastu i društvenom razvoju Europe. Prije 100 godina stanovništvo današnje EU činilo je 15% svjetske populacije, danas činimo samo 7%, a do 2050. predviđa se pad na 5%. Do

2060. udvostručit će se broj građana starijih od 65 godina, a znatno će se smanjiti broj mladih i radno sposobnih.

Stoga je potrebna hrabrija, odlučnija i učinkovitija pronatalitetna i proobiteljska politika za novi rast u Europi. U kraćem roku potrebna je i agilnija imigracijska politika koja neće nikoga diskriminirati, ali će prepoznati potencijale naših iseljeničkih zajednica i potomaka Europljana u prekoceanskim zemljama koji se žele useliti u EU.

Kao zastupnik iz Hrvatske želim ovdje istaknuti ulogu hrvatskog iseljeništva u očuvanju i ostvarivanju slobodarskih ideala našeg naroda. Ovom prilikom apeliram na europske institucije, na države članice, da u skladu sa Lisabonskom strategijom koriste EU fondove za programe povratka naših iseljenika i njihovih potomaka koji bi bili željni vratiti se i pridonijeti gospodarskom rastu Europe.

1-134-000

Маруся Любчева (S&D). - Г-н Председател, обръщам внимание на проблем, предизвикал широк отзвук в Балканските страни и който, ако се запази като тенденция, би могъл да създаде напрежение в региона. Става въпрос за изявление на министър-председателя на Република Турция г-н Ердоган относно значението за Турция на части от България, Гърция, Македония, Косово и Сараево, като части от бившата Османска империя.

Това не е първата подобна публична изява на високопоставен турски политик. Изявенията са силно обезпокоителни и поставят под въпрос суверенитета, териториалната цялост и национално достойнство на независими държави. Това е несъвместимо с мирното развитие и сътрудничество в региона, с политиката на ЕС за разширяване, с толерантността на балканските народи. Изявенията са в разрез с отговорността, която се носи при една политическа реч на премиер на република със статут на страна кандидат за член на ЕС.

България, вярвам и другите страни от региона, не приема никакви опити, дори словесни, които поставят под съмнение нейната териториална цялост и суверенитет и европейските институции също не трябва да затварят очите си пред тези прецеденти.

1-135-000

Angelika Werthmann (ALDE). - Mr President, the situation in the Republic of Cyprus remains the same. In the European Union, we still have a divided capital city. We are talking here about the military occupation of European territory. How long will the Cyprus issue continue? I asked the President of our Parliament, in his capacity as President, to support the Republic of Cyprus in its efforts to make the occupying power end its immigration policy, withdraw the military forces, return Famagusta to its lawful owners, open the port and finally recognise all UN conventions and resolutions and thereby do everything to give Cyprus its unity back. The occupying power wants to be – and is – a candidate country. That also means respecting European values and laws and acting accordingly. Last, but by no means least, it also means fully respecting all Member States, including the Republic of Cyprus.

1-136-000

Willy Meyer (GUE/NGL). - Señor Presidente, la semana pasada Eurostat publicó los datos del desempleo juvenil en la Unión Europea: 23 % de media en toda la Unión Europea y en mi país —España—, en noviembre, un 57,7 %; al límite. Una juventud que está

condenada por las políticas del austericidio, de la troika, por los recortes; un nuevo exilio obligado, una emigración forzada: intolerable.

Yo creo que estos datos deberían hacer recapacitar sobre la actual orientación política y económica de la troika, de la Unión Europea, que no solamente no crea empleo sino que crea una nueva figura, que es la persona que tiene que hacer de nuevo las maletas para buscarse el trabajo fuera de su país.

Yo alerto de ello en este Parlamento, además de que, en España, el Gobierno del Partido Popular está estudiando la posibilidad de retirar la cartilla sanitaria de aquellas personas que estén fuera del país durante tres meses. Me parece que va en contra del acervo comunitario.

1-137-000

Andrzej Grzyb (PPE). - Dnia 18 grudnia w wyniku restrukturyzacji zostały anulowane akcje słoweńskiego banku Nova KBM, łącznie z notowanymi na Giełdzie Papierów Wartościowych w Warszawie niespełna 3 milionami ze 139 milionów akcji. Wyemitowane zostały również akcje za 150 milionów euro, objęte przez rząd Słowenii, który dotychczas posiadał 80% akcji. Jednak ani w prospekcie emisyjnym, ani w sprawozdaniach rocznych bank nie informował o trudnej sytuacji finansowej. Jego zagrożenie upadłością było więc dla inwestorów dużym zaskoczeniem. Jeszcze większym zaskoczeniem była decyzja o faktycznym wywłaszczeniu akcjonariuszy i renacjonalizacji banku. Wydaje się, że taka sytuacja narusza zaufanie zarówno do instytucji finansowych, jak i również do obecności na rynkach finansowych, i na to chciałbym zwrócić uwagę.

1-138-000

María Muñoz De Urquiza (S&D). - Señor Presidente, hace un año, el Gobierno de España, en un discurso patriótico, que resultó al final ser xenófobo, justificó la retirada de la tarjeta sanitaria a los inmigrantes extranjeros en territorio español. Hoy son los ciudadanos españoles, forzados a emigrar por el paro rampante, quienes se encontrarán sin tarjeta sanitaria tras 90 días de residencia en el exterior.

Este nuevo expolio de derechos elementales lleva a la situación kafkiana de que los españoles en el exterior, con cobertura sanitaria, serán tratados como inmigrantes en su propio país, y que los parados españoles, los estudiantes sin cobertura y todos aquellos de los 700 000 nuevos emigrantes españoles que no encuentren trabajo en 90 días a partir del 1 de enero quedarán desprotegidos. Probablemente, lo que harán será no inscribirse en el consulado, requisito necesario para votar.

Espero que el Gobierno no esté pretendiendo dejar sin votar a todos estos ciudadanos, probablemente descontentos. Más bien creo que se trata —y le pido condescendencia, señor Presidente— de una parte de la siniestra estrategia de desmantelamiento de los servicios públicos para los trabajadores emigrantes españoles, cuya única solución será contratar seguros privados.

1-139-000

Χαράλαμπος Αγγουράκης (GUE/NGL). - Κύριε Πρόεδρε, το τελευταίο διάστημα εντείνονται οι εκβιασμοί των ΗΠΑ και των συμμάχων τους στην Παλαιστινιακή Αρχή, προκειμένου να δεχτεί τους επαχθείς όρους της κυβέρνησης του Ισραήλ, σε βάρος του Παλαιστινιακού λαού. Είναι φανερό ότι οι διαπραγματεύσεις δεν μπορούν να αποκτήσουν κανένα ουσιαστικό περιεχόμενο,

εάν προηγουμένως το Ισραήλ δεν σταματήσει τους εποικισμούς στα κατεχόμενα Παλαιστινιακά εδάφη και δεν προχωρήσει στην άμεση κατεδάφιση του "Τείχους του Αίσχους".

Δίκαιη και βιώσιμη λύση στο Παλαιστινιακό, δεν μπορεί να δοθεί στα πλαίσια των ιμπεριαλιστικών σχεδιασμών που προωθούν οι ΗΠΑ, η ΕΕ και το ΝΑΤΟ. Οι δυνάμεις αυτές ενισχύουν την Ισραηλινή αδιαλλαξία ενάντια στον Παλαιστινιακό και τους άλλους λαούς. Το ΚΚΕ στηρίζει τον αγώνα του παλαιστινιακού λαού ενάντια στην ισραηλινή κατοχή για ένα ανεξάρτητο, βιώσιμο, κυρίαρχο παλαιστινιακό κράτος στα σύνορα του 1967 με πρωτεύουσα την Ανατολική Ιερουσαλήμ, για την άμεση απελευθέρωση όλων των Παλαιστινίων πολιτικών κρατουμένων στις ισραηλινές φυλακές, για την άρση κάθε αποκλεισμού των Παλαιστινίων στη Δυτική Όχθη και στη Δωρίδα της Γάζας.

1-140-000

László Tókécs (PPE). - Victor Ponta román kormányfő egyik legutóbbi személyeskedő kirohanásában Elmar Brok kollégánkat – a Külügyi Bizottság elnökét – felelőtlen, demagóg, fasiszta gondolkozású politikusnak titulálta politikai javaslata miatt. Ugyanennek a posztkommunista miniszterelnöknek a pártutasítására a Románia Csillaga érdemrend szocialista párttagokból álló ítélőbizottsága személyemet horthystának és fasisztának, revansistának és revizionistának minősítette a romániai magyarok autonómiájára vonatkozó politikai álláspontom kifejezése miatt. Romániában a Ceausescu-diktatúra kísértetei járnak vissza. A hírhedt román Securitate az erdélyi magyarokat és németeket annak idején szintén fasisztaként és horthystaként kriminalizálta. A jelek szerint az alapvető emberi jognak számító szabad véleménynyilvánításért ma is ugyanez a bánásmód jár ki Victor Ponta országában.

1-141-000

George Sabin Cutaș (S&D). - Domnule președinte, de la întâi ianuarie restricțiile pe piața muncii au fost ridicate pentru cetățenii români și bulgari. Dreptul de a fi angajat în aceleași condiții ca oricare alt european este înscris în Tratat, iar libertatea de a circula și de a lucra oriunde în Uniune este una dintre pietrele de temelie ale integrării europene, fiind totodată dreptul cel mai apreciat de cetățeni.

18,5 milioane de europeni au decis să locuiască într-un alt stat membru. Studiile au arătat că din mobilitatea lucrătorilor decurg numeroase beneficii pentru statele gazdă, inclusiv completarea unor lacune în ceea ce privește calificările sau abordarea provocărilor cauzate de îmbătrânirea populației. Acești migranți sunt contribuitori la securitatea socială.

Cu toate acestea, anumiți politicieni preferă, din considerente electorale, să răspândească idei greșite cu privire la migrații români și bulgari, invocând amprentarea sau eliminarea beneficiilor sociale. Eu cred că aceste mesaje sunt extrem de periculoase, deoarece îndeamnă la xenofobie și pun în pericol valorile Uniunii Europene.

1-142-000

IN THE CHAIR: EDWARD McMILLAN-SCOTT

Vice-President

1-143-000

Romana Jordan (PPE). - Opozoriti želim na prispevek javne nizozemske televizije.

Pravijo, da poročajo o povprečnem poslancu, osrednji lik pa je nizozemski poslanec, ki pripada 31 nepovezanim poslaneem. To seveda nikakor niso reprezentativni poslanci.

V prispevku poslanec navaja trditve, ki so po mojem mnenju napačne in so poenostavljene na tak način, da zavajajo. Omenja pa tudi povsem konkretne zlorabe, na primer zlorabo parlamentarne šoferske službe s strani poslanca van der Stoepa in njegovih kolegov za privatne namene. To sam poslanec v prispevku tudi prizna.

Zato vodstvo Evropskega parlamenta pozivam, da si omenjeni prispevek ogleda, da zlorabe preuči in da poslance, ki so nenamensko in napačno uporabljali storitve v Evropskem parlamentu, ustrezno kaznuje.

To je še posebej pomembno zdaj, ko smo tik pred volitvami v Evropski parlament. Gre namreč za ugled nas vseh, gre za ugled Evropskega parlamenta.

1-144-000

Sandra Petrović Jakovina (S&D). - Gospodine predsedniče, u cijelosti podržavam prijedlog uspostavljanja Fonda za azil, migracije i integracije, njegova pojednostavljena i poboljšana operativna pravila, te se nadam i vrlo skoro usvajanje ovog novog financijskog instrumenta. Naša je obaveza, u postizanju strateških ciljeva Europske Unije, da prihvatimo načelo solidarnosti obuhvaćeno člankom 80. Ugovora, da podržimo Zajednički europski sustav azila i olakšamo zakonitu migraciju prema Uniji.

U smiraj tragedije u Lampeduzi, i većoj solidarnosti koju Europska politika azila zaslužuje, ne mogu ne istaknuti snažan pozitivan utjecaj koji bi ovaj novi financijski instrument imao na Hrvatsku. Hrvatska je suočena sa migracijskim tokovima iz trećih zemalja, tako da bi ovaj novi financijski instrument osigurao da se odgovor Hrvatske na relevantnu situaciju temelji na prikladnoj humanitarnoj pomoći za spašavanje izbjeglica i migranata u situacijama nedaća i pružanje dostojanstvenih uvjeta prihvata.

Pravovremeno usvajanje fonda u ovom slučaju nije samo izraz financijske nužnosti već i istinske solidarnosti.

1-145-000

Alexander Mirsky (S&D). - Godātais priekšsēdētāja kungs, kolēģi! Pēc tam, kad Latvija pievienojās eurozonai, noskaidrojās, ka mēs esam visnabadzīgākā Eiropas zona. Tas nav šausmīgi, bet šausmīgi ir tas, ka Latvijā pensionāri saņem pensiju apmēram 200 euro mēnesī. Tas ir astoņas reizes mazāk nekā pensija Vācijā un Francijā. Ja ņemsim vērā, ka Latvijā praktiski nav pensionāru sociālās aizsardzības programmas, atšķirība ir 15–20 %. Cenu līmenis pirmās nepieciešamības priekšmetiem ir tāds kā Vācijā un Francijā. Jautājums – kā var izdzīvot ar 200 euro mēnesī pensionārs Latvijā? Valstīm, kuras pievienojas eurozonai, jāpaceļ pensijas un sociālie pabalsti līdz 50 % no Eiropas vidējā līmeņa. Tad eurozonai pievienosies nevis nabadzīgie, bet īstie partneri. Paldies jums par uzmanību!

1-146-000

President. – That concludes the item.

20. Smart specialisation: networking excellence for a sound Cohesion Policy (short presentation)

1-148-000

President. – The next item is the report by Hermann Winkler, on behalf of the Committee on Regional Development, on Smart specialisation: networking excellence for a sound Cohesion Policy (2013/2094(INI)) (A7-0462/2013).

1-149-000

Hermann Winkler, Berichterstatter. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir leben in Zeiten knapper Kassen, und wir haben einen immer härter werdenden internationalen Wettbewerb. Deshalb müssen wir uns auf die Schwerpunkte konzentrieren. Das gilt auch für die Verteilung von Fördermitteln. Spezialisierung, Schwerpunktsetzung, das ist jetzt angesagt und nicht mehr nur mit der Gießkanne zu fördern. Und auch um sicherzustellen, dass die Strukturfonds künftig noch effizienter genutzt werden, hat der Gesetzgeber elf thematische Ziele vorgegeben.

In Zukunft müssen die Regionen Innovationsstrategien – die sogenannten Strategien der intelligenten Spezialisierung – erarbeiten, um Fördergelder für Forschung und Innovation aus der Kohäsionspolitik zu bekommen. Dies ist eine sehr große Chance für die Regionen, aber eben auch für die gesamte Europäische Union. Die EU kann Innovation nicht vorschreiben oder verordnen, wie wir das ja manchmal ganz gerne von hier aus tun. Aber wir können die Regionen unterstützen. Wir können ihnen helfen, noch innovativer zu werden. Jede Region hat ihre ganz eigenen Stärken. Auf diese Stärken gilt es aufzubauen und sich auf intelligente Art und Weise zu spezialisieren.

Wir haben und wir können alles in der EU, aber eben nicht überall. Wir müssen uns nur besser aufteilen und auch vernetzen. Dazu bedarf es zunächst einer ehrlichen Analyse in jeder einzelnen Region. Neid auf andere Regionen ist fehl am Platz. Es gilt jetzt zusammenzuarbeiten und zu kooperieren.

Wir brauchen hierfür auch eine verbesserte Zusammenarbeit der politisch Verantwortlichen mit allen Interessenvertretern in der Region. Wir brauchen eine neue Behördenmentalität, die den Innovationsakteuren genügend Spielräume lässt. Je mehr die Entscheider darauf hören, was beispielsweise Forschungseinrichtungen und Unternehmen, insbesondere die vielen kleinen und mittleren Unternehmen, zu sagen und auch einzubringen haben, umso erfolgreicher wird die Strategie sein.

Auch die Kommission werden wir in die Pflicht nehmen. Je gründlicher die Vorbereitung und Koordinierung zwischen der Forschungs- und der Regionalförderungsabteilung in der Europäischen Kommission ist, desto einfacher haben es dann die Regionen, von der Förderung zu profitieren, und wir alle haben den Erfolg.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür arbeiten, dass diese neue Spezialisierung eine Chance für die Regionen wird und sie sich nicht durch uns gegängelt fühlen!

1-150-000

Catch-the-eye procedure

1-151-000

Andrej Plenković (PPE). - Gospodine predsjedniče, poštovani povjereniče Potočnik, cijenjeni kolega Winkler, podupirem vaše izvješće o pametnoj specijalizaciji i umrežavanju centara izvrsnosti za učinkovitu kohezijsku politiku koja daje jasne smjernice i potiče regije na izradu regionalnih strategija pametne specijalizacije kako bi fokusirali svoje prioritete i potencijale u području istraživanja, razvoja i inovacija.

Hrvatskoj je na raspolaganju za istraživanje i razvoj u idućem godišnjem financijskom okviru oko milijardu eura, od ukupno 8,3 milijarde eura, iz financijske omotnice. Također oko 600 milijuna eura naći će se za istraživanje i razvoj u drugim segmentima, a partnerski sporazum je ključ do tog novca. Izrada strategije pametne specijalizacije je najvažnija u tom procesu.

Smatram kako će ovo izvješće s jasnim smjericama za regije, te završetak postupka donošenja nacionalne strategije pametne specijalizacije biti jaki poticaj i vjetar u leđa hrvatskim županijama za donošenje svojih strategija pametne specijalizacije.

1-152-000

Vasilica Viorica Dăncilă (S&D). - Domnule președinte, promovarea competitivității Uniunii Europene la nivel internațional este un proces complex, iar cooperarea regională este un element important, care poate și trebuie să constituie un avantaj, datorită transferului de cunoștințe și tehnologie. Aceste transferuri sunt benefice atât pentru Uniunea Europeană, în ansamblul ei, cât și pentru regiunile respective, iar strategiile de specializare regionale, precum și cea care vizează crearea unei rețele a centrelor de excelență pot contribui la o mai bună participare a universităților, a centrelor de cercetare și inovare, a întreprinderilor, precum și a societății civile, dar și la atragerea de investiții în sectorul privat.

Nu trebuie să uităm faptul că în regiunile frontaliere există deseori aceleași provocări de ambele părți ale frontierei, datorită caracteristicilor teritoriale comune și, ca atare, statele membre, autoritățile locale și regionale ar trebui să colaboreze mai strâns, pentru a elabora strategii de specializare inteligentă transfrontalieră.

1-153-000

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). - Señor Presidente, apoyo este informe porque Europa debe innovar y tener un crecimiento sostenible, pero necesita priorizar, coordinar y utilizar sus recursos de una manera eficiente con la participación de regiones como Euskadi, que ha planteado desde los años ochenta políticas de impulso económico y se encuentra trabajando en este momento en la estrategia de especialización inteligente, habiendo definido ya entre sus metaprioridades la energía, la fabricación y las biociencias.

Pero considero fundamental que la Comisión impulse nuevas redes europeas de excelencia en distintos tipos de actividad; que incremente la competitividad, sí, pero, sobre todo, que identifique internacionalmente a Europa como modelo de innovación sostenible. Este tiene que ser nuestro objetivo.

1-154-000

Νίκος Χρυσόγελος (Verts/ALE). - Κύριε Πρόεδρε, η διαμόρφωση στρατηγικής και σχεδίου δράσης για την έρευνα και καινοτομία την επόμενη προγραμματική περίοδο αποτελεί προτεραιότητα για χρηματοδότηση από το Ευρωπαϊκό Ταμείο Περιφερειακής Ανάπτυξης, αλλά ταυτόχρονα και μια πολύ μεγάλη πηγή ευκαιριών.

Αυτή η στρατηγική όμως πως θα διαμορφωθεί; Πρέπει να διαμορφωθεί μέσα από έναν διάλογο με τους κοινωνικούς εταίρους σε κάθε περιφέρεια, πρέπει να υπάρξει συντονισμός μεταξύ των περιφερειών και των κρατών μελών, αλλά και ανταλλαγή πληροφοριών και βέλτιστων πρακτικών μεταξύ των περιφερειών προκειμένου να καλυφθεί το χάσμα που είναι σημαντικό μεταξύ των διαφόρων περιφερειών σήμερα. Χρειάζεται και η Ευρωπαϊκή Επιτροπή να ενισχύσει τις προσπάθειες αυτές και φυσικά να συμμετάσχουν περισσότερο οι περιφέρειες στην πλατφόρμα της Σεβίλλης.

Μια καλή προσπάθεια για να ενισχυθούν οι δράσεις των περιφερειών είναι να δώσουμε μεγάλη έμφαση στη συμμετοχή νέων ερευνητών, αλλά και φοιτητών, στις προσπάθειες για έρευνα και καινοτομία ώστε ν' αποτελέσουν γέφυρα με το μέλλον και να προωθήσουν καινούργιες ιδέες για την περιφερειακή ανάπτυξη.

1-155-000

Ruža Tomašić (ECR). - Gospodine predsjedniče, načelno podržavam ovo izvješće jer smatram dobrim svaki proces koji omogućuje nižim razinama da kreiraju vlastitu sudbinu. No kako bismo bili sigurni da neće sve ostati na razini inicijative, moramo biti spremni na učinkovitu primjenu. Jesmo li?

Kao zastupnica iz Hrvatske mogu posvjedočiti slaboj iskorištenosti sredstava iz fondova koja su nam kao državi članici dostupna. Ako centralna razina nije dovoljno učinkovita u povlačenju poticajnih sredstava, što možemo očekivati od niže razine koja nema tolike administrativne kapacitete?

Također držim kako od regija u ovom trenutku ne možemo tražiti da provode aktivnosti kojima bi se riješili problemi poput nezaposlenosti, siromaštva, energetske sigurnosti i demografskih promjena, jer ih nisu u stanju kvalitetno provesti ni mnoge države članice među kojima je i Hrvatska. Stavljamo time preveliki teret na leđa regija, umjesto da se prvo pobrinemo da svi regionalni sudionici ovog procesa dostignu kapacitet koji bi garantirao učinkovitu provedbu.

1-156-000

Petru Constantin Luhan (PPE). - Domnule președinte, întâi vreau să îl felicit pe raportor, domnul Winkler, care a elaborat un raport extraordinar de important. Inovația este mai mult decât importantă la nivelul Uniunii Europene. Vrem creștere economică inteligentă, așa că trebuie să avem capacitatea de a implementa strategii pe cercetare, dezvoltare și inovare.

Regret însă faptul că ceea ce a prezentat Guvernul României la Comisia Europeană a fost respins, respectiv acordul de parteneriat, care nu includea nici pe departe componenta de inteligență, respectiv de cercetare, dezvoltare, inovare, acest raport fiind, de altfel, calificat ca fiind necorelat cu obiectivele Uniunii Europene. De aceea, cer Comisiei Europene să fie vigilentă în acest sens și să ceară guvernului din România, în mod concret, ca aceste obiective să se regăsească în acordul de parteneriat al Guvernului României cu Comisia Europeană.

Spun, în același timp, că avem o mare problemă în ceea ce privește forța de muncă, respectiv cercetătorii din Uniunea Europeană încep să plece spre alte destinații, nu numai spre America și Japonia, ci au început să plece și spre China.

1-157-000

Davor Ivo Stier (PPE). - Gospodine predsjedniče, podržavam ovo izvješće kolege Winklera zbog toga što smo u ovom domu više puta govorili da su veća ulaganja u

istraživanje i razvoj nužna za novi val ekonomskog rasta, ali isto tako da je potrebno točno vidjeti u što će se uložiti, da vidimo koje su komparativne prednosti svake države članice, svake regije i zato je dobro što se u ovom izvješću naglašava da svaka regija mora izraditi svoju posebnu strategiju. Isto tako da se moraju i nacionalne strategije izraditi kako bi se učinkovitije koristila sredstva iz Europske unije, iz europskih fondova.

Međutim, želio bih naglasiti i upozoriti da ova pametna specijalizacija i korištenje inače tog izraza pametnoga korištenja fondova ne bi trebao biti alibi za manje ulaganje u istraživanje i razvoj. Mi još nismo postigli naš cilj od 3% BDP-a, tu zaostajemo za Amerikom, za Kinom, za Japanom i to mora i dalje biti naš cilj.

1-158-000

Silvia-Adriana Țicău (S&D). - Domnule președinte, domnule comisar, pentru prima dată pentru perioada de programare 2014-2020, statele membre sunt obligate să elaboreze o strategie de cercetare și inovare, pentru a sprijini capacitatea de inovare regională și pentru a coordona mai eficient fondurile alocate domeniului cercetării, dezvoltării și inovării. Consider important ca directoratele generale din cadrul Comisiei să își intensifice activitățile de formare și sprijinire a regiunilor, pentru elaborarea și realizarea strategiei de cercetare și inovare.

Solicităm părților interesate din sectorul public și cel privat să utilizeze numeroasele posibilități de finanțare pentru perioada 2014-2020, inclusiv prin sprijinirea stabilirii incubatoarelor regionale de inovare și prin dezvoltarea de legături și sinergii între universități, alte instituții de cercetare și de educație superioară, întreprinzători și întreprinderi inovatoare și creative, precum și investitori și furnizori de servicii de asistență pentru întreprinderi, cum este cazul, de exemplu, pentru industriile creative și culturale.

1-159-000

Miroslav Mikolášik (PPE) - Inteligentná špecializácia a vytváranie sietí excelentnosti pre účinnú politiku súdržnosti, to je niečo, čo môže rozhodujúcim spôsobom pomôcť našim regiónom. Lepšie hospodárenie s disponibilnými prostriedkami ide ruka v ruku so špecializáciou na určité presne vymedzené priority, vďaka ktorým bude môcť daný región získať konkurenčnú výhodu.

Výskum a inovácie sú budúcnosťou európskych regiónov, ktoré musia konštruktívne zhodnotiť svoje prednosti a slabiny. Inteligentná špecializácia má, prirodzene, prispievať k rozvoju dotknutého regiónu v ekonomickom i sociálnom zmysle.

Stratégie špecializácie preto musia byť demokraticky stanovené na základe odbornej analýzy obohatenej o verejnú diskusiu so zainteresovanými stranami a občianskou spoločnosťou, prirodzene. Jednotlivé priority by v žiadnom prípade nemali byť diktované centrálné bez konštruktívnej konzultácie s adresátmi žijúcimi v regióne.

1-160-000

María Irigoyen Pérez (S&D). - Señor Presidente, Comisario, especialización, es decir, cohesión inteligente.

No hay ninguna duda de que el futuro de Europa va ligado a su competitividad, necesaria para crecer y generar empleo. Por ello, obligado, el apoyo firme y decidido al desarrollo de la investigación científica, al desarrollo tecnológico y a la innovación.

Es cierto que la escasez de recursos obliga a los responsables nacionales y regionales a concentrar sus esfuerzos en sus potenciales activos, contando con todos los actores para promover el éxito de la estrategia inteligente.

Sabemos que la mejora de la investigación va ligada a la inversión económica. Por tanto, quiero lamentar, una vez más, que mientras Europa subraya la importancia de invertir en I+D+I, mi país, que cuenta con excelentes investigadores e investigadoras, recorte la inversión hasta límites de hace cinco años, perdiéndose todo el esfuerzo anterior de 2000 a 2008; un esfuerzo sin precedentes para acortar la distancia con nuestros vecinos.

Es necesario, por tanto, recordar que, reforzando la I+D+I, reforzamos la competitividad.

1-161-000

Ivana Maletić (PPE). - Gospodine predsjedniče, zahvaljujem izvjestitelju. Drago mi je što je u izvješću nekoliko puta posebno podcrtano da je izrada strategije pametne specijalizacije važna ne zato što je to preduvjet za korištenje europskih fondova, nego zato što ta strategija osigurava državama, odnosno regijama, dugoročan i održiv rast i razvoj.

Ono što je bitno kod strategija pametne specijalizacije na razini regija traže se da utvrde koje su to njihove dobre snage, koji su to potencijali na koje se trebaju fokusirati da bi se onda kvalitetno razvijali. Ali važno je kako će utvrditi te potencijale i to je posebno ono što se meni u pametnoj specijalizaciji sviđa, to znači u suradnji sa svim segmentima društva. Lokalne jedinice, zajedno sa znanstvenicima, zajedno sa neprofitnim organizacijama, zajedno sa poduzetnicima pronalaze koja su najbolja rješenja za njihov rast i razvoj i to je ono što treba imati na umu.

1-162-000

Seán Kelly (PPE). - Mr President, it is a pleasure to say a few words on this very important topic. I think one of the words continuously repeated here in Parliament over the last few years is 'smart' – smart grids, smart meters, everything nowadays is supposed to be smart – and I suppose that the opposite to smart is being unwise, or perhaps even stupid.

So in one sense this is a no-brainer. Obviously we have to utilise European funds to the best possible advantage to do research – particularly in regions – with cooperation from the various stakeholders to get the best possible results. This applies right across all fields, and particularly so nowadays, as we have seen the ill-effects of the economic crisis and the often unwise or stupid decisions that were made leading to that. So we have to be smart from now on. If we are, then we will also be efficient, and that is what taxpayers want.

1-163-000

(End of catch-the-eye procedure)

1-164-000

Janez Potočnik, Member of the Commission. – Mr President, the Commission would like to thank the rapporteur, Mr Winkler, for his valuable report on smart specialisation. We share the conclusions of the report. I cannot touch on all these conclusions in this short presentation, but let me highlight two which are particularly relevant for this moment in time, in preparation for the next programming period (2014-2020).

Firstly, priority-setting and new forms of governance. We have noticed that the ex-ante conditionality linked to the research and innovation strategies for smart specialisation in

the Cohesion Policy Regulations has already led to a new quality and dynamic in horizontal inter-ministerial cooperation and to closer involvement by universities and businesses in the development of regional strategies, partnership agreements and operational programmes.

But I would like to thank you in particular for emphasising that the smart specialisation conditionality is not a statutory formal obligation. Only through real commitment to economic transformation and real partnership between administration, business, academia and civil society can we kick-start the microeconomic engine and mobilise the innovation potential of all the regions.

Our ambition is for every euro spent on cohesion policy in the next seven years to be strategically targeted and result-oriented. This is why smart specialisation strategies are one of the main pillars of the reformed cohesion policy.

We are guided by the conviction that you cannot dictate innovation, you can only cultivate it. Research and innovation strategies for smart specialisation provide for a new economic rationale for public-private partnerships and operationalising. This should be a game-changer based on a new culture of cooperation and governance – what we call an entrepreneurial discovery process.

Secondly, concerning the step-up advice. Your report highlights the positive impact of the advice that we provide to help with this process, in particular through the smart specialisation platform managed by the Commission's Institute for Prospective Technological Studies in Seville.

The platform now has 160 regions registered from all the European Union Member States plus Norway, and 14 countries registered at national level which cooperate with this platform. Platform activities will be continued and stepped up for two more years.

The Institute will in future intensify and fine-tune its mapping of the emerging smart specialisation areas. This is essential in assisting the regions in identifying possible cooperation partners for more trans-regional activities. It will also manage the two pilot projects of this Parliament: the one on widening participation in Horizon 2020 and the one on smart specialisation in Greece.

In addition, the Directorate-General for Regional Policy has already signed more than 100 contracts to provide specific smart specialisation advice to countries and to regions. International organisations like the OECD and the World Bank have recognised the importance of smart specialisation in economic development and are becoming engaged in supporting some Central and East European countries.

The Commission is of the opinion that the concept of smart specialisation will help Europe's regions to strengthen their innovation capacity and their ability to reap the benefits of innovation for economic growth and also for jobs.

1-165-000

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 14 January 2014.

21. eHealth Action Plan 2012-2020 (short presentation)

1-167-000

President. – The next item is the report by Pilar Ayuso, on behalf of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, on the eHealth Action Plan 2012-2020 – Innovative healthcare for the 21st century (2013/2061(INI)) (A7-0443/2013).

1-168-000

Pilar Ayuso, Ponente . – Señor Presidente, Señor Comisario, en primer lugar quiero agradecer a los ponentes alternativos su colaboración. Quiero también agradecer a las dos direcciones generales implicadas de la Comisión el apoyo que he tenido a la hora de esclarecer dudas y, desde luego, lo que deseo fundamentalmente es felicitar a la Comisión por esta iniciativa y plantear este debate que, hoy por hoy, realmente no es urgente, pero que responde a la necesidad de que la Unión Europea tenga prevista la posibilidad de establecer unos sistemas de salud basados en la comunicación electrónica y en el intercambio de datos clínicos.

Los sistemas sanitarios de la Unión Europea se están enfrentando a grandes retos como consecuencia del incremento de la población, también del envejecimiento, de la movilidad de los pacientes —no solo de los pacientes, sino de los profesionales sanitarios—, y hay que añadir a esto unos presupuestos sanitarios también cada vez más limitados.

Estoy convencida de que la salud electrónica puede ser el medio para mejorar la calidad y la eficacia de la asistencia sanitaria en la Unión Europea, facilitando el trabajo a los profesionales de la salud, mejorando el acceso de las personas que viven en zonas remotas a las prestaciones sanitarias y reduciendo los períodos de espera y también la repetición de pruebas diagnósticas.

Es primordial que se tenga en cuenta el punto de vista de los profesionales sanitarios y los pacientes, que van a ser los protagonistas del sistema. Es fundamental también que tanto los pacientes como los profesionales sanitarios crean en los beneficios de la salud electrónica y, para ello, tenemos que proveerles de seguridad jurídica en lo que respecta a la protección de datos.

Si queremos que la implantación de los servicios de salud electrónica en el futuro sea un éxito en el plano técnico, es necesario lograr una estandarización técnica y una interoperabilidad de los sistemas sanitarios europeos, así como una definición a nivel de la Unión Europea de los esquemas de certificación y autenticación.

Por último —y muy importante—, es esencial que nuestro objetivo principal a la hora de desarrollar estos proyectos sea el interés de los pacientes, ya que no podemos olvidar que el acceso a una asistencia sanitaria de calidad es un derecho fundamental reconocido.

1-169-000

Catch-the-eye procedure

1-170-000

Petru Constantin Luhan (PPE). - Domnule președinte, vorbim de un plan de acțiune extrem de important. În ultima vreme, constatăm că discrepanțele între statele membre în ceea ce privește, în special, infrastructura de sănătate, dar și accesul la medicină și tratament inovatoare sunt extrem de mari și sunt într-o continuă creștere, din păcate. De aceea,

consider că acest plan de acțiune 2012-2020 pe sănătate la nivel european ar trebui să ia în considerare și faptul că unele țări au nevoie nu doar de bani pentru a implementa noi proiecte, ci au nevoie și de cunoștințe, transfer de cunoștințe de la un stat modern, dezvoltat la statele noi aderate, în special.

Avem nevoie de un sistem de e-learning pentru doctori și pentru asistente și, în același timp, în țări ca România, avem nevoie de bani investiți în infrastructura spitalicească, pentru ca cetățenii europeni, care nu sunt de mâna întâia și de a doua, să se bucure de același tratament și de aceleași condiții în ceea ce privește sănătatea lor.

1-171-000

Biljana Borzan (S&D). - Gospodine predsjedniče, donošenje novog akcijskog eHealth plana u konačnici će proizvesti nedvojbene ekonomske i organizacijske koristi, no informatizacija zdravstva može možda imati najveći doprinos u uključenosti pacijenta u proces liječenja i prevenciju. Ipak, valja upozoriti kako veća protočnost informacija može dovesti do ugroženosti povjerljivosti odnosa između liječnika i pacijenta i to se nikako ne smije dogoditi.

Dio kolega iz Odbora za javno zdravstvo, među kojima sam i ja, ukazao je na to da se veća pozornost mora posvetiti reguliranju brojnih medicinskih mobilnih aplikacija. Smatram da se radi o sivom području u kojem još nema ujednačene prakse, a potencijalne koristi i štete mogu biti velike.

Iz tog razloga pozdravljam uključenje naših amandmana u ovaj dokument i nadam se da će Komisija što prije otvoriti široku raspravu o mobilnim zdravstvenim aplikacijama.

1-172-000

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). - Señor Presidente, quiero agradecer el trabajo realizado en este informe, del que subrayo su apuesta por la igualdad y al que añadiría cuatro matices.

Los principales usuarios potenciales de las prestaciones sanitarias son personas de edad, vulnerables y con problemas de alfabetización y acceso al mundo digital, y superar esta realidad requiere intervenir para eliminar estos problemas en estos colectivos, además de una transformación cultural profunda de las organizaciones sanitarias.

El esfuerzo en salud digital debe ser integral e incorporar otros sistemas de asistencia relacionados o complementarios, como los servicios de asistencia social.

El respeto del principio de subsidiariedad, porque en casi toda Europa las competencias y prestaciones de servicios sanitarios están descentralizadas y hay experiencias muy innovadoras, regionales o locales, que son referencia en la materia, como la «e-rezeta», el consejo sanitario o la teleasistencia en Euskadi.

Finalmente, respeto también de la diversidad lingüística, pues la correcta comunicación es básica para una buena atención del servicio sanitario.

1-173-000

Ruža Tomašić (ECR). - Gospodine predsjedniče, u vremenu u kojem informacijske i komunikacijske tehnologije dostižu svoj vrhunac i postaju sve važniji kotačić u svakodnevnom funkcioniranju modernog čovjeka i društva svakako je potrebno uključiti ih u zdravstveni sustav te ga tako učiniti dostupnijim i učinkovitijim.

Ovakav pristup dugoročno bi trebao smanjiti troškove i olakšati sustav od administrativnog opterećenja koje ga često usporava i čini manje efikasnim. Drago mi je da izvjestiteljica naglašava važnost zadržavanja humane komponente u sektoru zdravstva jer je ona doista nezamjenjiva.

Glavne nedoumice koje se nameću su evidentni problemi pri implementaciji i zaštiti sigurnosti podataka. Držim kako moramo uzeti u obzir nejednaki stupanj tehnološkog razvoja država članica, kao i razlike u ustroju i učinkovitosti nacionalnih zdravstvenih sustava, te prilagoditi ovaj plan toj realnosti kako bi i siromašnije članice dobile priliku unaprijediti zdravstvenu skrb koju nude građanima.

1-174-000

Nikola Vuljanić (GUE/NGL). - Gospodine predsjedniče, ovo je dobar potez, ovo je sjajan „report“ i sjajna ideja. Ali u mnogim europskim zemljama građani procjenjuju da je stupanj korupcije najveći upravo u zdravstvu. Pa zašto?

Zdravlje jest i mora ostati ljudsko pravo i plaćanje zdravlja je korupcija samo po sebi, korupcija per se. Ljudska prava, naime, ne mogu se plaćati. Krivi, jasno, nisu liječnici, nego sustav u kojem se mogu liječiti samo oni koji to mogu platiti ili pristupiti nekoj tehnološkoj inovaciji. Slučajevi sramotnog uništavanja dijela javnog zdravstvenog sustava i njegove privatizacije u režiji vlada i kompanija sramotan su primjer, a takvih primjera ima u svim zemljama, udara na ovo temeljno ljudsko pravo. To nije moja Europa.

Pored svega korisnog što radimo i ovim dokumentom, očekujem da ovaj Parlament u svom sljedećem sastavu ozbiljnije raspravi o zaustavljanju daljnje privatizacije zdravstva i stvaranju uvjeta da zdravlje postane dostupno svima i pod jednakim uvjetima.

1-175-000

Davor Ivo Stier (PPE). - Poštovani g. predsjedniče, pozdravljam izvješće kolegice Ayuso. Mislim da se digitalizacija zdravstvenog sustava doista pokazala kao alat kojim se postižu značajne uštede, ali se istovremeno omogućuje pacijentima i brži i transparentan pristup podacima. Na primjer, u Hrvatskoj u siječnju 2011. uveden je sustav e-receptata, a kasnije su uvedene i e-putnice, no zatim se 2012. i nadalje nekako usporio razvoj e-zdravstva. Stoga podržavam ovaj akcijski plan Komisije i ovo izvješće, a posebice one dijelove koji se bave sprečavanjem još većeg produblivanja jaza dostupnosti zdravstvenih usluga među građanima Europske unije. Moramo doista intenzivnije raditi na širenju pristupačnosti širokopojsnih usluga u udaljenijim područjima i na taj način omogućiti svim građanima Europske unije jednak pristup e-zdravstvu.

1-176-000

Silvia-Adriana Țicău (S&D). - Tehnologiile informației și comunicațiilor aplicate în domeniul sănătății și al sistemelor de asistență medicală pot spori eficiența acestora, îmbunătăți calitatea vieții și debloca potențialul existent în materie de inovare pe piețele serviciilor medicale. Pentru dezvoltarea sistemelor de e-Sănătate este necesară promovarea unor standarde europene, pentru ca sistemele să fie interoperabile, cu scopul de a garanta eficacitatea lor la nivel european.

Este important să se ia măsuri pentru a remedia decalajul digital dintre diversele regiuni ale statelor membre și pentru a asigura că accesul la serviciile de e-Sănătate și utilizarea lor nu creează inegalități sociale sau teritoriale, astfel încât toți cetățenii Uniunii să beneficieze

de aceste servicii. Sistemele inteligente de transport sunt deosebit de importante pentru domeniul e-Sănătate.

Solicităm Comisiei și statelor membre să acorde o atenție deosebită competențelor digitale și formării tehnice a femeilor și, în special, a femeilor în vârstă, pentru a se asigura că instrumentele de e-Sănătate, în special telemedicina, sunt cu adevărat eficiente și accesibile pentru întreaga populație.

1-177-000

Diane Dodds (NI). - Mr President, firstly I want to put on record to this House that I believe that healthcare is primarily a matter for the Member State, and that therefore there is an issue of subsidiarity which must be recognised by the House.

However, I am very pleased to report to the House tonight the improvements in e-health and the innovations in my constituency in Northern Ireland. The innovations are such that we were delighted to welcome Commissioner Borg last year to look at the remote monitoring of patients and the new system of access to patient records.

These are hugely important steps forward in healthcare provision within Northern Ireland. Having better access to information, particularly patient information, enables improved speed of diagnosis and more efficient treatment. Northern Ireland is a rural community, and in that rural community many patients with long-term chronic illnesses are now being monitored remotely so that their health is better catered for, and patient times and doctors' surgeries are less necessary.

1-178-000

Ivana Maletić (PPE). - Poštovani g. predsjedavajući, novi akcijski plan za e-zdravlje kvalitetna je inovacija na razini Europske unije. Kako osigurati jednak pristup zdravstvenoj zaštiti briga je svih država članica. U uvjetima krize sve javne usluge se u kontekstu fiskalne konsolidacije smanjuju i manje su pristupačne svima. U području zdravstva e-zdravlje jedno je od rješenja, ali za njegovu provedbu neophodna je digitalizacija države te edukacija o korištenju informacijskih tehnologija. Uz informatičku pismenost i širokopojasni pristup Internetu, viša razina znanja o zdravlju omogućit će osobama koje žive u udaljenim rijetko naseljenim krajevima pristup točnim informacijama, preventivnim zdravstvenim mjerama te liječničkom savjetu dostupnom pomoću Interneta i zbog toga podržavam inicijativu danu kroz ovaj akcijski plan.

1-179-000

María Irigoyen Pérez (S&D). - Señor Presidente, Señor Comisario, el derecho a una asistencia sanitaria de calidad es un derecho fundamental reconocido. Por ello, el futuro Plan de acción sobre la salud electrónica debe concentrar sus esfuerzos y escasos recursos en dos objetivos: garantizar un mejor acceso a los servicios sanitarios y una mayor igualdad entre los ciudadanos europeos, acabar con las desigualdades y los agravios comparativos y reforzar los derechos de los pacientes.

Para lograrlo, es necesario involucrar y apoyar a los profesionales de la salud, los pacientes y sus organizaciones en la puesta en marcha de este plan de acción, cooperar y coordinar con los diferentes sistemas europeos, y preservar la dimensión humana y centrada en el paciente, teniendo en cuenta el envejecimiento de la población europea.

Por último, quisiera hacer un llamamiento a las autoridades del Gobierno de mi país —España— para que rectifiquen y paralicen las privatizaciones sanitarias, que van encaminadas a defender los exclusivos intereses empresariales, en detrimento de los derechos de los pacientes. Por ello pido al Presidente de mi país —el señor Rajoy— que concentre sus esfuerzos en mejorar y reforzar el sistema público de salud, patrimonio de todos los españoles y que no debe cuestionarse ni estar en manos privadas. Reforcemos el pilar del Estado de bienestar y de la cohesión social.

1-180-000

Seán Kelly (PPE). - Mr President, if, as I said a while ago, 'smart' has been the key buzzword around here over the last couple of years, then 'e' is the key buzz letter. We have spoken regularly about e-commerce, e-banking, e-learning and, tonight, of course, e-health – which has tremendous potential, for both patients and practitioners.

I have attended a number of seminars on the subject in recent years. The Netherlands, in particular, was quick off the mark in this field. E-health is now becoming more available and, quite rightly, is being taken more seriously in many areas. The benefit of e-health is that – in certain circumstances at least – the patient can go to the doctor without actually going to the doctor physically. That, of course, brings into question one thing which we have to be very careful about, and which the rapporteur mentioned: namely, data protection. I am involved in the discussions on this, and we have to get the balance right between protecting the data of consumers and enabling research by the medical professions so that we can develop cures to many of our common diseases.

1-181-000

(End of catch-the-eye procedure)

1-182-000

Janez Potočnik, *Member of the Commission .* – Mr President, first of all I would like to thank the rapporteur, Ms Pilar Ayuso, for her constructive and positive approach to the eHealth Action Plan for 2012-2020. The report adopted underlines and strengthens the common vision on e-health at the European Union level. The Commission welcomes the views of Parliament and is considering the various recommendations of this report.

We support the deployment of e-health solutions and thereby a better quality of life for European citizens through high-quality healthcare, and we particularly welcome the emphasis on the importance of interoperability of e-health systems and the need for the Commission to take a leading role in establishing international standards and the European Union eHealth interoperability framework. Such a framework is necessary for deploying interoperable cross-border e-health services. It will also help in the uptake of e-health products and services throughout the European Union.

The recommendations aiming to ensure data security in the health field deserve particular attention, considering the sensitivity of this issue and the need to increase users' trust. The e-health network established under the Directive on patients' rights in cross-border health care is progressing well. The idea of including regions and local authorities responsible for e-health deployment expressed in the report is interesting. However, the Directive superficially stipulates that participants in the e-health network should be national authorities designated by the Member States.

Promoting health and digital literacy is essential if citizens are to accept e-health solutions, and it is true that greater efforts will be required in the future as part of the action plan. We have to recognise that Member States need to have more competences and also more means to address this task.

The Commission understands the call for the continued funding of this fast-growing sector, not only with research and innovation funding under Horizon 2020 but also through the Connecting Europe facility to support the large-scale deployment of cross-border services.

We share the ambition for national, regional and local authorities to make effective use of the European Union funding, but not to the detriment of funding for traditional health services. The Commission will be happy to report every two years, as foreseen, on the progress of the implementation of its own actions under the Action Plan. The call on Member States to develop an adequate legal framework regarding reimbursement criteria in the context of e-health is strongly supported by the Commission, together with data security. This is critical in ensuring the wider uptake of e-health in the Member States by professionals and patients.

1-183-000

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 14 January 2014.

22. Food crisis, fraud in the food chain and the control thereof (short presentation)

1-185-000

President. – The next item is the report by Esther de Lange, on behalf of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, on the food crisis, fraud in the food chain and the control thereof (2013/2091(INI)) (A7-0434/2013).

1-186-000

Esther de Lange, Rapporteur. – Voorzitter, terwijl de meeste collega's overduidelijk aan de avondmaaltijd zitten, wil ik toch heel kort de aandacht vragen voor het belangrijke thema voedsel fraude, waarover we morgen stemmen. Uiteraard wil ik in eerste instantie de andere fracties, de schaduwrapporteurs met name, danken voor de goede samenwerking tot nu toe. Dat leidde tot steun om dit verslag te gaan schrijven en ook tot unanieme aanname van dit verslag in de Commissie milieu en volksgezondheid.

Het is de eerste keer dat het Europees Parlement zich met dit verslag na een aantal schandalen, waaronder het paardenvleeschandaal vorig jaar, buigt over het fenomeen voedsel fraude. Het eerste probleem waar je dan tegenaan loopt, is het gebrek aan vergelijkbare data om een goede inschatting te maken van de exacte omvang van het probleem. Op basis van academische onderzoeken - de weinige die beschikbaar zijn - van Europol-interventies en van gesprekken met de betrokken sectoren, weten we wel om welke producten het gaat, zoals vlees, olijfolie, wijn, bioproducten, maar zelfs koffie en thee worden genoemd.

We weten ook dat er in de Europese Unie miljarden gemoeid zijn met het fenomeen voedsel fraude en we krijgen signalen dat ook de georganiseerde criminaliteit zich ervoor begint te interesseren. Maar er is een grote noodzaak om het probleem nog beter in beeld te krijgen en dat is dan ook meteen onze eerste eis.

In tegenstelling tot de Verenigde Staten bijvoorbeeld, meneer de commissaris, heeft de Europese Unie nog geen gemeenschappelijke definitie van voedsel fraude. En die moet er snel komen om op basis daarvan verder te werken. Het verslag levert daartoe een eerste aanzet. Kortom de aanpak van voedsel fraude in de Europese Unie staat nog in de kinderschoenen en is lange tijd eigenlijk een blinde vlek geweest van nationale en Europese instanties. Zeker die fraudegevallen die geen directe gevolgen hadden voor de volksgezondheid. Uiteraard is en blijft de bescherming van de volksgezondheid van Europeanen de hoogste prioriteit.

Maar ook andere gevallen van voedsel fraude vragen om aandacht, omdat deze rotte appels het verpesten voor de grote meerderheid van boeren, van bedrijven, van tussenpersonen die zich wel aan de regels houden. Die rotte appels verpesten ook het vertrouwen van consumenten in voeding en voedingsinformatie. In mijn lidstaat, Nederland, bijvoorbeeld geeft één derde van de consumenten aan dat ze etiketten van voedingsmiddelen niet meer vertrouwen. Dat lijkt me voor de hele sector een ernstige zaak.

Het risico van voedsel fraude wordt mede bepaald door de pakkans en de potentiële winst die je met fraude kunt behalen. De pakkans moet dus omhoog en de straf moet afschrikwekkender worden. Ik geef u het voorbeeld van het paardenvleesschandaal in Ierland. Vier bedrijven waren daarbij betrokken. Drie bedrijven begingen de fraude net buiten de grens van het Ierse grondgebied. Blijft één bedrijf over die de Ieren potentieel kunnen vervolgen. Vervolgens is de maximale boete, als ze dat bedrijf al kunnen vervolgen, 30 000 euro, terwijl met één container paardenvlees omgelabeld als rundvlees de winst 65 000 euro is.

Ik denk dat dat Ierse voorbeeld heel erg goed laat zien wat er moet veranderen in de Europese Unie. Allereerst strengere straffen. Wat ons betreft minstens twee keer de potentiële winst die je kunt behalen met fraude. En mensen die keer op keer de fout ingaan, raken wat ons betreft hun vergunning kwijt.

Ten tweede slimmere controles. En dat is niet alleen kwestie van meer geld, al zijn wij wel ernstig bezorgd over de bezuinigingen die keer op keer ook in lidstaten op controlediensten worden toegepast. Maar het vraagt ook om een andere aanpak, minder voorspelbaar, een meer politie-achtige aanpak dan een ambtelijke aanpak, zoals dat bijvoorbeeld al gebeurt in Denemarken en in Italië. Betere grensoverschrijdende samenwerking ook via Europol, via een *rapid alert system* van de Europese Commissie. De 28 puzzelstukjes van nationale controle moeten veel beter in elkaar passen om één beeld te geven in heel Europa.

Betere informatiestromen door de productieketen heen, zeker bij handelaars en tussenschakels. Maar ook natuurlijk het verantwoord ondernemen van supermarkten. Keer op keer zeggen dat het goedkoper moet, levert niet altijd kwaliteit op.

Voorzitter, ik rond af met een opmerking over de herkomstetikettering van vlees, want daar zal een groot deel van het debat over gaan. En het verslag zegt heel erg terecht dat herkomstetikettering *an sich* geen instrument is om fraude te bestrijden. Sterker nog, je zou wel eens met die herkomstetikettering kunnen frauderen.

Maar aan de andere kant kan die er wel voor zorgen dat de mensen beter nadenken over waar hun ingrediënten vandaan komen, zeker een kwetsbaar product als vlees. Het verslag zegt dus: Europese Commissie, kom ook met voorstellen als het gaat om vlees als ingrediënt, maar heb daarbij oog voor een *impact assessment* en vermijd daarbij administratieve rompslomp.

Al met al denk ik een uitgebalanceerd verslag en ik kijk uit naar de reacties van de collega's en de stemming morgen.

1-187-000

Catch-the-eye procedure

1-188-000

Sari Essayah (PPE). - Arvoisa puhemies, vaikka tämän päätöslauselman alulle paneva sysäys on ollut hevosenlihakohu, niin valiokunta ja esittelijä ovat tehneet aivan oikein halutessaan nostaa esille ne rakenteelliset ongelmat ja puutteet, joita elintarvikeketjujen valvonnassa on koko EU:n alueella.

Tänä päivänä elintarviketurvallisuus on paremmalla tasolla kuin koskaan aiemmin – esimerkiksi ihmiset sairastuvat ruokamyrkytyksiin yhä harvemmin – mutta kuitenkin kuluttajien luottamus elintarvikeketjun merkintöihin on erittäin heikko. Elintarvikkeitahan myydään nimenomaan mielikuvilla puhtaudesta, alkuperästä, tuotantotavasta, ja siksi niitä väärentämällä pyritään hankkimaan taloudellista hyötyä. Vaikka EU-asetuksella on säädetty pakkausmerkinnöistä ja siitä, että ne eivät saa johtaa kuluttajia harhaan, käytännössä tämän säännöksen soveltaminen vaihtelee kuitenkin huomattavasti maasta toiseen ja samoin tarkastusten tiheys. Valvonnan tulisikin siis koskea terveyden ja turvallisuuden lisäksi myös elintarvikepetoksia, ja mietinnössä aivan oikein vaaditaan sille yhtenäistä määritelmää.

1-189-000

Tonino Picula (S&D). - Poštovani g. predsjedniče, podržavajući izvješće o prehrambenij krizi i prijevarama u prehrambenom lancu i njegovoj kontroli ističem činjenicu kako je povjerenje potrošača osobito narušeno nakon skandala s konjskim mesom. To povjerenje potrebno je obnavljati konzistentnim mjerama. Pozdravljam odlučnost izvjestiteljice de Lange u borbi protiv prijevara u prehrambenij industriji jer premda postoji zakonodavni okvir na razini cijele Europske unije, prehrambena kriza pokazuje da smo suočeni s ozbiljnim nedostacima u operativnom dijelu provedbe zakona.

Hrvatska je do nedavno samostalno vršila kontrolu uvezenih prehrambenih proizvoda prilikom prelaska granice. Danas je hrvatsko tržište kao dio jedinstvenog tržišta otvoreno prema proizvodima iz svih dijelova Europske unije pa postoji mogućnost da se iznevjeri povjerenje hrvatskih potrošača. Proizvodi poput ribe, maslinovog ulja i mlijeka na popisu su proizvoda s visokim rizikom od prijevara u industriji. Kako se ti proizvodi u velikim količinama traže i unutar granica Hrvatske, snažno podržavam prijedlog rezolucije radi donošenja efikasnijih mjera za bolju kontrolu i borbu protiv prijevara u tako važnoj industriji.

1-190-000

Ruža Tomašić (ECR). - Poštovani g. predsjedniče, prevare u prehrambenom lancu problem su s kojim se moramo oštro obračunati. Osim što ruši ugled cjelokupnom poljoprivredno-prehrambenom sektoru i izaziva rast nepovjerenja u zajedničko tržište, ova je vrsta kriminala opasna i za zdravlje građana. Zbog gospodarske krize i pada kupovne moći, uz sve rigoroznije tehničke zahtjeve prema proizvođačima koji su doveli do porasta troškova proizvodnje, broj prijevara je drastično porastao.

Apsolutno podržavam povećanje opsega nenajavljenih inspekcija i rigoroznije kažnjavanje prevaranata uključujući i najveće igrače na tržištu, naročito u distributivnom lancu, koji

su zbog sprege s vlasti često nedodirljivi. Uz kažnjavanje onih koji varaju trebali bismo primjereno nagraditi one koji proizvode sigurnu i kvalitetnu hranu, a koji često nisu konkurentni jer se radi mahom o malim obiteljskim gospodarstvima. Time bismo dodatno potaknuli poštene proizvođače čije nam je prisustvo na zajedničkom tržištu od najveće važnosti i vratili poljuljano povjerenje potrošača.

1-191-000

Seán Kelly (PPE). - A Uachtaráin, tá an t-ábhar seo an-tábhachtach mar tá an iomarca caimiléireachta i ngach aon ghné trasna na hEorpa ar fad. Luadh mo thír féin maidir le scannal fheoil na gcapall agus ba mhaith liom cúpla focal a rá faoi sin.

While the horsemeat scandal first came to light in Ireland, it must be said that the vigilance of the authorities there helped to identify it, and then good action by the 28 Member States across Europe helped to limit it and hopefully ensure that it will not happen again.

There are lessons to be learned, and Esther de Lange made a very important point when she mentioned penalties. Whatever penalties we have now, they should be doubled, trebled and maybe quadrupled. That in itself would dramatically reduce the possibility of this reoccurring.

Secondly, vigilance is highly important. Then there is the question of proper labelling and particularly the proper tracing of horses, just as there is for sheep and cattle – certainly in my country, where they can be traced from farm to fork. That should apply to everything.

1-193-000

Olga Sehnalová (S&D). - Pane předsedající, až kvůli skandálu s koňským masem a jeho rozsahu se snad konečně začne účinně řešit opakující se problém s kvalitou potravin a podvody v potravinovém řetězci. S podvodným označováním výrobků v Evropské unii musíme skoncovat. Spotřebitel musí mít jasné a přesné informace, z čeho je výrobek zhotoven, odkud pochází, co obsahuje. Pokud jsou informace mylné, musí následovat skutečně odrazující sankce. Vymáhání pravidel dosud příliš nefungovalo.

Já opakovaně upozorňuji na další klamání spotřebitelů, a to na problém dvojí kvality výrobků v různých zemích Evropské unie. Stejný obal, ale různé složení, bez jasného odlišení od originálu. Žádám jediné: prošetřit indicie spotřebitelských organizací i spotřebitelů samotných. Podnětů je příliš mnoho. Odpověď Komise byla bohužel dosud vždy stejná: pokud je bezpečnost těchto produktů v pořádku, pak kvalita je věcí relativní a v případě potravin otázkou chuťových a cenových preferencí. Je jen dobře, že se konečně začíná mluvit také o kvalitě, nejen o zdravotní nezávadnosti potravin. Bohužel až poté, co důvěra spotřebitelů byla silně podlomena. Krokům k jejímu navrácení musí být věnována opravdu nejvyšší pozornost.

Chtěla bych poděkovat paní zpravodajce a všem stínovým zpravodajům za vynikající zprávu.

1-194-000

PRESIDENZA DELL'ON. GIANNI PITTELLA*Vicepresidente*

1-195-000

João Ferreira (GUE/NGL). - Senhor Presidente, nos últimos anos sucederam-se os casos de fraude na cadeia alimentar perante o falhanço dos sistemas de controlo existentes. Da carne de cavalo, que passou por carne de bovino, à contaminação com dioxinas, passando pela entrada na cadeia alimentar de produtos derivados de animais clonados de forma não autorizada, pela adulteração de bebidas alcoólicas, pelos produtos anunciados como biológicos que não o são, entre outros exemplos.

São escândalos que denotam a fragilização crescente de princípios básicos de salvaguarda da saúde pública, dos direitos dos consumidores, da qualidade e segurança alimentares. Uma fragilização que se prende não apenas com insuficiências do quadro regulamentar e de controlo existente, mas que é sobretudo indissociável da crescente desregulação e liberalização das políticas agrícolas e comerciais, da conseqüente complexificação e aumento da extensão das cadeias alimentares, dos modelos de produção intensiva de cariz exportador que favorecem a grande agroindústria e aniquilam a pequena e média agricultura.

Não basta falar de regulação e controlo. Os escândalos continuarão – uns conhecidos, outros encobertos – enquanto estas políticas e estes modelos produtivos não forem profundamente alterados.

1-196-000

Krisztina Morvai (NI). - A téma az élelmiszerválság és az élelmiszercsalások. Természetesen a legkézenfekvőbb megoldás nem szerepel a bonyolult és hosszú jelentésben. Az, amit honfitársaimnak is ajánlok e helyről: fogjuk meg a kosarainkat szombaton délelőttöként, és ne a szemetet áruló multiláncok felé vegyük az irányt, hanem termelői piacra – Budapesten az úgynevezett MDF-piacot ajánlom a Komjádi uszoda előtt – és vegyünk kiváló minőségű, egészséges, magyar zöldséget, gyümölcsöt, húsarút, tejterméket, kenyeret ott, egy helyen, közvetlenül a termelőtől. Ezzel segítsük a vidék megélhetését is, az úgynevezett gazdasági szabadságharcot, és szolgáljuk a saját egészségünket is. Ne higgyük el azt a hazugságot, hogy drágább, mint az élelmiszerboltokban, illetve láncokban. Sokkal olcsóbb! Próbálják ki! Találkozzunk a termelői piacon szombat délelőttöként!

1-197-000

Sandra Petrović Jakovina (S&D). - Mr President, the EU has always emphasised the scope of consumer protection in health care as one of its priority policies. Recent food fraud is distorting not only consumer protection but, potentially, consumer health as well.

Consumers must be sure that what they find on the shelves of our grocery stores actually matches the declaration of content of those products. A considerable amount has been achieved. However, we are still witnessing what some entrepreneurs are capable of doing in order to make large profits. The recent case of the incorrect labelling of animal species is just one example. Even though these are usually isolated cases, once the fraud is discovered it has a strong influence on our conscience. Our consumers deserve more effective and more extensive control of the market, which would ultimately result in the prevention of such fraud.

1-198-000

Biljana Borzan (S&D). - Poštovani g. predsjedniče, svinjsko meso u prodaji kao govedina, lažno maslinovo ulje, pokvareno meso sa svježim deklaracijama. Dragi kolegice i kolege, ovo definitivno nije nešto o čemu bismo trebali raspravljati u Europskom parlamentu 2014. godine, no nažalost moramo jer razina povjerenja potrošača u prehrambenu industriju nikada nije bila niža. Za razliku od SAD-a, EU nema općeprihvaćenu definiciju prijevare s hranom, jedino Uredba br. 178/2002 propisuje kako je zabranjeno obmanjivati potrošače. To se mora promijeniti, kazne se moraju postrožiti, a povjerenje potrošača povratiti. U definiciju prijevare s hranom obavezno moraju ući slučajevi u kojima je kvaliteta istih proizvoda različita u starim i novim državama članicama. U jedinstvenoj Europi ne smije biti ni građana ni tržišta prvog i drugog reda. Stoga pozdravljam ovo izvješće i još jednom pozivam Europsku komisiju da se uhvati u koštac s onima koji se kockaju s našim zdravljem radi profita.

1-199-000

(Fine della procedura catch-the-eye)

1-200-000

Janez Potočnik, *Member of the Commission .* – Mr President, I would like to thank the rapporteur, Ms de Lange, and the shadow rapporteurs for their hard work in producing this report.

The Commission fully shares the view that combating food fraud is a priority if we want to maintain a high level of food safety, consumer confidence in food on the European Union market and the competitiveness of the European food industry.

Several initiatives have already been developed by the Commission following the discovery of the horsemeat fraud last year. These initiatives aim to increase awareness of food fraud and improve the capabilities of Member States to better prevent, detect and deter fraudulent activities along the food chain.

In particular, a food fraud network comprising the 28 Member States and the Commission has been established to ensure that action to fight potential food fraud is effectively coordinated across the European Union. A dedicated team has been created within the Commission's Directorate-General for Health and Consumers to coordinate actions within the network and to discuss with other agencies – for example, with Europol – how best to coordinate strategies in the fight against food fraud.

We are also working on further initiatives beyond the five-point Action Plan presented in March last year. The areas of work that have been identified are very much in line with the recommendations of the report before us today.

I would also point out that we are working on a second round of tests to detect the unlabelled presence of horsemeat. The report on which the honourable Members will vote this week is very useful to the Commission and will provide substantial food for thought for further initiatives. I need hardly add that the Commission will keep Parliament informed of future progress.

Concerning labelling the origin of meat, many initiatives are planned in the context of the new legislation on food information to consumers. These include (to complete the mandatory labelling of the origin of beef) a new regulation which has just been adopted

by the Commission to specify the modalities for mandatory labelling of the origin of pig, sheep, goat and poultry meat. As regards labelling the origin of meat used as an ingredient, a report opening the debate was adopted on 17 December 2013.

But while such initiatives might satisfy the demands for the labelling of origin, we must recognise that such measures cannot be considered a tool to prevent fraudulent practices. The horsemeat scandal could still have arisen even if origin labelling had been mandatory at that time for the foods in question.

Concerning cloning, on 18 December 2013 the Commission adopted two legislative proposals addressing animal welfare and ethical concerns relating to the use of the cloning technique. The first proposed directive would ban the use of the cloning technique in the European Union for farmed animals and would ban imports into the European Union of cloned animals. The second would ban food such as meat or milk from cloned animals from being placed on the European Union's market.

1-201-000

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 14 January 2014.

Written statements (Rule 149)

1-201-250

Paolo Bartolozzi (PPE), per iscritto. – La sicurezza alimentare e la tutela della salute dei consumatori sono da sempre state al centro dell'interesse dell'Unione Europea la quale vanta un quadro legislativo completo ed avanzatissimo in questi settori. A questi aspetti, tuttavia, si è aggiunta la questione correlata della frode alimentare, alla quale è stata rivolta un'attenzione sempre maggiore a seguito di gravi scandali e casi di etichettatura fraudolenta e di altre frodi alimentari che, oltre a porre serie minacce alla salute dei cittadini, hanno avuto serie ed estese ripercussioni sulla catena alimentare dell'UE. E' quindi emersa con chiarezza l'esigenza di una migliore sistemazione normativa della frode alimentare a livello europeo e, in particolare, della sua portata, nonché dei fattori che contribuiscono alla sua comparsa e delle possibili soluzioni, in modo da tutelare un settore che, con i suoi 48 milioni di posti di lavoro e un valore di 715 miliardi di euro all'anno, rappresenta uno dei settori portanti per l'economia dell'UE. L'interesse è quello di garantire una migliore e completa tutela della salute pubblica dei cittadini europei, nonché la loro libertà di scelta in campo alimentare.

1-201-500

Sergio Berlato (PPE), per iscritto. – La sicurezza alimentare, da sempre, rappresenta una priorità nelle politiche dell'Unione europea. Negli ultimi anni è stata rivolta un'attenzione sempre maggiore al fenomeno della frode alimentare a seguito dei casi di etichettatura fraudolenta degli alimenti e di altre frodi alimentari che hanno avuto ripercussioni sulla catena alimentare dell'Unione europea. Questi casi di frode alimentare hanno avuto un impatto negativo sulla fiducia dei consumatori creando un paradosso: il cibo è più sicuro che mai, ma la fiducia dei consumatori è bassa. Il problema principale è che l'Unione europea non dispone di una definizione generalmente riconosciuta di frode alimentare poiché il quadro legislativo europeo attualmente in vigore è incentrato in gran parte sulla sicurezza alimentare; ne consegue che la maggior parte delle attività di frode alimentare

non viene scoperta consentendo al fenomeno delle frodi alimentari di registrare negli ultimi anni crescenti tassi di crescita. Diviene prioritario, pertanto, pervenire a una definizione chiara e armonizzata a livello europeo di frode alimentare. Inoltre, a mio avviso, dovrebbe essere rafforzato il ruolo dell'Ufficio Alimentare e Veterinario nell'individuare casi di frode alimentare, così come le sue risorse. Da ultimo, dovrebbe essere rafforzata la collaborazione tra gli Stati membri nelle indagini transfrontaliere attraverso l'intervento dell'Europol.

1-201-750

Mark Demesmaeker (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Dagelijkse kost moet eerlijke kost zijn. Hoewel voedsel veiliger is dan ooit, stijgt het wantrouwen bij de consument. Het risico op fraude is het grootst wanneer de pakkans klein en de mogelijke winst groot is. Daarom heb ik vorig jaar al gepleit om vooral in te zetten op een betere handhaving van wetten, meer controles en zwaardere sancties. Ook het verkorten van de voedselketen door de promotie van streek- en seizoensproducten zoals Vlaanderen doet, is belangrijk. Fraudezaken blijven echter uitzonderingen, gelukkig maar.

Weloverwogen maatregelen zijn dan ook op hun plaats en steekvlampolitiek moet absoluut worden vermeden. Het is immers onaanvaardbaar dat het wangedrag van enkelen de hele levensmiddelensector in een slecht daglicht stelt. Bedrijven zijn dagelijks bezig om kwaliteitsvol en veilig voedsel op ons bord te brengen. Daar had onze resolutie meer de nadruk op mogen leggen. Zo ben ik niet overtuigd van alle vragen om meer bijkomende etikettering. Er bestaat al heel wat wettelijk potentieel. Realiteitszin is hier op zijn plaats: etikettering biedt geen pasklare oplossing voor noch een garantie op het voorkomen van fraude. Bovendien moeten we opletten voor administratieve lasten die ondernemen bemoeilijken, zeker voor de talrijke KMO's.

1-202-000

Robert Dušek (S&D), *písemně*. – Zpráva o potravinové krizi, podvodech v potravinovém řetězci a jejich potírání se dotýká nejen potravinové politiky, ale zejména také společné zemědělské politiky v EU. Velkým problémem současného trhu s potravinami je nerovnoměrné rozložení zisků a rizik. Farmáři a zemědělci jako producenti potravin podstupují každoročně rizika spojená s úrodou, počasím či zdravím zvířat. Výrobci potravin od nich vykupují za minimální ceny. V rámci distribuce dochází v potravinovém řetězci k mnohonásobnému zvýšení ceny a konečný zákazník uhradí za potravinu běžně o 100 až 200 % vyšší cenu, než jaká byla cena výkupní. Předložená zpráva reflektuje největší potíže na trhu s potravinami a nastiňuje možná účinná řešení problémů. Z tohoto důvodu věřím, že bude přijata v nezměněném znění. Pokud budou zemědělci získávat za své produkty férové a adekvátní ceny, pak nebudou závislí na dotačním systému a budou sami mnohem více konkurenceschopní. Konkurenceschopnost je hlavním cílem také nově schválené SZP.

1-202-500

Rareș-Lucian Niculescu (PPE), *în scris*. – Doresc să salut întregul raport, care se referă la preocupări importante din viața de zi cu zi a cetățenilor europeni, dar și la o provocare la adresa întregului sector al agriculturii și industriei alimentare. În special apreciez referirile la necesitatea instituirii unui sistem de etichetare aplicabil „agriculturii locale și vânzării directe”. Un astfel de sistem ar permite o mai bună informare a consumatorului, ar elimina de pe piață produse în mod fals promovate ca fiind locale sau tradiționale, ar crea o legătură durabilă între producător și consumator. Nu în ultimul rând, așa cum menționează textul

raportului, un astfel de sistem ar contribui la promovarea pietelor în cauză și i-ar ajuta pe agricultori să crească valoarea produselor lor. Consider că a încheia mandatul în curs fără a lăsa în urmă un astfel de sistem reprezintă un eșec atât pentru Comisie, cât și pentru Parlament. Poate, totuși, înainte de alegerile europene, vom reuși măcar să stabilim liniile directoare ale unei propuneri legislative pe această temă.

1-203-000

Pavel Poc (S&D), *pisemně* . – Členské státy Evropské unie mají ve světovém měřítku vysokou úroveň bezpečnosti a kvality potravin. V důsledku případů potravinových podvodů důvěra spotřebitelů výrazně poklesla. Kromě celoevropsky známé kauzy podvodů s přidáváním koňského masa do mletého hovězího se objevují v jednotlivých členských státech i jiné podvody, často ohrožující zdraví spotřebitelů, jako je přidávání farmakologicky účinných látek do doplňků stravy nebo manipulace s datem spotřeby. Vítám usnesení Evropského parlamentu volající po přísnějším přístupu v boji proti potravinovým podvodům. Myslím si však, že stále existuje prostor pro rozšíření palety nástrojů boje proti potravinovým podvodům. Nutné jsou nejen namátkové kontroly, jak navrhuje usnesení, ale také kontroly pravidelné a časté. Navrhované sankce ve výši dvojnásobku předpokládaného zisku z podvodných potravin jsou dle mého názoru jistým zlepšením oproti současné situaci. Lze se však odůvodněně obávat, že v některých případech ani tyto sankce nemusí mít dostatečný odstrašující efekt a je nutné uvažovat o uplatnění trestního práva.

23. Ispezioni sul lavoro efficaci come strategia per migliorare le condizioni di lavoro (breve presentazione)

1-205-000

President. – The next item is the report by Jutta Steinruck, on behalf of the Committee on Employment and Social Affairs, on Effective labour inspections as a strategy to improve working conditions in Europe (2013/2112(INI)) (A7-0458/2013).

1-206-000

Jutta Steinruck, *Berichterstatterin* . – Herr Präsident! Zunächst gilt mein Dank allen, die an diesem Bericht mitgearbeitet haben, insbesondere auch den Schattenberichterstattern. Nach neuesten Studien macht die Schwarzarbeit in der EU im Jahr 2012 bis zu 18,8 % des europäischen Bruttoinlandsprodukts aus, in einigen Staaten sogar über 30 %.

Unsere nationalen Arbeitskontrollbehörden haben dabei eine wichtige Rolle bei der Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten, aber auch bei der Förderung eines fairen Wettbewerbs in der EU. Sie schützen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, stärken aber auch gerade die ehrlich arbeitenden Unternehmen. Sie verhindern illegale Arbeitgeberpraktiken und Missbrauch, sie erhöhen das Steueraufkommen und kontrollieren Lohn- und Sozialversicherungszahlungen.

Leider sind unsere Arbeitskontrollen überall in Europa chronisch unterbesetzt, und es findet eine sehr schlechte grenzüberschreitende Kooperation statt. Die Realität heute in einem europäischen Arbeitsmarkt ist, dass wir viele Arbeitsverhältnisse haben, die über mehrere Ländergrenzen hinweggehen, und vielfach auch sehr lange Subunternehmerketten. Da ist es sehr schwierig für rein national agierende Arbeitsinspektionen, Missbrauch aufzudecken.

Deshalb haben wir in unserem Bericht eine Reihe von Forderungen aufgestellt. Wir sind der Meinung, die Rolle der Sozialpartner muss gestärkt werden. Wir haben da auch in Skandinavien sehr gute Beispiele, und es sind auch immer die Sozialpartner, die Missbrauch aufgedeckt haben. Wir brauchen den Schutz besonders betroffener Arbeitnehmergruppen. Wir brauchen eine viel bessere Weiterbildung unserer Arbeitskontrolleure. Wir brauchen harte Sanktionen bei Missbrauch und mehr Prävention. Und wir brauchen eine europäische Plattform für Arbeitsinspektoren.

Die Kommission soll unserer Meinung nach zumindest die Einführung einer europaweiten elektronischen Sozialversicherungskarte prüfen, ebenso wie ein europäisches Frühwarnsystem zwischen den Mitgliedstaaten. Wir fordern die Kommission auf, ein Grünbuch für Standards von Arbeitskontrollen zu veröffentlichen.

Ein faires und soziales Europa braucht auch die Einführung von Anti-Sozialdumping-Regeln in das europäische Wettbewerbsrecht. Wettbewerbsverstöße von Unternehmen werden ja schon längst von der Kommission geahndet, warum nicht auch unangemeldete Erwerbstätigkeit? Das ist doch ebenfalls eine Form von Wettbewerbsverzerrung. Die EU muss dem Missbrauch von Arbeitsrecht auf allen Ebenen ein Ende setzen, indem sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und auch den verschiedenen Verwaltungssystemen fördert und erleichtert.

Bei der morgigen Abstimmung hoffe ich darauf, dass alle Fraktionen so vernünftig sind, diesem Bericht, der wichtig für die Unternehmen und die Menschen in Europa ist, auch so zuzustimmen, und ihn nicht schwächen durch getrennte Abstimmungen, indem sie dann die Rolle der Sozialpartner beschneiden möchten oder auch Sozialdumping nicht als Wettbewerbsverzerrung definieren möchten. Wer das tut, ist kein Verfechter für ein soziales, aber auch kein Verfechter für ein wirtschaftlich faires Europa.

1-207-000

Procedura catch the eye

1-208-000

Joanna Katarzyna Skrzydlewska (PPE). - Panie Przewodniczący! Projekt rezolucji poświęcony skutecznym inspekcjom pracy zwraca naszą uwagę m.in. na te zagadnienia, które odnoszą się do konieczności zagwarantowania przynajmniej podstawowego poziomu bezpieczeństwa pracownikom nierejestrowanym, wykonującym swoją pracę bez zapewnienia nawet minimum osłony socjalnej. Niestety ciągle wysoki poziom bezrobocia szczególnie wśród ludzi młodych oraz efekty kryzysu gospodarczego, z którym nadal się borykamy w Europie, sprawiają, że wiele osób, chcąc zdobyć środki do życia, godzi się na gorsze warunki pracy oraz tzw. pracę na czarno. Skutkiem tego jest pozbawienie tych pracowników zarówno ubezpieczenia zdrowotnego, jak i emerytalnego zabezpieczenia na przyszłość. Powiększająca się skala tego zjawiska stanowi bardzo istotny problem społeczny, którego efekty będą się w przyszłości nasilały, dlatego dostrzegając te zagrożenia należy prowadzić działania zmierzające do wypracowania wspólnych praktyk służących ochronie pracowników przed podejmowaniem przez nich z konieczności niekorzystnej dla nich pracy nierejestrowanej.

1-209-000

Evelyn Regner (S&D). - Herr Präsident! Schwarzarbeit und Sozialdumping sind neben der hohen Arbeitslosigkeit sicherlich die Schreckgespenster in der Europäischen Union.

Daher ist es auch eine Grundaufgabe der EU, im Binnenmarkt dafür zu sorgen, dass mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschützt werden. Dazu brauchen wir ganz einfach effektive Arbeitsinspektionen.

Danke an Frau Steinruck für ihren guten, konstruktiven Bericht! Drei Punkte sind mir daraus besonders wichtig. Zunächst einmal: Die Kontrollbefugnisbehörde darf nicht eingeschränkt sein und muss sich auf alle Kategorien von Arbeitnehmern erstrecken. Weiters: Die Rolle der Sozialpartner soll nicht unterschätzt werden. Sozialpartner wissen, wie der Arbeitsmarkt funktioniert, und oft auch, wie er nicht funktioniert. Daher sollen sie möglichst eingebunden werden. Und der dritte Punkt: Umgehung darf sich schlichtweg nicht lohnen. Daher sollen Sanktionen auch spürbar sein für jene Unternehmen, die schließlich von dieser Wettbewerbsverzerrung profitieren.

1-210-000

Karima Delli (Verts/ALE). - Monsieur le Président, chers collègues, le progrès technique et la mondialisation des échanges commerciaux ont fragilisé les relations de travail. La sous-traitance, l'externalisation, la précarité, l'intensification du travail et le manque de sécurité de l'emploi ont dégradé les conditions de travail et, surtout, le respect du droit du travail.

Nous, députés écologistes, nous considérons que les inspections du travail sont indispensables au respect des travailleurs et de leur dignité. Nous regrettons l'incidence des coûts budgétaires, qui nuisent fortement à l'exercice des missions de ces inspections. La flexibilité, c'est toujours aux mêmes qu'on la demande. Nous, les écologistes, nous refusons d'être complices du nivellement par le bas des droits sociaux.

La résolution que nous voterons demain demande aux États européens de renforcer les inspections du travail avec plus de moyens, plus d'inspecteurs, ainsi que de garantir leur indépendance, gage de leur efficacité. Pour lutter contre la concurrence déloyale, notamment le fléau des faux détachements de travailleurs, nous demandons depuis 2011 la création du corps européen d'inspecteurs du travail. C'est une nécessité. Il faut aller plus loin: demain, nous demandons une stratégie européenne de santé et de sécurité au travail et je remercie Mme la rapporteure.

1-211-000

Claudio Morganti (EFD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, lo scorso mese a Prato si è verificata quella che ho definito una tragedia annunciata, proprio a causa di una palese mancanza di controlli sul lavoro, che io ho sempre denunciato anche in quest'Aula. Sette cittadini cinesi clandestini sono morti in maniera atroce, rimasti intrappolati nel rogo della fabbrica dove lavoravano, mangiavano e dormivano, ovvero nella più totale illegalità.

Per combattere situazioni come questa sono necessarie misure concrete, come lo era, ad esempio, la cosiddetta "norma Prato", di cui mi ero fatto promotore all'epoca, assieme all'allora ministro dell'Interno. Questa misura prevedeva la confisca dell'immobile e la responsabilità del titolare qualora fossero stati riscontrati abusi edilizi all'interno di un magazzino controllato. Tale provvedimento fu tuttavia ritirato all'ultimo momento, in fase di firma, e non ho mai capito bene le ragioni di tale scelta.

Senza controlli e provvedimenti efficaci e senza sanzioni certe, non riusciremo mai a eliminare il lavoro nero e sommerso, che distrugge le nostre aziende sane, quelle cioè che rispettano tutte le regole e gli standard economici, sociali e di sicurezza.

1-212-000

Krisztina Morvai (NI). - Bizony, nagyon örültem ennek a jelentésnek, amelyik arról szól, hogy munkaügyi felügyelők segítségével kell megvédeni a munkavállalói jogokat. Nagyon nagy szükség lenne erre például a posztkommunista országokban, az én hazámban Magyarországon is. Ugyanis a munkavállalók folyamatos rettegésben élnek. Ezt jobb, hogyha tudják kedves képviselőtársaim, itt az Európai Unióban. 250-300 eurókat keresnek havonta, az Önök honfitársai által fenntartott, gyarmatosító jellegű munkahelyeken, üzletláncokban, illetőleg primitív összeszerelő műhelyekben. Ezek az emberek bizony nem tudják a saját munkavállalói jogaikat megvédeni. Ugyanis a szintén nyugati bankok által kibocsátott devizahitelek terhei alatt nyögnek, rendkívül komoly problémáik vannak.

És a munkaadók, hogyha panaszkodni mernek a munkavállalók az elviselhetetlen viszonyokra, akkor azt mondják, hogy kérem szépen, el lehet menni, van ott 15 másik a maga munkahelyére. Felháborító, erkölcstelen, és kérem az Európai Uniót is, hogy ezzel szemben végre csináljon valamit. És kérem a magyar államot, hogy komolyan véve ezt a jelentést, a munkaügyi felügyelet eszközét sokkal szélesebb körben és sokkal komolyabban alkalmazza a munkavállalói jogok és az emberi méltóság megvédésére.

1-213-000

Ivana Maletić (PPE). - Gospodine predsjedavajući, mehanizmi inspekcije rada i dobro funkcioniranje u praksi važni su za zaštitu prava radnika. Da bi inspekcija rada kvalitetno funkcionirala mora biti dobro organizirana, u pravilu neovisna od javnih službi te imati dovoljno administrativnih kapaciteta i finansijskih sredstava za rad. Nedostatak kontinuirane edukacije i dovoljnog broja zaposlenih u inspekciji rada problem je u većini država članica. Od svih država članica traži se sustavan i ozbiljan pristup ovom području, traži se izrada akcijskih planova za jačanje inspekcija rada kako bi se učinkovito suzbile nepravilnosti i sprečavale zloupotrebe.

Od prvog dana ove godine u poteškoćama se našao inspekcijski nadzor u Republici Hrvatskoj. Dobro organizacijsko rješenje zasebnog tijela Državnog inspektorata ukinuto je, a inspektori su raspoređeni u nekoliko ministarstava. Podržavam ovo izvješće koje traži da država strateški razmisli kako poboljšati efikasnost inspekcije rada jer kada se postave jasni ciljevi i ozbiljno razmisli o aktivnostima koje je potrebno poduzeti, rješenje koje ide u smjeru rasipanja resursa u više ministarstava nikad ne bi bilo provedeno.

1-214-000

Tonino Picula (S&D). - Poštovani g. predsjedniče, podržavam prijedlog rezolucije izvjestiteljice Steinruck o učinkovitoj inspekciji rada. Unatoč ekonomskoj krizi smatram da ne smijemo dopustiti nastanak štetnih socijalnih promjena, stoga smo obvezni djelovati preventivno u svrhu zaštite ranjivih socijalnih skupina. Inspekcija rada je instrument za zaštitu radničkih prava i sprečavanje iskorištavanja radne snage. Upravo ova inicijativa potiče na zakonsku akciju na razini Europske unije kako bi inspekcija rada bila učinkovitija u borbi protiv neprijavljenog rada, osiguranju socijalne zaštite i sigurnosti radnog mjesta te, naposljetku, omogućila stabilne temelje za funkcioniranje jedinstvenog tržišta Europske unije.

Hrvatska je od 1. siječnja ove godine reformirala sustav inspekcije rada pri čemu mnoge novosti odgovaraju upravo prijedlozima ove inicijative. Inspektori su dobili veće ovlasti, a sustav inspekcije djelovat će kao prevencija nepoštovanja zakona, a ne kao represivni

aparāt. Reformom inspekcije rada treba postići veću učinkovitost, a time i smanjenje udjela sive ekonomije u bruto društvenom proizvodu Hrvatske.

1-215-000

Malika Benarab-Attou (Verts/ALE). - Monsieur le Commissaire, chers collègues, c'est le non-respect des législations sociales existantes qui est la cause du dumping social, et non l'Europe. Les violations des règles concernant les travailleurs détachés, par exemple, témoignent de la nécessité d'une inspection vigoureuse. Les inspections du travail doivent donc disposer de moyens financiers et de personnels suffisants pour remplir leurs fonctions de manière efficace.

Dans ce rapport, le Parlement européen souligne l'importance de l'indépendance de l'inspection du travail. Nous devons être vigilants. En France, par exemple, la réforme proposée par le ministre du travail et de l'emploi est critiquée par les syndicats des inspecteurs car elle risque de porter atteinte à leur indépendance dans le rapport de force face aux employeurs négligents.

Enfin, je soutiens la proposition de mise en œuvre d'une plateforme européenne des inspections du travail qui améliorera la coopération entre les États membres et qui devrait ainsi contrer la concurrence déloyale au sein de l'Union européenne.

1-216-000

Ruža Tomašić (ECR). - Poštovani g. predsjedniče, kao zastupnica iz Hrvatske u kojoj su radnici jedna od najugroženijih društvenih skupina mogu samo podržati podizanje učinkovitosti inspekcije rada. Vrijeme je da uz usavršavanje zakonodavnog okvira i na ovaj način stanemo na kraj neisplati plaća, dokidanju prava na plaćeni godišnji odmor i neplaćanju prekovremenih sati, što je u Hrvatskoj postalo praksa. Ipak zagovaram drugačiji pristup od izvjestiteljice, koja između ostalog predlaže i povećanje kadra u inspektoratima. Držim kako su preveliki nameti glavni razlog jačanja sive ekonomije, a daljnje bujanje javnog sektora može samo pogoršati taj problem jer će neosporno dovesti do povećanja poreznog opterećenja kako bi se moglo uzdržavati novi glomazni državni aparat. Na kraju balade će inspektori postati sami sebi svrha, a poslodavci će biti doslovno otjerani u područje sive ekonomije. Mlade Europljane ćemo tako dovesti u poziciju da karijeru grade ili u javnom sektoru ili u kriminalu, što naše države i ovu zajednicu vodi u sigurnu propast.

1-217-000

Sari Essayah (PPE). - Arvoisa puhemies, työllisyyden ja sosiaaliasioiden valiokunnassa on esittelijän johdolla haluttu nostaa esille työsuojeluvalvonnan tärkeys erityisesti nyt talouskriisin oloissa. Julkiset taloudet säästävät ja se vaikuttaa hyvin helposti siihen, että työsuojelutarkastusten määrärahoja vähennetään ja tarkastuksia myös harvennetaan. Toisaalta juuri kriisiaika houkuttelee tekemään enemmän pimeää työtä ja harmaa talous rehoittaa.

Mietinnössä annetaan toimintasuosituksia pimeän työn torjumiseksi ja työsuojeluviranomaisten työskentelymahdollisuuksien parantamiseksi, samoin nostetaan myös esille parhaita käytäntöjä eri maista.

Mietinnössä on otettu esille myös erityisen haavoittuvassa asemassa olevia ryhmiä kuten itsenäiset ammatinharjoittajat, vuokratyöntekijät ja kotitaloustyöntekijät. Tosin meillä eri poliittisilla ryhmillä oli vähän erilaisia näkemyksiä siitä, millä tavoin näitä ryhmiä voitaisiin

suojella parhaiten. On pidettävä mielessä se, että työsuojeluvallonta on aina viranomaistehtävä, eikä sitä voida antaa esimerkiksi ammattiyhdistysliikkeen hoidettavaksi.

On tärkeää muistaa se, että myös rehellinen yrittäjä hyötyy siitä, että työsuojeluvallonta on kunnollista.

1-218-000

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). - Sveikinu pranešėją parengus tikrai gerą pranešimą, kuriame pabrėžiamos darbo inspekcijų Europos Sąjungoje patiriamos problemos ir pateikiamos politinės rekomendacijos, kaip pažaboti nedeklaruojamą darbą ir padėti inspekcijoms veiksmingiau dirbti. Visiškai sutinku, jog nacionalinės darbo inspekcijos ir kitos atitinkamos institucijos turėtų parengti kovos su nedeklaruojamu darbu veiksmų planus, nes tik taip galėsime užtikrinti socialinę darbuotojų apsaugą. Nedeklaruojamas šešėlinis darbas iškraipo konkurenciją, sukelia socialinio dempingo grėsmę, ir galiausiai dėl to labiausiai nukenčia darbuotojai, ypač savarankiškai dirbantys, namų ūkio darbuotojai. Taigi valstybės narės turėtų daug aktyviau kovoti su mažų garantijų darbu bei su fiktyviu darbu ne visą darbo laiką. Taip pat manau, jog valstybės narės turėtų pagerinti įvairių institucijų – darbo inspekcijų, mokesčių inspekcijų, savivaldybių ir socialinės apsaugos bei socialinio draudimo tarnybų – administracinį bendradarbiavimą nacionaliniu ir Europos Sąjungos lygiu, nes tai padėtų įgyvendinti ES darbo teisės nuostatas, mažinti nedeklaruojamą darbą ir veiksmingiau spręsti problemas, kylančias dėl skirtingo įvairių valstybių narių darbo rinkos reglamentavimo.

1-219-000

Sandra Petrović Jakovina (S&D). - Poštovani g. predsjedniče, Hrvatska je na svome primjeru osjetila težak teret gospodarske krize i to je nešto s čim se hrvatska vlast, a posebice hrvatski građani još uvijek bore. Ona je dramatično utjecala na tržište rada uzrokujući gubitke mnogih radnih mjesta. U takva za gospodarstvo nestabilna vremena poduzetnici čine sve kako bi njihovim poslovnim subjektima opstali. Nažalost mjere koje poduzimaju često se prelamaju upravo preko leđa radnika. Upravo su radnici najranjivija skupina i meta iskorištavanja tržišta u krizi. Učinkovita inspekcija rada stoga ne smije biti samo formulacija o kojoj u Parlamentu raspravljamo, već stvarnost koja će zaštititi radnike i njihova prava. Jedino tako možemo imati motivirane radnike koji ostvaruju bolje rezultate, pošteno natjecanje na tržištu rada, realne državne proračune pošteđene sive ekonomije te, prije svega, zaštićene posebno osjetljive kategorije radnika – mlade, žene, imigrante i niskokvalificirane radnike. Pobrinimo se da učinkovitim nadzorom rada osiguramo njihovo dostojanstvo i budućnost.

1-220-000

Marino Baldini (S&D). - Poštovani g. predsjedniče, u doba ekonomske krize visoka stopa nezaposlenosti kada su smanjena socijalna prava predmet proračunskih rezova važno je da se pitanje zaštite radnika istakne kao prioritetno, i to između ostalog kroz unapređenje rada državnih inspektorata u svim zemljama članicama. U tom smislu na nacionalnim razinama važno je osigurati sredstva za kvalitetnu naobrazbu i rast kvalitete rada inspektora s obzirom na sve zahtjevnije i specijaliziranije opise radnih mjesta te prilagodbu metoda zaštite novim tehnologijama i novim radnim uvjetima. Primjerice, obavljanje nadzora nad kvalitetom uvjeta rada radnika na izdvojenim mjestima te radnika koji rade kod kuće, osobito u odnosu na izračun radnog vremena te na nadzor rada koji uključuje rukovanje opasnim stvarima. Kako bi se osigurali visoki unificirani standardi, podržavam inicijativu

izvjestiteljice za osnivanje europske agencije koja se bavi prekograničnim pitanjima zaštite kako bi se u vrijeme rastuće mobilnosti radnika pružili jedinstveni kriteriji zaštite neovisno o mjestu rada u svim državama članicama.

1-221-000

(Fine della procedura catch-the-eye)

1-222-000

Janez Potočnik, *Member of the Commission*. – Mr President, the Commission would like to thank the rapporteur, Ms Steinruck, for her commitment in this timely initiative to improve working conditions in Europe. Ensuring the credibility of the enforcement of the European Union's social legislation is also a priority for the Commission. This has to be seen against the background of reinforcing the decent work agenda in Europe and in the rest of the world. In this context we also work together with the International Labour Organisation on various topics, including enforcement of standards.

These enforcement issues are, of course, at the core of the discussions regarding the proposal on posting of workers. The Commission is very happy that a general approach was reached during the Employment, Social Policy, Health and Consumer Affairs Council (EPSCO) and that the dialogues have now started, which hopefully will lead to a balanced agreement under the current legislature, stopping frauds and the abuse of posted workers.

Regarding the report under discussion, the Commission welcomes the support for its forthcoming initiative to establish a European platform to fight undeclared work. The platform should bring together – along with labour inspectorates – other national enforcement authorities in charge of the fight against undeclared work, such as tax and social security bodies and migration authorities.

This platform would give us a good opportunity to come up with new solutions for better implementation by the European Union, as well as national frameworks, especially in areas of labour law including posting rules, health and safety and the coordination of social security.

The Commission is currently making final preparatory steps to adopt the proposal. We are analysing the added value of several options and exploring links between different existing European Union-level mechanisms. Eurofound should, of course, be involved in the activities of the platform, given its continuing research on undeclared work. At the same time, we are still examining whether integrating such a platform into Eurofound would actually be the best solution.

The report underlines the fact that quite a lot of work has already been done by the Senior Labour Inspectors Committee (SLIC). The Commission confirms that SLIC is cooperating with the Advisory Committee on Health and Safety at Work. This cooperation involves, in particular, the exchange of information regarding developments in the Member States in the field of labour inspectorates and health and safety at work.

We look forward to the adoption of this report. We will continue our work to develop and improve specific tools, such as mechanisms for the cross-border exchange of information, to help Member States to ensure workers' rights.

1-223-000

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 14 January 2014.

Written statements (Rule 149)

1-223-500

Jarosław Leszek Wałęsa (PPE), *na piśmie.* – Szanowny Panie Przewodniczący! Kwestie związane z zatrudnieniem i zabezpieczeniem społecznym zawsze wiążą się z bardzo delikatną sferą, jaką jest godność pracownika. Godzenie interesów pracownika i pracodawcy jest niezwykle trudne i wymaga długich dyskusji oraz wielu kompromisów. Strażnikiem owych kompromisów są inspekcje pracy działające w każdym kraju UE. Od ich skuteczności zależy sposób współpracy na linii pracodawca-pracownik.

Powyższe sprawozdanie podkreśla, jak wiele osób w Unii Europejskiej musi na co dzień zmagać się z niedogodnościami pracy w ramach stosunków cywilnoprawnych lub co gorsza, pracy nierejestrowanej, nazywanej kolokwialnie pracą „na czarno”. Jej niestabilność i brak jakichkolwiek praw pozbawia obywateli UE możliwości zaplanowania swojej przyszłości, zaciągnięcia kredytu, czy nawet korzystania z czasu wolnego, który w tym wypadku często nie jest zapewniony.

To wszystko każe nam głęboko przemyśleć sposób działania inspekcji pracy. Jej wzmocnienie wydaje się koniecznością. Szczególnie interesujący jest pomysł utworzenia europejskiej platformy inspekcji pracy, która mogłaby koordynować działania na szczeblu wspólnotowym. W czasach otwartego rynku pracy i globalizacji mogłoby to przyczynić się do sprawniejszego kontrolowania nieuczciwych pracodawców korzystających z przywilejów danych im przez UE.

24. Partecipazione finanziaria dei dipendenti agli utili dell'impresa (breve presentazione)

1-225-000

President. – The next item is the report by Phil Bennion, on behalf of the Committee on Employment and Social Affairs, on Financial participation of employees in companies' proceeds (2013/2127(INI)) (A7-0465/2013).

1-226-000

Phil Bennion, *rapporteur.* – Mr President, employee financial participation in companies' proceeds (EFP) is a concrete way for companies to share success.

It is a long-supported liberal vision, set out by Joe Grimmond in the 1960s and taken forward by many successful companies, such as John Lewis in the United Kingdom. It is a practical example of the inclusive growth referred to in the Europe 2020 strategy, and it can empower citizens through employment by allowing them to play an integral role in the company for which they work.

Across the EU there are many different EFP models, but the main ones are profit-sharing, individual employee share ownerships and employee stock ownership plans. The category or model chosen will often depend on the type and size of the company as well as the aims of starting such a scheme.

The concept of employee financial participation offers many advantages. It can assist in the transfer of a company to employees when a single successor cannot be found: this is particularly useful in the case of SMEs and micro-enterprises. It promotes sustainability and long-termism in decision-making, which can benefit both employees and employers. For employees, it can enhance their commitment to the future success of the company and can give them an opportunity to participate in governance. For employers, it can encourage investment in training by increasing the company's ability to retain skilled workers in the long term. There can also be improvements in employee job satisfaction and motivation, which can in turn boost productivity. Despite these benefits, participation in EFP schemes varies between different sectors, company sizes and Member States and also according to employee demographics.

Europe lags behind other regions of the world, particularly the United States, in this field. In the report I have looked at the reasons for this and at the potential obstacles to EFP take-up in the Union.

Firstly, there is a lack of information about how EFP schemes operate and can be implemented. Answering these questions can be costly and burdensome for companies, in particular SMEs and micro-enterprises.

Secondly, there is a lack of national legislative incentive measures in some Member States.

Thirdly, EFP schemes are affected by national taxation regimes. The taxation elements of this report were, of course, supplied by the Committee on Economic and Monetary Affairs, not by the Committee on Employment and Social Affairs.

Lastly, companies which operate cross-border are faced with a multitude of EFP schemes and national legislative provisions.

The report makes a number of recommendations to overcome these obstacles and increase the number of EFP schemes operated in the Union. For example, best practices and examples of EFP schemes and incentive measures should be shared among Member States and interested bodies. This could lead to mutual recognition of the schemes, which could simplify the process for cross-border companies.

The report makes reference to the current pilot project and to the benefits that a virtual EFP centre and the tax-rate calculator could bring in terms of augmenting available information. These propositions would be of particular use to companies operating cross-border.

We also call for the Commission to carry out an impact assessment on a possible '29th regime', alongside Member States' national regimes. This regime should operate outside the areas of national competence, such as taxation, should be voluntary and should be based on a set of best-practice examples for each type and size of company.

In addition, we recommend that a set of basic guidelines for successful EFP schemes be developed. Firstly, the decision to implement a scheme should be taken at company level. Participation should be in addition to remuneration and employment rights; it should be voluntary, and employees should be provided with all the relevant information in order to make an informed decision. Lastly, if the model involves shares, collective ownership is a positive option.

Finally the report proposes the creation of a single information portal setting out the advantages, disadvantages, potential incentives and mechanisms of EFP schemes.

I hope these recommendations will be taken forward by the Commission and interested organisations.

1-227-000

Procedura catch-the-eye.

1-228-000

Sari Essayah (PPE). - Arvoisa puhemies, totesimme työllisyyden ja sosiaaliasioiden valiokunnassa, että työntekijöiden taloudellinen osallistuminen ja nämä järjestelmät vaihtelevat erittäin paljon maasta toiseen, koska ne ovat hyvin riippuvaisia kansallisista säännöksistä ja ehdoista, muun muassa verotuksesta.

Eri malleja käytetään myös eri tarkoituksiin: osalla pyritään osallistumaan yrityksen päätöksentekoon ja osalla esimerkiksi erilaisiin investointiohjelmiin, esimerkiksi investointioptioiden kautta, jolloin on mahdollista hyötyä yrityksen menestymisestä. EU-tason lainsäädäntötoimien toteuttaminen ei tällä alalla ole mielestäni tavoiteltavaa, vaan parhaiden käytäntöjen vaihtaminen ja suositusten antaminen riittävät.

On mielestäni myös pidettävä mielessä se, että taloudellinen osallistuminen on aina vapaaehtoista – niin työntekijän puolelta kuin myös yrityksen puolelta luoda tällaisia järjestelmiä. Erilaisia suosituksia ja parhaita käytäntöjä voidaan vaihtaa, koska kaikkien työntekijöiden, ei vain ylimmän johdon, sitouttaminen ja kannustaminen osallisuuteen omasta työpaikasta on varmasti sekä työn laatua että myös yrityksen menestystä lisäävä asia.

1-229-000

Evelyn Regner (S&D). - Herr Präsident! Ein Dankeschön an den Berichterstatter für die konstruktive Art und Weise der Zusammenarbeit bei der Erstellung des Berichts.

Finanzielle Mitarbeiterbeteiligung ist ein gutes Beispiel dafür, dass wir in Europa noch einiges voneinander lernen können. Es gibt ausgezeichnete Beispiele für Modelle der finanziellen Mitarbeiterbeteiligung – ich denke an die Stahlstiftung in Österreich, an die *sociedades laborales* in Spanien, um zwei Beispiele zu nennen. Allerdings ist es mir als sozialdemokratische Schattenberichterstatterin wichtig, darauf hinzuweisen, dass sehr wohl einige Bedingungen eingehalten werden sollten, wenn solche Modelle eingeführt werden. Dazu gehört, dass die Beteiligung freiwillig und für alle Beschäftigten zugänglich sein muss, dass die Sozialpartner entsprechend miteinbezogen werden sollen und dass die Gewinnbeteiligung immer nur ergänzend zum Grundgehalt erfolgen soll. In diesem Sinne denke ich, wenn wir diese Elemente miteinander kombinieren, können wir schon einiges für die Zukunft auf den Weg bringen, allerdings Schritt für Schritt und nicht überhapps, wie man auf Österreichisch sagen würde.

1-230-000

Ruža Tomašić (ECR). - Poštovani g. predsjedniče, podržavam ovu inicijativu jer držim kako će omogućiti bolje poslovanje europskim poslodavcima, tvrtke učiniti dugoročno stabilnijima, a zaposlenike kroz interesnu sferu dodatno vezati za tvrtke u kojima rade i tako ih učiniti motiviranijima i učinkovitijima. Drago mi je da izvjestitelj stavlja naglasak na opasnost od zloporabe ovog modela jer ona realno postoji. Kako bismo eliminirali tu opasnost, modeli financijskog sudjelovanja zaposlenika moraju biti u potpunosti usklađeni s nacionalnim zakonodavstvima i poreznim propisima, temeljeni na dobrovoljnoj bazi i

ponuđeni zaposlenicima uz sve potrebne informacije. Unatoč naporima za koje vjerujem da će biti uloženi, moramo biti svjesni činjenice da su radni odnosi različito uređeni diljem Europske unije i da ovaj model u nekim državama članicama neće biti lako primjenjiv. Također držim da apsolutno moramo poštovati kompetencije nacionalnih država u sferi porezne politike i da Komisija ne bi trebala imati pravo upliva u oporezivanje finansijskog sudjelovanja zaposlenika.

1-231-000

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). - Dėkoju pranešėjui už įdomų pranešimą. Iš tikrųjų, darbuotojų finansinis dalyvavimas dalijantis įmonių pajamomis yra pažangi ir efektyvi priemonė, kurios pagalba darbuotojams yra ne tik suteikiama papildoma finansinė nauda už darbą įmonėje, bet kartu darbuotojai yra įtraukiami ir į įmonių strateginių sprendimų priėmimą. Tai, be abejo, sustiprina įmonėje dirbančių darbuotojų suinteresuotumą prisidėti prie įmonės veiklos gerinimo, didina jų motyvaciją darbui ir kartu suteikia teises naudotis sėkmingos įmonės veikimo nauda. Deja, skirtingų šalių praktikoje ši įmonių valdymo priemonė vis dar nėra tolygiai išvystyta, todėl Europos Sąjungos lygiu būtina ir prasminga šia tema diskutuoti, ieškoti ir siūlyti būdus, kaip situaciją valstybėse narėse keisti, kokie modeliai būtų patys priimtinausi. Žinoma, aš pritariu tik savanoriškam darbuotojų dalyvavimui ir taip pat manau, kad būtina kalbėti apie tokio dalyvavimo riziką, galimus pavojus darbuotojams kaip silpnesnei darbo santykių šaliai, bei būtinos darbuotojų apsaugos priemonės galimam nepageidaujamam poveikiui išvengti.

1-232-000

Krisztina Morvai (NI). - Amikor olvastam ezt a jelentést a vállalatok bevételeiből való munkavállalói részesedésről, eszembe jutott, hogy egy pár hete Budapesten egy könyvesboltban jártam. Véletlenül sem egy kicsi családi vállalkozásnál, hiszen olyanok már alig léteznek, mert bekebelezik ugye a nagy láncok a könyvesboltokat is. És ott egy eladóval beszélgettem egy kicsit, és a következőt mondta: hogy van az Krisztina, hogy a mi tulajdonosunk, ennek a hatalmas könyvesbolt hálózatnak a tulajdonosa szerepel a magyar milliárdosokról szóló könyvlistán. És ugyanakkor mi meg, akik itt dolgozunk, és ezt a profitot termeljük neki, 80 000 Ft-ot, azaz kb. 250 eurót keresünk diplomás, főiskolát vagy egyetemet végzett emberekként. Úgy gondolnánk igazságosnak, hogy ebből a hatalmas profitból valamennyire azért mi is részesedjünk. Lám, nem volt annyira valóságtól elrugaszkodott az elképzelés, érdemes tanulmányozni ezt a jelentést.

1-233-000

(Fine della procedura catch-the-eye)

1-234-000

Janez Potočnik, Member of the Commission. – Mr President, on behalf of the Commission, I would like to thank the rapporteur, Mr Phil Bennion, the Committee on Employment and Social Affairs and the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, and the European Parliament as a whole, for the work done on the report and the resolution on employee financial participation. The resolution provides a comprehensive overview of concrete initiatives which should be considered by the Member States and by the Commission to encourage and facilitate employee financial participation across the European Union.

More than 30 years of research support the conclusion that companies that are partly, or entirely, owned by their employees are more profitable, create more jobs and pay more taxes than their competitors without employee share ownership. Employee share ownership also strengthens corporate governance and has a positive impact on employee motivation and also on retention. Also, companies with employee share ownership do not relocate as easily as some other companies do. On the contrary, companies partially owned by employees are more strongly embedded in local communities and regions. Furthermore, since employees are long-term stakeholders par excellence, broadening employee shareholding is also a source of long-term financing which can help to stabilise capital markets.

The resolution also rightly emphasises the particular importance of employee share ownership for small and medium-sized enterprises. SMEs constitute the vital texture of our economy, and employee share ownership can help sustain the success of commercial and social enterprises. For all these reasons I welcome this resolution as an important contribution to the execution of the Commission's inclusive growth strategy to ensure that we emerge faster and stronger from the economic and financial crisis. The Commission takes note of all the recommendations in the resolution, which comes at a very timely moment indeed.

The Commission is now implementing a pilot project on the promotion of employee ownership and participation. The purpose of this project is, firstly, to identify the reasons underpinning the wide divergences in approaches across Member States. We will focus on the main drivers behind the cost and administrative complexities that are hampering a large-scale introduction of financial participation schemes, in particular in cross-border scenarios. Secondly, we will analyse in detail the possible regulatory and non-regulatory actions that might be proposed or undertaken by the Commission. It goes without saying that we will consider Parliament's recommendations very carefully.

1-235-000

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 14 January 2014.

25. Protezione sociale per tutti, compresi i lavoratori autonomi (breve presentazione)

1-237-000

President. – The next item is the report by Vilija Blinkevičiūtė, on behalf of the Committee on Employment and Social Affairs, on Social protection for all, including self-employed workers (2013/2111(INI)) (A7-0459/2013).

1-238-000

Vilija Blinkevičiūtė, *pranešėja*. – Iš tiesų labai svarbu, kad Europos Parlamente turime galimybę parengti pranešimą dėl socialinės apsaugos visiems, įskaitant ir savarankiškai dirbančius asmenis, todėl noriu padėkoti visiems kolegėms ir kolegoms, šešėliniams pranešėjams už konstruktyvų bendradarbiavimą rengiant šį pranešimą. Ypatingai svarbu diskutuoti šia tema Europos Sąjungos lygiu, nes ekonominė krizė buvo nelengvas išbandymas socialinės apsaugos sistemų tvarumui. Išlaugęs nedarbas bei sumažėjusios gyventojų pajamos didino socialinės apsaugos išlaidų poreikį, o tuo pačiu metu nacionaliniai

biudżetai buvo balansuojami mažinant pensijas ir kitas socialines išmokas. Dėl to labiausiai nukentėjo pažeidžiami žmonės, kai kurie jų atsidūrė už skurdo ribos. Taigi pranešime pabrėžiu, kad siekis užtikrinti gerovę savo piliečiams negali būti įgyvendintas be tvarių ir adekvačių socialinės apsaugos sistemų, kurios skatintų socialinę įtrauktį, socialinį teisingumą ir užtikrintų pajamas bei visiems prieinamas kokybiškas socialines ir sveikatos priežiūros paslaugas. Ir mūsų ekonominėje rinkoje nuolat vykstant pokyčiams, labai svarbu užtikrinti, jog nė viena socialinė grupė neliktų be socialinės apsaugos, dėl to ir raginu valstybes nares labiau stengtis didinti jaunimo užimtumą ir užtikrinti, kad jauni darbuotojai nebūtų diskriminuojami ribojant jų teises į socialinę apsaugą. Valstybės narės taip pat turėtų ypatingą dėmesį skirti labiausiai pažeidžiamų asmenų grupių (bedarbių, neįgalųjų asmenų, kurie vieni augina vaikus, jaunimo, pensininkų, jaunų šeimų) socialinės apsaugos užtikrinimui. Socialinės paslaugos turėtų būti prieinamesnės visiems labiausiai pažeidžiamiesiems žmonėms, kuriems reikalinga ilgalaikė priežiūra, ypač kaimo vietovėse. Pranešime taip pat raginu valstybes nares ir Komisiją imtis priemonių kovojant su visų formų diskriminacija darbo rinkoje socialinės apsaugos srityje, kad moterų atlyginimai už tą patį darbą ir socialinės išmokos, įskaitant pensijas, nebūtų mažesni už vyrų ir būtų užtikrinta motinystės apsauga. Taip pat panešime kalbu ir apie nedeklaruojamą (fiktyvų, šešėlinį) darbą, kuris iškraipo konkurenciją, sukelia socialinio dempingo grėsmę, ir galiausiai dėl to yra pažeidžiamos socialinės darbuotojų teisės. Taip pat pranešime dėmesį skyriau savarankiškai dirbančių asmenų socialinei apsaugai, nes kyla grėsmė, kad, keičiantis užimtumo pobūdžiui ir vis dažniau susiduriant su savisamdos atvejais, naujos darbuotojų grupės nėra ir nebus tinkamai apsaugotos. Manau, kad socialinės apsaugos politiką savarankiškai dirbančių asmenų atžvilgiu komplikuoja tai, kad Europos Sąjungoje nėra vieningos visuotinai pripažįstamos savisamdos apibrėžties. Dėl šių priežasčių raginu Komisiją plėtoti sąvokų sistemą. Ir apibendrinant norėčiau pabrėžti, kad socialinės apsaugos sistemos negali būti silpninamos. Priešingai, jos turi būti vystomos siekiant užtikrinti kuo pilnesnę aprėptį, tvarumą ir adekvatumą. Socialines išmokas reikėtų vertinti kaip investiciją į žmones, kuri leidžia jiems prisitaikyti prie pokyčių darbo rinkoje, apsisaugoti nuo skurdo ir socialinės atskirties bei padeda integruotis į darbo rinką.

1-239-000

Catch-the-eye procedure

1-240-000

Joanna Katarzyna Skrzydlewska (PPE). - Panie Przewodniczący! Projekt rezolucji porusza problem niewystarczającej osłony socjalnej osób samozatrudnionych. Osoby samozatrudnione pod względem możliwości skorzystania z ubezpieczenia zdrowotnego, ochrony socjalnej czy przysługę zabezpieczenia emerytalnego znajdują się w dużo gorszej sytuacji od pracowników najemnych. To niesprawiedliwe traktowanie samozatrudnionych stanowi dyskryminację: w wielu przypadkach ten sposób zatrudnienia nie jest wybierany dlatego, że jest bardziej korzystny dla samozatrudnionych, ale samozatrudnieni są do tego zmuszani, ponieważ jest to bardziej korzystne dla pracodawców, którzy zmniejszają w ten sposób koszty zatrudnienia pracowników.

Musimy zatem dążyć do tego, by stworzyć mechanizmy ograniczające wymuszanie przez pracodawców pozornego samozatrudnienia oraz niwelować różnice w sytuacji prawnej osób samozatrudnionych w poszczególnych państwach członkowskich. Niewątpliwie wpłynie to na wzrost bezpieczeństwa samozatrudnionych i stabilizację systemów osłony socjalnej.

1-241-000

Tonino Picula (S&D). - Poštovani g. predsjedniče, podržavam izvješće o socijalnoj zaštiti za sve uključujući samozaposlene radnike. Usljed ekonomske i socijalne krize posljednjih godina mnogi se građani okreću samozapošljavanju. U velikom broju država Europske unije institut samozapošljavanja nije u potpunosti prepoznat u okvirima zakona. Stoga prihod takvih radnika pripada sivoj ekonomiji ili radnici jednostavno ne ostvaruju radnička prava i socijalnu zaštitu. Njih ne zastupaju sindikati te su često izloženi prekomjernom radnom vremenu. Smatram da je kriza najbolje razdoblje u kojem možemo prepoznati potrebe najranjivijih socijalnih skupina te reagirati u skladu s time. Pozdravljam nastojanje izvješća da istakne potrebu za cjeloživotnim učenjem, stvaranjem poslova za mlade, zaštitu nezaposlenih, zaštitu žena i mladih obitelji te značaj borbe protiv neprijavljenog rada. Kao socijaldemokrat naglašavam kako je važno očuvati fundamentalne vrijednosti socijalne Europe. Integriranje unutarnjeg tržišta Europske unije zato moraju pratiti odgovarajuće mjere usmjerene k uklanjanju sve prisutnijih socijalnih razlika.

1-242-000

Ruža Tomašić (ECR). - Poštovani g. predsjedniče, stekla sam dojam da izvjestiteljica na samozapošljavanje gleda s dozom empatije smatrajući takav rad gotovo isključivo posljedicom teške životne situacije. Držim kako u vremenu u kojem bukti nezaposlenost kod mladih u EU samozapošljavanje predstavlja odlučan i hrabar prvi korak u ostvarenju poduzetničkih potencijala kod mladih Europljana. Apsolutno razumijem potrebu za zaštitom socijalnih prava samozaposlenih osoba, ali smatram kako ne smijemo upasti u klopku tako što ćemo dugoročnu samozaposlenost učiniti prihvatljivim ili čak primamljivim životnim rješenjem. Samozaposlene ljude moramo motivirati da svoje poduzetničke projekte realiziraju otvarajući tvrtke i zapošljavajući ostale, čime bi se aktivno uključili i u financiranje sustava socijalne zaštite. Vjerujem kako ćemo se svi složiti da socijalna prava svih društvenih kategorija u EU moraju biti na respektabilnoj razini no pritom moramo stalno imati u vidu kako ta prava netko mora i financirati.

1-243-000

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL). - Senhor Presidente, é evidente para nós que os trabalhadores independentes devem ter os seus direitos assegurados e garantidos. Mas isso não deve esconder um dos maiores problemas, uma das maiores realidades, que é o facto de uma grande fatia destes trabalhadores independentes não serem na realidade e de facto trabalhadores independentes.

Em vários países, como o meu, em Portugal, uma fatia significativa destes trabalhadores são falsos trabalhadores independentes porque têm um supervisor, têm um horário de trabalho definido, têm uma remuneração fixa, mas não têm um contrato com direitos. A larga maioria destes trabalhadores ocupa um posto de trabalho permanente, mas não tem um contrato efetivo. E estes trabalhadores são sobretudo jovens que veem a sua vida hipotecada, são trabalhadores que pagam a sua segurança social e todos os impostos, porque as empresas, muitas das quais são muitas vezes do Estado, não querem assumir as suas responsabilidades.

Em grande parte estamos de acordo com este relatório, mas não aceitamos que aqueles que devem ser trabalhadores efetivos não vejam os seus direitos garantidos.

1-244-000

Krisztina Morvai (NI). - A vállalkozók és szociális védelem témájának összekapcsolásakor nekem elsődlegesen a családi vállalkozások jutnak eszembe, amelyek természetüknél fogva szociálisan érzékeny és szociális védőhálót nyújtó intézmények. Éppen ezért kell őket maximálisan támogatni. Mi történik ugyanis a családi vállalkozásokban? Legyen bár bármiféle válság, nem fogja utcára tenni, kidobni a saját lányát, testvérét stb. a vállalkozó, hanem minden áron próbálnak valamiféle áthidaló megoldást találni. Pontosan ezért háborít fel, amikor az országot járva vállalkozók sora panaszkodik arra, hogy a saját államuk őket bűnözőként kezeli. Folyamatos ellenőrzéseknek, bírságolásoknak vannak kitéve. Hatalmas a bürokrácia, és arra lenne igényük, hogy az állam – főleg ezekben a válságos időkben – felkarolja és támogassa őket.

1-245-000

Csaba Sógor (PPE). - Európában a hagyományos szociális biztonsági rendszerek az alkalmazottak védelmét szolgálják, de nehezen alkalmazhatók az önfoglalkoztatókra, vagyis a szabadúszókra, a kis- és középvállalkozókra. Fontos garantálni az alapvető szociális juttatásokhoz való hozzáférést a legkiszolgáltatottabb csoportoknak is, önfoglalkoztatóknak, munkanélkülieknek, fogyatékkal élőknek, nyugdíjasoknak. Az általános szociális védelem közismerten az európai szociális modell alapja. Létezik a Parlament által még 2010-ben elfogadott olyan állásfoglalás, amely ezt az alapvető jogot a státusától függetlenül minden munkavállalónak biztosítaná, mégis több tagállamban visszaélés tapasztalható.

Rendszeresen kikerülnek a társadalombiztosítási járulékok és adók kifizetését, aláássák a munkajogot és nehéz helyzetbe sodorják az önfoglalkoztatókat, akik a gazdasági válság következtében egyre többen vannak a munkaerőpiacon, és egyre több közöttük a gazdaságilag kiszolgáltatott. Elő kell mozdítani a társadalmi befogadást és igazságosságot.

1-246-000

Sari Essayah (PPE). - Arvoisa puhemies, itsenäisten ammatinharjoittajien määrä kasvaa koko ajan EU:ssa sitä mukaa kuin erilaiset epätyypilliset työsuhteet lisääntyvät ja kriisin myötä myös moni joutuu asemaan, jossa pyrkii työllistämään itse itsensä. Toisaalta myös monet freelancer-ammattit saattavat olla haluttuja.

Eri jäsenvaltioissa meillä on varsin erilaiset tavat huolehtia itsenäisistä ammatinharjoittajista ja heidän sosiaaliturvastaan, erityisesti työttömyys- ja eläketurvasta. Joissakin valtioissa on vapaaehtoisia järjestelmiä, ja joillakin on lähestulkoon samanlaiset edut tarjota kuin työntekijöille yleensä. Sitten on valtioita, joissa ei löydy turvaa itsenäisille yrittäjille.

Koska kyseessä on varsin epäyhtenäinen ryhmä, niin sosiaalisen suojelun politiikan soveltaminen on vaikeaa. Lisäksi, kuten täällä on tuotu esille, on niin sanottua pakotettua tai valeyrittäjyyttä, joka on joissakin valtioissa suurempi ongelma.

Sosiaaliturvan yhteensovittamisesta aiheutuu välillä myös sellaisia ongelmia, että itsenäinen yrittäjä saattaa saada rajan takaa toisesta jäsenvaltiosta työttömyysturvan, ja tämän kääntöpuoli on se, että oma jäsenvaltio ei välttämättä lähde kehittämään sosiaalisen suojelun ohjelmaa, koska tietää, että rajan toiselta puolelta saattaa olla saatavissa työttömyysturvaa myös yrittäjälle.

1-247-000

Marino Baldini (S&D). - Poštovani g. predsjedniče, samozapošljavanje je djelotvorna metoda borbe protiv rastuće nezaposlenosti. No bez obzira na sve pozitivne efekte ove metode iznimno je važno da ovaj oblik radnog odnosa uživa visoku razinu socijalne zaštite, primjerice ostvarenje socijalnih prava temeljem majčinstva odnosno očinstva, mirovinsko i zdravstveno osiguranje. Države članice bi trebale stoga motivirati nezaposlene radnike na samozapošljavanje jačanjem socijalnih elemenata ovog instrumenta zapošljavanja i pružanjem jednake razine zaštite koju imaju i zaposlenici u privatnom i javnom sektoru. Također bi bilo uputno u ograničenom periodu smanjiti socijalna davanja samozaposlenih radnika kako bi im se olakšao teret samozapošljavanja. Pri tome treba umanjiti rizik mogućnosti lažnog samozapošljavanja i potencijalne zloupotrebe u ovom dijelu korištenja socijalnih prava. Kvalitetno uređeno i cjelokupno radno i socijalno zakonodavstvo preduvjet su ekonomskog rasta i razvoja na području cijele Unije.

1-248-000

(End of catch-the-eye procedure)

1-249-000

Janez Potočnik, *Member of the Commission* . – Mr President, honourable Members, Ms Blinkevičiūtė's report raises a large number of topical issues and presents many important policy recommendations. Most of them are, quite rightly, addressed to the Member States, given the limited competences of the European Union in the area of social protection.

However, there are also a number of appeals to the Commission. It would not be possible for me to respond to them all in a few minutes now, so let me just stress in very general terms that the Commission is committed to promoting adequate social protection for all women and men in ways that are compatible with a high level and quality of employment and social cohesion. This is also what we underline in the social investment package adopted almost a year ago.

Furthermore, the latest Annual Growth Survey underlined the widespread need to strengthen the efficiency and financial sustainability of social protection systems, while also insisting on the need to enhance their effectiveness and adequacy in meeting social needs and ensuring essential social safety nets. We will continue to cooperate closely with the Member States, notably through the Social Protection Committee, to pursue this goal.

Let me also briefly mention some very recent developments which go in the same direction as this report. In December, the Commission proposed a quality framework for traineeships, to be adopted as a Council recommendation. It will not be legally binding, but it would give an important signal, also covering the social protection of trainees.

Another important development is the common approach agreed in Council on the directive to facilitate and improve the enforcement of the 1996 Posted Workers Directive. This opens the way for negotiations with Parliament which, I hope, can still be concluded during the current parliamentary term, so that posted workers can soon benefit from better protection of their rights.

Furthermore, in November, triologue negotiations were successfully concluded on a directive that will facilitate the acquisition, and improve the preservation, of occupational pension rights of mobile workers. While the directive formally applies only to cross-border mobility,

we know that most countries intend to apply its standards to all workers who leave a job. So, for instance, women who interrupt their careers due to caring obligations are also likely to benefit.

Allow me also to mention another initiative. The Commission will soon propose further measures to prevent and deter undeclared work through improved cooperation between Member States' enforcement authorities. Such cooperation could help all workers benefit from appropriate social protection via sharing of best practices on prevention and deterrence measures.

The Commission will respond point by point to the specific requests that are addressed to it in the report soon after its adoption.

1-250-000

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 14 January 2014.

26. Ordine del giorno della prossima seduta: vedasi processo verbale

27. Chiusura della seduta

1-253-000

(The sitting closed at 22.40)